



# Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023

Dynamiken – Akteure – Wirkungen

# Impressum

## **Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023**

Dynamiken – Akteure – Wirkungen ist Teil der Reihe *Analysen antisemitischer Phänomene* des Bundesverbands RIAS

**Lektorat** Dr. Lars Breuer

**Herausgeber** Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V.

**Redaktion** Bundesverband RIAS sowie die namentlich ausgewiesenen Autor\_innen

**V. i. S. d. P.** Benjamin Steinitz, Bundesverband RIAS

**Bildnachweis** Die Bildrechte verbleiben beim Bundesverband RIAS e. V.; bzw. für Abb. 3, 5 und 6 beim Antifa Infoportal Düsseldorf, Abb. 4 bei RIAS Bayern, Abb. 16 bei RIAS Berlin, Abb. 18 bei RIAS Niedersachsen und auf dem Cover bei Naomi Tamir.

**Urheberrechtliche Hinweise** © Copyright 2025 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

**Haftungsausschluss** Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt der Herausgeber keinen Einfluss hat. Deshalb kann dieser für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind die jeweiligen Anbieter\_innen oder Betreiber\_innen der Seiten verantwortlich. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

**Abbildung Cover** Ein Plakat an der Heinrich-Heine-Universität, das mit Fotos israelischer Geiseln und der Aufschrift „Bring them home now“ an die israelischen Geiseln in Gaza erinnert, wurde mehrfach mit weißer und brauner Farbe beschmiert. Das Plakat mit den Geiseln wurde in den folgenden Monaten nicht wieder aufgehängt. Diese Aufnahme entstand am 12.12.2024. Foto: Naomi Tamir.

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	4
<hr/>	
<b>„Free the World from Israel“ – Antisemitismus auf Versammlungen infolge des 7. Oktober 2023</b>	17
Julius Gruber	
<hr/>	
<b>Terrorpropaganda von „Masar Badil“ seit dem 7. Oktober</b>	80
Linus Kebba Pook	
<hr/>	
<b>„Schon die Menge an Anfragen war für uns kaum zu bewältigen.“</b>	99
Interview mit Sebastian Mohr von der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA)	
<hr/>	
<b>„Nach dem 7. Oktober standen jüdische Hochschullehrende weitgehend alleine da.“</b>	106
Interview mit dem Vorstand des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender (NJH)	
<hr/>	
<b>Antisemitismus an deutschen Universitäten – Versuch einer juristischen Intervention</b>	115
Kristin Pietrzyk	

# Einleitung

In den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers 2023 ertönten in 498 israelischen Städten die Sirenen. Allein an diesem Tag wurden im Gazastreifen über 3800 Raketen auf Israel abgefeuert. Etwa 6000 Bewohner\_innen des Gazastreifens überschritten an insgesamt 119 Stellen die israelischen Grenzanlagen und drangen in mehreren Angriffswellen auf israelisches Staatsgebiet vor. Darunter waren 3800 Kämpfer der Hamas sowie 2200 weitere Personen, unter anderem Kämpfer anderer Terrororganisationen, die im Joint Room for Palestinian Resistance Factions – die Koordinationsstruktur der bewaffneten Fraktionen in Gaza – organisiert sind. Dazu gehören die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden der sogenannten Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die in der Tradition eines marxistisch-leninistisch grundierten arabischen Nationalismus stehen oder die Omar-Al-Kasim-Forces der sogenannten Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP).<sup>1</sup> Auch in Gaza wohnhafte Zivilist\_innen beteiligten sich an den Angriffen.

Was folgte, war seit dem Nationalsozialismus beispiellose antisemitische Gewalt. 1141 Menschen wurden ermordet, davon 834 Zivilist\_innen und 27 Menschen unter 17 Jahren. An fünf Orten löschten die Hamas und andere Tätergruppen ganze Familien aus. An mindestens sechs verschiedenen Orten kam es zur systematischen Anwendung sexueller Gewalt.<sup>2</sup> Mehr als 4000 Menschen wurden am 7. Oktober zum Teil schwer verletzt. Die Hamas und andere verschleppten 251 Menschen in den Gazastreifen, viele davon präsentierten sie bei Paraden durch die Straßen als

1 Zu den sich an den Massakern beteiligenden Akteur\_innen zählen nach aktuellem Kenntnisstand neun Organisationen: Die Izz-Al-Din-Al-Kassam-Brigaden (Hamas), die Al-Quds-Brigaden (Palästinensischer Islamischer Jihad, PIJ), die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden (Volksfront zur Befreiung Palästinas, PFLP), die Dschihad-Dschibril-Brigaden (Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando, PFLP-GC), Die Omar-Al-Kassim-Forces (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas, DFLP), die Al-Aksa-M Märtyrerbrigaden, das Palestinian Mujahedeem Movement, die Al-Nasser-Salah-Al-Din-Brigaden (Volkswiderstandskomitee, PRC) sowie die Al-Ahrar- und Al-Ansar-Brigaden. Für diese und weitere Angaben zu den Massakern vom 7. Oktober 2023 siehe All-Party Parliamentary Group for UK-Israel (APPG), *7 October Parliamentary Commission Report. Chaired by Lord Roberts of Belgravi*, März 2025, <https://static1.squarespace.com/static/67bf0490d422da027d74c55c/t/681b6cacd8d1310be76271f7/1746627805810/7+October+Parliamentary+Commission++The+Roberts+Report.pdf>.

2 Ruth Halperin-Kaddari, Nava Ben-Or und Sharon Zagagi-Pinhas, *A Quest for Justice. October 7 and Beyond. The Dinah Project*, 2025, [https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages\\_web-1.pdf](https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages_web-1.pdf).

Kriegsbeute. 226 der 251 Geiseln waren Zivilist\_innen. 35 von ihnen waren Minderjährige, 27 älter als 71 Jahre.<sup>3</sup> Für die Geiseln setzten sich Folter, Erniedrigungen und Ermordungen auch nach dem 7. Oktober fort – für einige davon hält diese Situation zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Publikation an. Die Täter filmten ihre Verbrechen und verbreiteten die Videos in sozialen Medien, um alle Welt wissen zu lassen, wozu sie bereit sind. Diese Form der psychologischen Kriegsführung wiederholten die Hamas und ihre Verbündeten regelmäßig, indem sie Propagandavideos israelischer Geiseln veröffentlichten und die Übergabe israelischer Geiseln im Zuge von Waffenstillstandsabkommen propagandistisch inszenierten. Anfang August 2025 veröffentlichte die Hamas ein Propagandavideo, in dem die ausgemergelte israelische Geisel Evyatar David in einem Tunnel im Gazastreifen zu sehen ist. David, der vom Super Nova Festival verschleppt worden war, wurde in dem Video gezwungen, sein eigenes Grab zu schaufeln.<sup>4</sup>

Antisemitische Gewalt gegen Jüdinnen\_Juden ist zugleich Ursache und Folge antisemitischer Weltwahrnehmung: In Deutschland wirkt die Schoa auch nach 80 Jahren im Antisemitismus der Gegenwart nach, und zwar unabhängig vom politisch-weltanschaulichen Hintergrund. Das umfasst die Leugnung, Bagatellisierung oder Verherrlichung der Schoa bis hin zur Bedrohung von Jüdinnen\_Juden durch die Ankündigung ihrer Wiederholung. Der Bundesverband RIAS ordnet seit Beginn seiner Dokumentation regelmäßig mindestens ein Drittel aller antisemitische Vorfälle dem Post-Schoa-Antisemitismus zu. Bis einschließlich 2022 war der Post-Schoa-Antisemitismus die am häufigsten von RIAS erfasste Erscheinungsform.<sup>5</sup>

3 Die Namen der Opfer finden sich in *7 October Parliamentary Commission Report* ab S. 311.

4 Hamas zwingt Evyatar David, sein „eigenes Grab“ zu schaufeln, *Jüdische Allgemeine*, 2. August 2025, abgerufen am 5. August 2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/hamas-zwingt-evyatar-david-sein-eigenes-grab-zu-schaufeln/>.

5 Zu den von RIAS erfassten Erscheinungsformen von Antisemitismus siehe Bundesverband RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf), S. 63.

Das galt bis zum 7. Oktober 2023. Seither ist der israelbezogene Antisemitismus die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform im Vorfallgeschehen in Deutschland.<sup>6</sup> Denn der genozidale, von der Hamas geführte Angriff auf Israel motiviert Akteur\_innen weltweit zu antisemitischen Äußerungen und Handlungen<sup>7</sup> – auch in Deutschland.<sup>8</sup> Für das Jahr 2024, also das erste vollständige Kalenderjahr nach dem 7. Oktober, dokumentierte der Bundesverband RIAS insgesamt 8627 antisemitische Vorfälle – so viele wie noch nie. Als eine der wichtigsten Ursachen für diesen starken Anstieg sieht RIAS Reaktionen auf die Massaker vom 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege an.

Die ersten antisemitischen Vorfälle in Deutschland mit Bezug zu den Massakern ereigneten sich bereits am selben Tag – dem 7. Oktober 2023 – noch während die Gräueltaten in Israel stattfanden. Dabei wurden die Massaker geleugnet, aber auch glorifiziert. Initiativen, die sich für ein Gedenken an die Opfer oder für die Befreiung der Geiseln engagierten, wurden zum Ziel antisemitischer Aggressionen. Auch die Wiederholung der an Jüdinnen\_Juden verübten Gewalt wurde angedroht.

6 Dabei gehen Vorfälle dieser Erscheinungsform oftmals mit anderen Erscheinungsformen des Antisemitismus einher – die auch unabhängig davon nicht an Bedeutung verloren. Bundesverband RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023*, [https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2023.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf); Bundesverband RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf).

7 Ein unvollständiger Überblick über antisemitische Vorfälle in verschiedenen Ländern in unmittelbarer Folge des 7. Oktober 2023 findet sich bei Jacob Blaustein Institute for the Advancement of Human Rights, „Global Leaders, Experts Must Reject Surging Antisemitism Worldwide and Affirm Jews’ Equal Rights“, in *Responses to 7 October: Law and Society*, Hg. von Rosa Freedman, David Hirsh, Odeliya Lanir Zafir (Routledge, 2024), S. 74–90.

8 Bundesverband RIAS, *Antisemitische Reaktionen in Deutschland auf die Hamas-Massaker in Israel. Antisemitische Vorfälle mit Bezug zu den Terrorangriffen auf Israel zwischen 07. und 15. Oktober 2023*, [https://report-antisemitism.de/documents/2023-10-18\\_antisemitische\\_reaktionen\\_in\\_deutschland\\_auf\\_die\\_hamas-massaker\\_in\\_israel.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2023-10-18_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel.pdf); Bundesverband RIAS, *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023*, [https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28\\_antisemitische\\_reaktionen\\_in\\_deutschland\\_auf\\_die\\_hamas-massaker\\_in\\_israel\\_2.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf).

Nach dem 7. Oktober gab es nicht nur einen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Das Vorfalleschehen veränderte sich auch qualitativ. Vorfälle waren vermehrt gewaltvoll<sup>9</sup> und beinhalteten Vernichtungsdrohungen. Dies lässt sich so interpretieren, dass die Gewalt der am 7. Oktober begangenen Verbrechen in den antisemitischen Reaktionen fortwirkt. Das gilt auch für die misogynen Dimension der am 7. Oktober 2023 begangenen Verbrechen. Sexistische Beleidigungen sowie Affirmationen der misogynen, an israelischen Frauen verübten Gewalt zeigten sich vermehrt bei antisemitischen Vorfällen, die mit Sexismus verschränkt<sup>10</sup> waren. Dabei beziehen sich die Täter\_innen oftmals auf die am 7. Oktober begangenen Taten.<sup>11</sup> Auch markiert der 7. Oktober 2023 den Beginn einer globalen Mobilisierung islamistischen Terrors, dem auch in Deutschland bereits Menschen zum Opfer fielen. Beispielsweise ermordete im August 2024 ein Anhänger der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat – Provinz Khorasan (ISPK) bei einem Stadtfest in Solingen drei Menschen und verletzte acht weitere zum Teil schwer. Der ISPK bezeichnete den Anschlag in einem Bekennervideo unter anderem als Racheakt für die palästinensische Bevölkerung, die angeblich Massaker mit Unterstützung sogenannter Zionisten erleiden müsse.

Für das Leben vieler Jüdinnen\_Juden weltweit, aber auch in Deutschland, bedeutete all das einen tiefen Einschnitt.<sup>12</sup> Manche von ihnen haben am 7. Oktober 2023 Angehörige oder Freund\_innen verloren. Andere haben verwandtschaftliche oder andere Beziehungen zu Geiseln, die in den Gazastreifen verschleppt wurden. Unter

9 Zu den von RIAS erfassten Vorfalldtypen siehe Bundesverband RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf), S. 61f.

10 Antisemitische Aussagen oder Handlungen gehen häufig einher mit anderen Stereotypen oder Ideologien der Ungleichheit. Darunter versteht RIAS Denkweisen, die sich gegen die Gleichberechtigung aller Menschen wenden. Entsprechende Stereotype oder Ideologien werden vielfach nicht nur in derselben Situation geäußert wie antisemitische Äußerungen, sondern sind auch sprachlich direkt mit diesen verbunden.

11 Bianca Loy, *Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023*, RIAS Working Paper 02/24, [https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18\\_RIAS\\_Working-Paper-3.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18_RIAS_Working-Paper-3.pdf).

12 Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai, „Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 74, Nr. 25/26, S. 19–24, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549359/der-7-oktober-als-zaesur-fuer-juedische-communities-in-deutschland/>.

diesen waren auch Deutsche. Nicht zuletzt stellen die in und um Israel tobenden Kriege, die die Massaker der Hamas und ihrer Verbündeten ausgelöst hatten, für viele Jüdinnen\_Juden eine Belastung dar. Viele Monate war der Norden Israels infolge des Raketenbeschusses durch die schiitisch-islamistische Terrormiliz Hisbollah, der am 8. Oktober 2023 einsetzte und maßgeblich von der Islamischen Republik Iran unterstützt wurde, evakuiert. Der Iran eskalierte den Krieg gegen Israel zusätzlich, indem er – infolge eines israelischen Luftangriffs auf das iranische Konsulat in Damaskus am 13. April 2024 – erstmals direkt israelisches Staatsgebiet mit Raketen angriff.

Die beschriebenen Ereignisse und Entwicklungen drohen das Leben von Jüdinnen\_Juden in Deutschland nachhaltig zum Schlechteren zu verändern. Bereits zuvor war Antisemitismus für sie eine alltagsprägende Erfahrung.<sup>13</sup> Doch seit diesem Tag begegnen ihnen neue Herausforderungen, Probleme und Bedrohungslagen. Insbesondere ihre Sicherheitssituation hat sich infolge des 7. Oktobers objektiv verschlechtert.

In 32 Städten kam es infolge des 7. Oktobers zu antisemitischen Vorfällen, die sich direkt gegen jüdische Gemeinden richteten. Darunter waren antisemitische Zuschriften, Drohanrufe und E-Mails, aber auch antisemitische Schmierereien und persönliche Beleidigungen. Bei einer Ende November 2023 vom Zentralrat der Juden in Deutschland durchgeführten Umfrage unter den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden und Landesverbände gaben 78 % der Befragten an, dass sichtbares jüdisches Leben in Deutschland unsicherer geworden sei. 69 % der jüdischen Gemeinden verzeichneten eine geringere Teilnahme ihrer Mitglieder am Gemeindeleben.<sup>14</sup> In einer anlässlich des ersten Jahrestages der Massaker neuerlich durchgeführten

13 Bundesverband RIAS, *Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017–2020*, [https://www.report-antisemitism.de/documents/2023-02-28\\_Isolierte\\_Situation\\_Web.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/2023-02-28_Isolierte_Situation_Web.pdf).

14 Zentralrat der Juden in Deutschland, „*Lagebild: Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Dezember 2023*“, archiviert am 7. Dezember 2023, [http://web.archive.org/web/20231207204430/https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user\\_upload/Lagebild/Zentralrat\\_Lagebild\\_Infografik.pdf](http://web.archive.org/web/20231207204430/https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user_upload/Lagebild/Zentralrat_Lagebild_Infografik.pdf).

Umfrage gaben sogar 82 % der Befragten an, dass sichtbares jüdisches Leben in Deutschland unsicherer geworden sei. Nach wie vor verzeichneten 42 % der Jüdischen Gemeinden eine geringere Teilnahme am Gemeindeleben.<sup>15</sup> Eine Statistik von OFEK e. V. – der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung – für das erste Jahr nach dem 7. Oktober 2023 zeigt, dass sich der Beratungsbedarf in diesem Zeitraum im Vergleich zu den Vorjahren verfünffachte. OFEK bearbeitete in diesem Zeitraum 1858 Beratungsanfragen. 107 beratene Personen waren direkt oder indirekt (über Nahestehende) von den Massakern des 7. Oktober betroffen, darunter 10 Überlebende der Massaker. Insgesamt beriet OFEK 118 Betroffene von Antisemitismus an deutschen Hochschulen. OFEK nahm zudem 274 Beratungsanfragen aus Schulen auf.<sup>16</sup> Auch 2025 blieb das Beratungsaufkommen von OFEK auf einem hohen Niveau: Zwischen Oktober 2024 und März 2025 stieg die Zahl der Fälle um 25 % auf 661 im Vergleich zum vorangegangenen Halbjahr von April bis September 2024.<sup>17</sup>

Die antisemitischen Dynamiken infolge der Massaker vom 7. Oktober entwickelten sich nicht isoliert von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern zeitgleich mit dem globalen Erstarken autoritär-populistischer sowie rechtsextremer Parteien und Bewegungen.<sup>18</sup> 2024 dokumentierte RIAS so viele antisemitische Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund in Deutschland wie noch nie zuvor. Insgesamt 544 Vorfälle konnten diesem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet

15 Zentralrat der Juden in Deutschland, „Lagebild: Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Ein Jahr nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober, 7. Oktober 2024, [https://www.zentralratderjuden.de/wp-content/uploads/2025/03/ZDJ\\_GC-War\\_3009b-1.pdf](https://www.zentralratderjuden.de/wp-content/uploads/2025/03/ZDJ_GC-War_3009b-1.pdf).

16 OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, *Beratungsstatistik 2023–2024*, Stand 22. September 2024, [https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK\\_Beratungsstatistik\\_2023-24.pdf](https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK_Beratungsstatistik_2023-24.pdf).

17 OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, *Beratungsaufkommen bei OFEK im Zeitraum Oktober 2024 bis März 2025*, <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2025/08/250507-Beratung-Drittes-Halbjahr-nach-7-Oktober-Auswertung.pdf>.

18 Zu Antisemitismus in der extremen Rechten siehe Bundesverband RIAS, *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklung und aktuelle Ausdrucksformen*, [https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechtsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechtsextremismus_Antisemitismus.pdf).

werden.<sup>19</sup> Im April 2025 wurde die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD)<sup>20</sup> erstmals bei einer bundesweiten Wahlumfrage stärkste Partei.<sup>21</sup> Im Februar 2025 wurde in der Schweiz ein Rechtsextremist verhaftet, weil er einen erneuten Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) geplant haben soll – in Nachahmung des Anschlags vom 9. Oktober 2019.<sup>22</sup>

Die Gleichzeitigkeit verschiedener autoritärer und antisemitischer Dynamiken stellt demokratische und antisemitismuskritische Akteur\_innen vor enorme Herausforderungen. Gesellschaftliche Debatten und Aushandlungsprozesse sind zunehmend von Lagerdenken geprägt. Dies begünstigt eine Abwehr kritischer Perspektiven auf Antisemitismus sowie dessen Externalisierung durch politische Akteur\_innen. Im Umfeld der AfD, in dem zahlreiche antisemitische Äußerungen dokumentiert sind,<sup>23</sup> äußert sich dies darin, dass Antisemitismus allein Linken und Muslim\_innen zugeschrieben wird, während zugleich auf projektive und instrumentelle Art Solidarität mit Israel behauptet wird. Akteur\_innen der politischen Linken versuchen,

- 19 Zu den von RIAS erfassten politisch-weltanschaulichen Hintergründen, siehe Bundesverband RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf), 63f.
- 20 Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) führt die AfD seit 2021 als rechtsextremen Verdachtsfall. Diese Einstufung wurde durch das Verwaltungsgericht Köln (Urteil vom 8. März 2022, Beschluss vom 10. März 2022) sowie durch das Oberverwaltungsgericht NRW im Berufungsverfahren am 13. Mai 2024 bestätigt. Am 2. Mai 2025 legte das BfV eine Neubewertung vor und stufte die Partei als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Gegen diese Einstufung stellte die AfD einen Eilantrag. Bis zu einer gerichtlichen Entscheidung erklärt sich das BfV dazu bereit die Einstufung als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ öffentlich nicht zu wiederholen – dies ist Teil einer sogenannten Stillhaltezusage. (Verwaltungsgericht Köln, Pressemitteilung vom 8. Mai 2025, [https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/05\\_08052025/index.php](https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/05_08052025/index.php)).
- 21 Wahlumfrage zur Bundestagswahl von Ipsos, 09. April 2025, <https://dawum.de/Bundestag/Ipsos/2025-04-09/>.
- 22 Daniel Salpius, „Vereitelter Anschlag auf die Synagoge in Halle: Neue Details zum Terrorverdächtigen“, *Mitteldeutscher Rundfunk*, 3. Juni 2025, <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-synagoge-verdaechtiger-neue-details-102.html>.
- 23 Julius Gruber, „Die Alternative für Deutschland und Antisemitismus“, in *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen*, hg. vom Bundesverband RIAS, [https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf), S. 61–91.

sowohl den islamisch/islamistischen Antisemitismus als auch den in ihren eigenen Reihen vorkommenden Antisemitismus zu verharmlosen. Dies geschieht, indem sie sich demonstrativ auf die Jerusalem Declaration on Antisemitism berufen. Der antisemitische Charakter bestimmter Erscheinungsformen von Antisemitismus, wie etwa die Negierung des Existenzrechtes Israels, aber auch Formen der Schoa-Relativierung, wird durch die JDA bestritten.<sup>24</sup> Beide beschriebenen Positionen sind unzutreffend – und können doch mit Recht auf den Antisemitismus der jeweils anderen verweisen: Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen liefert hierfür hinreichend empirisches Material. Was dabei jedoch verloren geht, ist die für eine wirksame Kritik des Antisemitismus notwendige Selbstreflexion. Auch die Perspektive der von Antisemitismus Betroffenen gerät dabei zumeist aus dem Blick. Tatsache ist, dass jüdisches Leben in Deutschland von verschiedenen Seiten bedroht wird.

Die vorliegende Publikation will über die antisemitischen Dynamiken infolge der Hamas-geführten Massaker vom 7. Oktober 2023 und ihre Auswirkungen informieren und dabei jüdische Perspektiven sichtbar machen. Sie gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil versammelt zwei Analysen verschiedener antisemitischer Dynamiken, Milieus und Akteur\_innen nach dem 7. Oktober. Julius Gruber vom Bundesverband RIAS analysiert Versammlungen mit antisemitischen Inhalten seit dem 7. Oktober als Teil einer spektrrenübergreifenden politischen Mobilisierung antisemitischer Ressentiments. Eine Analyse der politischen Mobilisierung von Antisemitismus kommt nicht ohne einen Blick auf Akteur\_innen aus. In diesem Sinne untersucht Linus Kebba Pook von democ e. V. das Wirken und die Vernetzung der transnational agierenden Gruppe Masar Badil in Deutschland. Die Organisation verfügt über Kontakte zu terroristischen Akteur\_innen im Nahen Osten.

Jüdinnen\_Juden waren nicht nur Betroffene eines enthemmten Antisemitismus. Viele von ihnen wurden aktiv und entwickelten verschiedene Strategien und Organisationsformen, um einen Umgang mit den enormen Herausforderungen zu finden.

24 Tanja Kinzel und Daniel Poensgen, *Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA): Eine kritische Analyse*. RIAS Working Paper Nr. 01/24, [https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02\\_RIAS\\_Working-Paper-2.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf).

Diese Aktivitäten thematisiert der zweite Teil dieser Broschüre. Ein Gespräch mit Sebastian Mohr von der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA) beleuchtet die Herausforderungen und Unwegsamkeiten, mit denen sich die antisemitismuskritische Antidiskriminierungsstelle in Träger\_innenschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf seit dem 7. Oktober 2023 konfrontiert sieht. Prof. Dr. Julia Bernstein, Prof. Roglit Ishay und Dr. Ilja Kogan berichten im Interview über das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender (NJH), das sich als Form jüdischer Selbstorganisation in Reaktion auf den virulent gewordenen Antisemitismus an deutschen Hochschulen gründete. Dem steigenden Antisemitismus wurde häufig mit Schweigen, Empathielosigkeit und Entsolidarisierung begegnet. Kristin Pietrzyk betrachtet in ihrem Beitrag Antisemitismus an deutschen Hochschulen aus einer juristischen Perspektive. Die Anwältin eines von antisemitischer Gewalt betroffenen Studierenden berichtet über dessen Klage gegen die Freie Universität Berlin. Hintergrund ist die Untätigkeit der Universität angesichts einer eskalierenden antisemitischen Bedrohungslage. Der Beitrag beleuchtet anhand dieses Präzedenzfalls das strukturelle Verhältnis zwischen Meinungsfreiheit sowie Antidiskriminierungs- und Schutzpflichten der Hochschulen.

### Literatur

- All-Party Parliamentary Group for UK-Israel (APPG). *7 October Parliamentary Commission Report. Chaired by Lord Roberts of Belgravi.* März 2025. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://static1.squarespace.com/static/67bf0490d422da027d74c55c/t/681b6cacc8d1310be76271f7/1746627805810/7+October+Parliamentary+Commission++The+Roberts+Report.pdf>.
- Brandes, Sabine. *Hamas veröffentlicht Video von Maxim Herkin.* *Jüdische Allgemeine.* 5. Mai 2025. Abgerufen am 30. Juli 2025. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/hamas-veroeffentlicht-video-von-maxim-herkin/>.
- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023.* [https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28\\_antisemitische\\_reaktionen\\_in\\_deutschland\\_auf\\_die\\_hamas-massaker\\_in\\_israel\\_2.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf).

- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Reaktionen auf in Deutschland auf die Hamas-Massaker in Israel. Antisemitische Vorfälle mit Bezug zu den Terrorangriffen auf Israel zwischen 07. und 15. Oktober 2023.* [https://report-antisemitism.de/documents/2023-10-18\\_antisemitische\\_reaktionen\\_in\\_deutschland\\_auf\\_die\\_hamas-massaker\\_in\\_israel.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2023-10-18_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel.pdf)
- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023.* [https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2023.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024.* [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017–2020.* [https://www.report-antisemitism.de/documents/2023-02-28\\_Isolierte\\_Situation\\_Web.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/2023-02-28_Isolierte_Situation_Web.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklung und aktuelle Ausdrucksformen.* [https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf).
- Chernivsky, Marina und Lorenz-Sinai, Friederike. „Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 74, Nr. 25/26, S. 19–24 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549359/der-7-oktober-als-zaesur-fuer-juedische-communities-in-deutschland/>.
- Gruber, Julius. „Die Alternative für Deutschland und Antisemitismus“. In *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen*, hg. vom Bundesverband RIAS, [https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf), S. 61–91.
- Halperin-Kaddari, Ruth, Ben-Or, Nava und Zagagi-Pinhas, Sharon. *A Quest for Justice. October 7 and Beyond.* The Dinah Project, 2025. [https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages\\_web-1.pdf](https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages_web-1.pdf).

- Jacob Blaustein Institute for the Advancement of Human Rights. „Global Leaders, Experts Must Reject Surging Antisemitism Worldwide and Affirm Jews’ Equal Rights“ In *Responses to 7 October: Law and Society*, herausgegeben von Rosa Freedman, David Hirsh und Odeliya Lanir Zafir. Routledge, 2024.
- Kinzel, Tanja und Poensgen, Daniel. *Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA): Eine kritische Analyse*. RIAS Working Paper Nr. 01/24. [https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02\\_RIAS\\_Working-Paper-2.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf).
- Loy, Bianca. *Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023*. RIAS Working Paper 02/24. [https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18\\_RIAS\\_Working-Paper-3.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18_RIAS_Working-Paper-3.pdf).
- OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. *Beratung im Krisenmodus: Update zur Beratungsstatistik von OFEK e. V. im 1. Halbjahr nach dem 7. Oktober 2023*. <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/04/240417-OFEK-sechs-Monate-nach-7-Oktober-%E2%80%93-Auswertung.pdf>.
- OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, *Beratungsaufkommen bei OFEK im Zeitraum Oktober 2024 bis März 2025*. <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2025/08/250507-Beratung-Drittes-Halbjahr-nach-7-Oktober-Auswertung.pdf>.
- OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, *Beratungsstatistik 2023 – 2024*, Stand 22. September 2024. [https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK\\_Beratungsstatistik\\_2023-24.pdf](https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK_Beratungsstatistik_2023-24.pdf).
- Salpius, Daniel. „Vereitelter Anschlag auf die Synagoge in Halle: Neue Details zum Terrorverdächtigen“. *Mitteldeutscher Rundfunk*, 3. Juni 2025. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-synagoge-verdaechtiger-neue-details-102.html>.

- Zentralrat der Juden in Deutschland. „Lagebild: Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Dezember 2023“. Archiviert am 7. Dezember 2023. [http://web.archive.org/web/20231207204430/https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user\\_upload/Lagebild/Zentralrat\\_Lagebild\\_Infografik.pdf](http://web.archive.org/web/20231207204430/https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user_upload/Lagebild/Zentralrat_Lagebild_Infografik.pdf).
- Zentralrat der Juden in Deutschland. „Lagebild: Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Ein Jahr nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober“. 7. Oktober 2024. [https://www.zentralratderjuden.de/wp-content/uploads/2025/03/ZDJ\\_GC-War\\_3009b-1.pdf](https://www.zentralratderjuden.de/wp-content/uploads/2025/03/ZDJ_GC-War_3009b-1.pdf).

# **„Free the World from Israel“ – Antisemitismus auf Versammlungen infolge des 7. Oktober 2023**

Julius Gruber

*Bundesverband RIAS*

## Einleitung

Die antisemitischen Massaker vom 7. Oktober 2023 wurden weltweit zum Anlass genommen sich antisemitisch zu äußern. Mit Bekanntwerden der Massaker war auch in Deutschland ein sprunghafter Anstieg antisemitischer Vorfälle feststellbar, wie die Dokumentation von RIAS zeigt. Der 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege stellen eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle dar. Der Begriff der Gelegenheitsstruktur bezeichnet temporär sich verändernde Möglichkeitsbedingungen, die eine Zu- oder Abnahme antisemitischer Handlungen bedingen.<sup>1</sup>

Die ersten antisemitischen Vorfälle in Deutschland mit Bezug zu den Massakern ereigneten sich noch am selben Tag, an dem die Gräueltaten verübt wurden. Neben der Leugnung und Glorifizierung der Taten vom 7. Oktober wurden Initiativen zum Ziel antisemitischer Aggressionen, die der Opfer gedachten oder sich für die Befreiung der Geiseln engagierten. Auch eine Wiederholung der an Israelis verübten Gewalt wurde gegenüber Jüdinnen\_Juden in Deutschland angekündigt.

Die Analyse antisemitischer Vorfälle im Jahr 2024<sup>2</sup> zeigt einen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Vor allem sichtbar ist dies bei Vorfällen in stark politisierten Kontexten, also solchen die maßgeblich durch politische Akteur\_innen geprägt sind. Antisemitismus äußerte sich im vergangenen Jahr besonders häufig bei Versammlungen und in Form antisemitischer Aufkleber und Schmierereien im öffentlichen Raum. Der Antisemitismus in politisierten Kontexten drückt sich auch gewaltförmig aus. Beispielsweise fanden antisemitische Angriffe<sup>3</sup> 2024 häufiger in politisierten Kontexten statt als im Vorjahr: 17 der 186 Angriffe, die RIAS im Vorjahr registrierte,

1 Julius Gruber, Bianca Loy und Daniel Poensgen, *Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland*. RIAS Working Paper Nr. 01/23, [https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17\\_Working-Paper-01-23\\_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf).

2 Bundesverband RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf).

3 Zu den von RIAS erfassten Vorfällttypen siehe RIAS, *Antisemitische Vorfälle 2024*, S. 61f.

richteten sich gegen Personen, die sich in einer konkreten politischen Auseinandersetzung mit den Täter\_innen befanden. 2023 waren das nur 6 der 121 Angriffe, davon 4 in der relativ kurzen Zeit nach dem 7. Oktober.

Politisch mobilisierter Antisemitismus stellt als „Antisemitismus in organisierter Form“<sup>4</sup> eine besondere Gefahr für jüdisches Leben dar. Er wirft die Frage nach kollektiven politischen Akteur\_innen auf, die Antisemitismus entweder aktiv aktualisieren und mobilisieren oder ihn institutionell tolerieren – in dem Sinne, dass er „innerhalb einer Organisation ohne negative Sanktionen bleibt und damit akzeptiert und politisch ermöglicht wird.“<sup>5</sup> Durch solche Akteur\_innen wird Antisemitismus Teil eines politischen Angebots.

Dieser Text analysiert Versammlungen in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2024, bei denen von RIAS antisemitische Inhalte dokumentiert wurden. Er geht dabei auf Entwicklungen im zeitlichen Verlauf, auf die Bedeutung des 7. Oktober und der darauffolgenden Kriege sowie auf die unterschiedlichen, von RIAS erfassten politisch-weltanschaulichen Hintergründe ein.

4 Günther Jikeli, „A Framework for Assessing Antisemitism: Three Case Studies (Dieudonné, Erdogan, and Hamas)“, in *Deciphering the New Antisemitism*, hg. von Alvin H. Rosenfeld (Indiana University Press, 2015), S. 43–76, hier S. 46.

5 Lars Rensmann, *Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts* (Nomos 2025), S. 19.

## Datengrundlage und Methodik

Der Bundesverband RIAS dokumentiert seit seiner Gründung 2018 bundesweit antisemitische Vorfälle ober- und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze aus der Perspektive der Betroffenen. Für die Bestimmung des antisemitischen Gehalts orientiert sich RIAS an einer operationalisierten Version der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) sowie an der Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung/Verharmlosung des Holocaust der IHRA.<sup>6</sup> Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS zudem an der von Natan Scharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.<sup>7</sup> Aus operativen Gründen erfasst RIAS antisemitische Äußerungen nicht als antisemitischen Vorfall, wenn diese online stattfinden und nicht unmittelbar eine spezifische Personen oder Institution adressiert sind.

Betroffene oder Zeug\_innen können antisemitische Vorfälle über [report-antisemitism.de](https://report-antisemitism.de) melden. RIAS erfasst und verifiziert diese Meldungen nach einheitlichen Standards. In die Dokumentation von RIAS fließen weitere Quellen wie Medienberichte, Onlinechroniken sowie in einigen Bundesländern polizeiliche Kriminalitätsstatistiken ein.<sup>8</sup> Die von RIAS dokumentierten antisemitischen Vorfälle bilden keine repräsentative Stichprobe und lassen keine Rückschlüsse auf das Vorfallgeschehen oder die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der gesamten Gesellschaft zu.

6 Bundesverband RIAS, *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus*, [https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition\\_Handbuch.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf); IHRA – International Holocaust Remembrance Alliance, *Arbeitsdefinition von Antisemitismus* <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

7 Natan Sharansky, „3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization“, *Jewish Political Studies Review* 16, S. 3–4 (2004), <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/>.

8 RIAS, *Antisemitische Vorfälle 2024*, S. 59ff.

Zu den antisemitischen Vorfällen, die RIAS gemeldet werden, gehören auch antisemitische Inhalte auf Versammlungen. Erkenntnisse über diese erlangt RIAS aus den genannten Quellen sowie aus dem Abgleich des Monitorings anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Zudem führt RIAS selbst ein Monitoring von Versammlungen durch. Dieses orientiert sich entlang der sieben von RIAS erfassten politisch-weltanschaulichen Hintergründe. Ganzjährig werden einschlägige Social Media-Seiten, insbesondere auf Facebook, Twitter und Instagram aber auch andere Internetseiten mehrmals die Woche auf Ankündigungen zu öffentlichen Veranstaltungen und antisemitische Inhalte geprüft.

Über das Monitoring einer Versammlung wird im Einzelfall entschieden, wenn RIAS zu der Einschätzung kommt, dass antisemitische Inhalte zu erwarten sind. Zu den Auswahlkriterien für die Beobachtung von Versammlungen zählen die antisemitismusrelevanten politisch-weltanschaulichen Positionierungen der zu den Versammlungen mobilisierenden Akteur\_innen, die thematische Ausrichtung der Mobilisierung sowie bereits von RIAS erfasste antisemitische Vorfälle, die dem jeweiligen Umfeld der mobilisierenden Akteur\_innen zugeordnet werden konnten. Weist die Ankündigung zu einer Versammlung für Antisemitismus relevante thematische Bezüge zu einer von RIAS festgestellten Gelegenheitsstruktur auf – beispielsweise zur Covid-19-Pandemie, zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, zur Eskalation des arabisch-israelischen Konflikts im Mai 2021 oder zu den Massakern vom 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Kriegen – so führt RIAS ein Monitoring der Versammlung durch. Einzelne wiederkehrende politische Aktivitäten die für einen bestimmten politisch-weltanschaulichen Hintergrund von besonderer Bedeutung sind, monitort RIAS regelmäßig – etwa islamistische Kampagnen zum sogenannten Quds-Tag oder den rechtsextremen Aufmarsch zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens 1945. Beim Monitoring erfasst RIAS Daten sowohl aus vor Ort durchgeführten Beobachtungen als auch aus öffentlich zugänglichem Bild- und Videomaterial.

Inwieweit antisemitische Inhalte auf Versammlungen bekannt werden, hängt vom Zugang zu systematisch auswertbaren Quellen, den zuwendungsrechtlichen Vorgaben sowie von den jeweiligen personellen Ressourcen der einzelnen Meldestellen

ab. Bestimmte Versammlungstypen, die beispielsweise in geschlossenen oder privaten Räumen stattfinden – etwa klandestine Rechtsrockkonzerte – sind für das RIAS-Monitoring schwerer zugänglich. Es ist daher davon auszugehen, dass es zu antisemitischen Inhalten auf Versammlungen kommt, von denen RIAS keine Kenntnis erlangt. Die Größe des Dunkelfelds lässt sich nicht beziffern.

Auf Basis des Monitorings sowie der gemeldeten Vorfälle fertigt RIAS Beschreibungen von Versammlungen an, die datenbankgestützt codiert werden. Stellt eine Meldestelle in Aufrufen, Reden oder Parolen bzw. auf mitgeführten Transparenten oder Plakaten antisemitische Inhalte fest, so erfasst sie die antisemitischen Inhalte auf der entsprechenden Versammlung als einen antisemitischen Vorfall des Typs verletzendes Verhalten.<sup>9</sup> Das bedeutet nicht in jedem Fall, dass die jeweilige Versammlung von antisemitischen Inhalten bestimmt war. Gleichwohl boten diese Versammlungen eine öffentlichkeitswirksame Plattform für antisemitische Inhalte und entfalteten eine bedrohliche Wirkung für Betroffene im öffentlichen Raum.<sup>10</sup> Auch mehrere solcher Inhalte im Kontext einer Versammlung werden zu einem Vorfall zusammengefasst. Ereignen sich im Zusammenhang mit einer solchen Versammlung antisemitische Angriffe, Bedrohungen oder gezielte Sachbeschädigungen – von jüdischem Eigentum oder Gedenkzeichen –, so werden diese jeweils einzeln als antisemitische Vorfälle dokumentiert. Sämtliche dokumentierten Vorfälle ordnet RIAS einem politisch-weltanschaulichen (oder kurz politischen) Hintergrund zu. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sich dieser eindeutig ergibt – entweder aus dem Vorfall selbst (etwa aufgrund einer Selbstbezeichnung der Täter\_innen) oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen (etwa wenn diese bestimmte religiöse Glaubensinhalte umfassen). Bei Versammlungen ist ein wichtiger Indikator für die politische Einordnung, welche Akteur\_innen zu einer Versammlung mobilisieren bzw. bei ihr präsent sind. Gerade der israelbezogene Antisemitismus ermöglicht Akteur\_innen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen mit- und

9 Zu den von RIAS erfassten Vorfalltypen siehe RIAS, *Antisemitische Vorfälle 2024*, S. 61f.

10 Till Hendlmeier, Christoph Schuch und Laura Schwarz, „Antisemitismus – eine Gefahr. Über antisemitismus(un)kritische Prognosen im Versammlungsrecht“, *Verfassungsblog*, 11. November 2023, <https://verfassungsblog.de/antisemitismus-eine-gefahr/>.

nebeneinander zu agieren – israelbezogener Antisemitismus ist dann eine Brücke zwischen verschiedenen Ideologien. Sind Akteur\_innen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen bei einer Versammlung beteiligt so ordnet RIAS die Versammlung demjenigen Hintergrund zu, der die Versammlung dominiert. Ein ausschlaggebender Indikator dabei sind die Inhalte der aufrufenden und anwesenden Akteur\_innen, aber auch der politische Hintergrund von Redner\_innen oder auf der Versammlung sichtbare Symboliken.

## Israelbezogener Antisemitismus auf Versammlungen im Zeitverlauf

Quantitativ betrachtet befindet sich das Versammlungsgeschehen seit dem 7. Oktober 2023 auf einem Höhepunkt: Im Untersuchungszeitraum zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2024 dokumentierte RIAS insgesamt 2225 Versammlungen mit antisemitischen Inhalten. Das sind rechnerisch rund fünf Versammlungen pro Tag. Im gesamten Zeitraum vor dem 7. Oktober 2023, also zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 6. Oktober 2023 (im Folgenden Vorzeitraum), dokumentierte RIAS nur 1636 Versammlungen mit antisemitischen Inhalten – rechnerisch eine pro Tag. Auch in diesem Zeitraum gab es Ereignisse, die Gelegenheitsstrukturen für die Artikulation von Antisemitismus darstellten etwa die Covid-19-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine oder die Eskalation des arabisch-israelischen Konflikts im Mai 2021.

Bis zum 6. Oktober 2023 waren bei den von RIAS dokumentierten Versammlungen mit antisemitischen Inhalten die Erscheinungsformen Post-Schoa-Antisemitismus und moderner Antisemitismus die häufigsten Erscheinungsformen. Seit dem 7. Oktober ist israelbezogener Antisemitismus die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform. Auf 1982 der 2225 Versammlungen im Untersuchungszeitraum wurde dieser dokumentiert. Das entspricht 89 % der Versammlungen. Im Vergleich dazu wurden im Vorzeitraum bei 20 % der Versammlungen, also bei 331 der insgesamt 1636 Versammlungen, israelbezogener Antisemitismus dokumentiert. Ein Vorfall kann mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden. Bei vielen der Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus war dies der Fall.

Der Großteil der 1982 Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus weist Bezüge zu den Massakern vom 7. Oktober oder den darauffolgenden Kriegen auf. Das bedeutet, dass diese Ereignisse entweder Anlass für die Durchführung der Versammlung waren oder auf der Versammlung thematisiert wurden. Die folgenden Analysen beziehen sich auf die 1982 Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus im Untersuchungszeitraum.

Prozentualer Anteil und absolute Anzahl der Versammlungen, die vom 1. Januar 2020 bis zum 6. Oktober 2023 (■) und vom 7. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2024 (■) der jeweiligen Erscheinungsform zugeordnet wurden (Abb. 1)

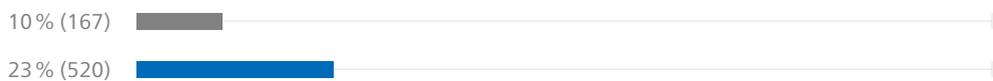
#### Israelbezogener Antisemitismus



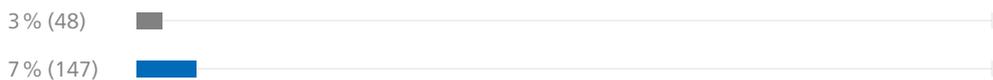
#### Post-Schoa-Antisemitismus



#### Antijudaistischer Antisemitismus



#### Antisemitisches Othering



#### Moderner Antisemitismus



Antisemitische Vorfälle werden häufig mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Die Summe aller Anteile ist daher größer als 100 %.

Die Untersuchung zeigt, dass die ersten Versammlungen unmittelbar nach Bekanntwerden der Massaker in Israel stattfanden, also noch am 7. Oktober 2023. Insbesondere in den ersten Wochen nach dem 7. Oktober gab es sowohl Versammlungsverbote<sup>11</sup> als auch polizeiliche Auflagen für Versammlungen – mit großen regionalen Unterschieden. Dennoch fanden bundesweit regelmäßig

11 Till Hendlmeier, Christoph Schuch und Laura Schwarz, „Antisemitismus – eine Gefahr. Über antisemitismus(un)kritische Prognosen im Versammlungsrecht“, *Verfassungsblog*, 11. November 2023, <https://verfassungsblog.de/antisemitismus-eine-gefahr/>.

Versammlungen statt. Im Untersuchungszeitraum fand sich keine Woche ohne eine Versammlung, auf der RIAs Äußerungsformen des israelbezogenen Antisemitismus dokumentierte.

Dabei griffen Versammlungsteilnehmer\_innen häufig Ereignisse außerhalb Deutschlands auf – etwa die Proteste an US-amerikanischen Hochschulen,<sup>12</sup> die gewaltförmigen Ausschreitungen gegen Israelis in Amsterdam am 7. November 2024 oder Ereignisse des arabisch-israelischen Konflikts. Solche Ereignisse wurden wiederholt in gewaltaffirmativer und antisemitischer Weise aufgegriffen. Dies geschah zum Beispiel auf einer Versammlung am 9. November 2024 in Hannover, wo die antisemitische Gewalt in Amsterdam im Kontext eines Fußballspiels am 7. November 2024<sup>13</sup> ebenso wie die Massaker vom 7. Oktober in antisemitischer Weise bejubelt wurden:

#### 9. November 2024, Hannover

Auf einer Versammlung der Gruppe Intifada Hannover äußerte ein Redner anlässlich der antisemitischen Gewalt in Amsterdam am 7. November 2024 und mit Bezug zu den Massakern des 7. Oktobers: „Diese Freude habe ich wieder erlebt. Dieselbe Freude, die ich vor einem Jahr, ein Monat und zwei Tagen [Anm: also am 7. Oktober 2023] erlebt habe. Ich habe nie gedacht, dass ich diese Freude wieder erleben werde, nachdem wir das alles gesehen haben, was in Gaza und im Libanon passiert. Aber danke an die Löwen der Wüste, die den Schweinen gezeigt haben, welchen Platz sie auf der Welt haben und nicht nur in den Niederlanden. Wir haben euch schon vorher gesagt, aus Gaza kommt eine

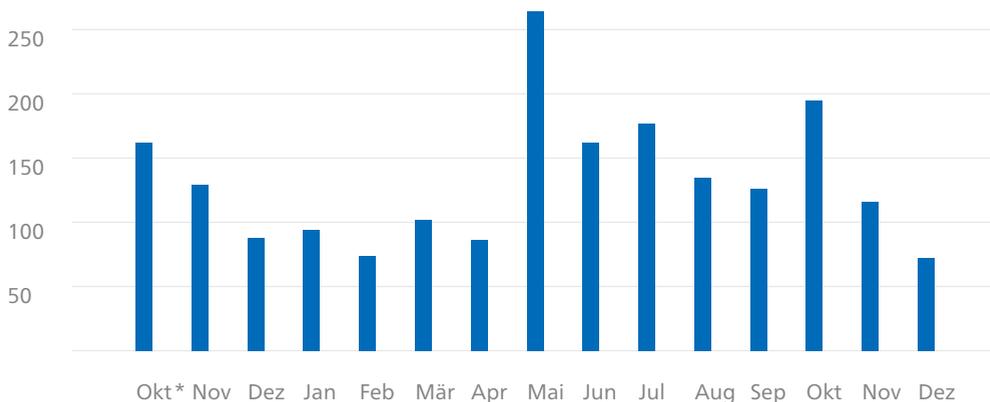
12 ADL – Anti Defamation League. „*Campus Antisemitism Surges Amid Encampments and Related Protests at Columbia and Other U.S. Colleges*“. 22. April 2024, abgerufen am 13. Juni 2025. <https://www.adl.org/resources/article/campus-antisemitism-surges-amid-encampments-and-related-protests-columbia-and>. Siehe auch Günther Jikeli und Daniel Miehlting Anti-Israel Campus Groups. Online Networks & Narratives. Institute for the Study of Contemporary Antisemitism, Indiana University 2025. [https://isca.indiana.edu/publication-research/social-media-project/current-projects/jikeli\\_miehlting\\_2025\\_anti-israel\\_campus\\_groups-corr3.pdf](https://isca.indiana.edu/publication-research/social-media-project/current-projects/jikeli_miehlting_2025_anti-israel_campus_groups-corr3.pdf).

13 Gordon Rayner, Connor Stringer, *Revealed: How Pro-Palestinian mob organised via WhatsApp to 'Hunt Jews' across Amsterdam*, 8. November 2024, <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2024/11/08/jewish-maccabi-tel-aviv-fans-attacked-in-amsterdam/>.

Flut und diese Flut wird euch ertrinken. Ihr werdet nirgendwo willkommen sein. Keiner möchte euch haben. Euer Gestank, euer Gestank hat uns alle angeekelt.“ Er fuhr fort mit den Worten: „Ich habe nämlich gesagt, dass unsere Antworten auf die Zionisten nicht weniger als Nasenblutung sein sollen. Also danke an meine Geschwister in Amsterdam. [...] Wir bejubeln diese Tat!“<sup>14</sup>

Im Untersuchungszeitraum fanden sowohl kleinere Kundgebungen, Spenden- und Infostände, Besetzungen von Hochschulräumen als auch einzelne größere Demonstrationen mit mehr als 10 000 Teilnehmenden statt. Im gesamten Untersuchungszeitraum lassen sich dabei drei Zeiträume ausmachen, in denen eine vermehrte Häufung Versammlungen dokumentiert wurde: Zunächst die ersten Wochen unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 bis Mitte November. Im zweiten Zeitraum mit einer Häufung von Mai bis Juli 2024 lagen u. a. politisierte Feier- und Gedenktage, wie der 1. Mai oder der sogenannte Nakba-Tag und Studierendenproteste. Der dritte Zeitraum im Oktober rund um den ersten Jahrestag der Massaker fiel zeitlich mit der Eskalation des Konflikts zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon zusammen.

### Zeitliche Verteilung von Versammlungen mit der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus im Untersuchungszeitraum 7. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2024 nach Monaten (Abb. 2)



\* 7.10–31.10.2023

Bereits in der ersten Phase zeigte sich, welche Auswirkungen die mediale Berichterstattung auf das Versammlungsgeschehen hat. So beobachtete RIAS einen sprunghaften Anstieg der Anzahl von Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus, nachdem am 17. Oktober 2023 auch öffentlich-rechtliche Medien, wie beispielsweise der Deutschlandfunk, ungeprüft eine Nachricht der Hamas verbreiteten. Diese behauptete, eine israelische Rakete habe das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza getroffen und 500 Menschen getötet.<sup>15</sup> Wurden von RIAS in der ersten Woche nach den Massakern, vom 7. Oktober bis zum 15. Oktober, 40 Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert, so stieg die Zahl solcher Versammlungen in der Woche von 16. Oktober bis 22. Oktober um über 50 % auf 64. In den beiden Wochen danach sank die Zahl wieder auf 51 bzw. 42 je Woche. Der Anstieg der dokumentierten Versammlungen war unter anderem auf spontane Kundgebungen und Demonstrationen anlässlich der Falschnachricht zurückzuführen. Die Zahl der Versammlungen unmittelbar nach dieser Falschinformation übertraf die Zahl der Versammlungen nach Beginn der israelischen Bodenoffensive am 28. Oktober.<sup>16</sup>

Die Verbreitung der Falschnachricht wirkte sich nicht nur quantitativ auf das antisemitische Versammlungsgeschehen aus. Sie verursachte inhaltliche Veränderungen des israelbezogenen Antisemitismus, wie er auf Versammlungen artikuliert wurde. RIAS dokumentierte nun vermehrt die Erscheinungsform des Post-Schoa-Antisemitismus, wie etwa historische Analogien zwischen den israelischen Militäroperationen und den Verbrechen des Nationalsozialismus. In der Woche von 7. bis zum 15. Oktober 2023 lag der Anteil von Versammlungen mit Äußerungsformen des Post-Schoa-Antisemitismus an Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus bei 9 von 40 Versammlungen, also bei 23 %. In der darauffolgenden Woche stieg die Anzahl infolge der Falschmeldung über das Al-Ahli-Krankenhaus

15 Zur Reaktion des Deutschlandfunks siehe Marco Bertolaso, Unser Fehler in einem „X“-Post. *Deutschlandfunk*, 19. Oktober 2023, <https://www.deutschlandfunk.de/unser-fehler-in-einem-x-post-100.html>.

16 Bundesverband RIAS, *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023*, [https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28\\_antisemitische\\_reaktionen\\_in\\_deutschland\\_auf\\_die\\_hamas-massaker\\_in\\_israel\\_2.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf), S. 18–21.

auf 26 von 64 Versammlungen, der Anteil lag dann bei 41 %. Neben dem israelbezogenen Antisemitismus ist Post-Schoa-Antisemitismus die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform im Untersuchungszeitraum.

Möglicherweise hängt diese Entwicklung mit der weiten Verbreitung von Genozid-Vorwürfen gegen Israel zusammen. Dieser wurde in dem genannten Zeitraum auf Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus deutlich öfter sichtbar. RIAS versteht den Vorwurf, Israel begehe im Gazastreifen einen Genozid, nicht per se als antisemitischen Vorfall. Eine solche Einordnung erfolgt nur, wenn der Vorwurf das Recht von Jüdinnen\_Juden auf kollektive Selbstbestimmung abstreitet, wenn er Symbole oder Bilder verwendet, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen oder wenn er eine Gleichsetzung zwischen der aktuellen israelischen Politik und dem Nationalsozialismus vornimmt. Eine solche Gleichsetzung wurde RIAS zum Beispiel auf einer Versammlung in Nürnberg einen Tag nach der Falschnachricht am 18. Oktober 2023 bekannt:

#### 18. Oktober 2023, Nürnberg

Auf einer Versammlung mit dem Motto „Stoppt den Genozid an den Palästinensern! Mahnwache für Frieden“ wurden verschiedene antisemitische Inhalte dokumentiert, u. a. durch ein Schild mit dem Inhalt „Stop doing what Hitler did to you“.

Der Inhalt des Schildes setzt implizit Jüdinnen\_Juden mit Israel gleich sowie Israel dämonisierend mit dem Nationalsozialismus. Es handelt sich um eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr.

Am 4. November 2023 fand in Düsseldorf die mit rund 17 000 Teilnehmenden größte RIAS bekannt gewordene Demonstration im Untersuchungszeitraum statt, die anlässlich 7. Oktober und der darauffolgenden Kriegen organisiert wurde. Auch dort wurden zahlreiche Inhalte dokumentiert, die sowohl dem israelbezogenen als auch dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet wurden:

#### 4. November 2023, Düsseldorf

Mehrere Plakate und Transparente bei einer Großdemonstration setzten die israelischen Militäroperationen im Gazastreifen mit der Schoa gleich. Unter anderem hieß es:

- „!! Rettet Anne Frank!! – Die Kinder in Palästina haben keinen Stift und kein Buch aber ein Recht auf eine Kindheit in Sicherheit und Frieden – Wir sind alle Menschen“
- „One Holocaust does not justify another one“
- „Etnische Säuberung, Massaker, Genozid, Kindermord, Holocaust, Apartheid = Selbstverteidigung“
- „Liebe Zionisten, hört auf das zu tun was ihnen im 2ten Weltkrieg widerfahren ist!“

Ein Plakat stellte eine bildliche Analogie zwischen Mordpraktiken in nationalsozialistischen Vernichtungslagern und der aktuellen Situation in Gaza her: Es zeigte die Abbildung eines Duschkopfs mit der Jahreszahl 1933 – in Anspielung an die nationalsozialistischen Vernichtungspraktiken – und die Abbildung einer Bombe mit der Jahreszahl 2023 sowie die Aussagen „Stop the crime“ und „Wo ist der Unterschied?“



Ein antisemitisches Transparent bei einer Versammlung in Düsseldorf am 4. November 2023. Auf diesem wurden eine Bombe mit der Jahreszahl 2023 und ein Duschkopf mit der Jahreszahl 1933 abgebildet. Dazu war zu lesen: „STOP THE CRIME“ und „WO IST DER UNTERSCHIED?“. Foto: Antifa Infoportal Düsseldorf. (Abb. 3)

Die neuerliche Zunahme von Versammlungen mit antisemitischen Inhalten wurde von Mai bis Juli 2024 dokumentiert. Die in diesem Zeitraum liegenden politisierten Feier- und Gedenktage wie der 1. Mai oder der sogenannte Nakba-Tag, ein Kampagnentag gegen die israelische Staatsgründung, standen 2024 unter dem Zeichen einer globalen Mobilisierung von israelbezogenem Antisemitismus.<sup>17</sup> Am 17. April 2024 hatte das erste Studierendencamp an der Columbia University in New York begonnen, bei dem die Massaker vom 7. Oktober verherrlicht und deren Wiederholung angekündigt wurde – auch gegenüber jüdischen Studierenden.<sup>18</sup> Das Camp hatte von Beginn an einen Vorbildcharakter für Studierendenproteste weltweit.

Auch in Deutschland entstanden ab Mai 2024 auf Dauer angelegte Protestcamps an und um Hochschulen. RIAS erfasste in 18 Städten in acht Bundesländern solche Protestcamps bei denen Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert wurden. Die Dauer der Camps reichte von wenigen Tagen bis zu einigen Monaten. Ein Beispiel für israelbezogenen Antisemitismus auf Versammlungen an Hochschulen war die Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin am 22. Mai 2024.

### 23. Mai 2024, Berlin-Mitte

Aktivist\_innen u. a. der Gruppierung Student Coalition Berlin besetzten das Sozialwissenschaftliche Institut der Humboldt Universität Berlin. Nach der Räumung durch die Polizei wurden im Gebäude erhebliche Sachbeschädigungen festgestellt. Das Institut musste mehrere Monate lang renoviert werden. Die Besetzer\_innen hinterließen eine Vielzahl an antisemitischen und terrorverherrlichenden Schmierereien, unter anderem:

17 Für einen exemplarischen und unvollständigen Überblick über antisemitische Vorfälle in 25 Ländern und im Internet allein in den ersten Wochen nach dem 7. Oktober 2023, siehe Jacob Blaustein Institute for the Advancement of Human Rights, „Global Leaders, Experts Must Reject Surging Antisemitism Worldwide and Affirm Jews’ Equal Rights“, in *Responses to 7 October: Law and Society*, hg. von Rosa Freedman und David Hirsh (Routledge 2024), S. 74–90.

18 ADL, „Campus Antisemitism Surges“.

- „From the river to the sea, Palestine will be free“ (teilweise direkt neben oder über terrorverherrlichenden Symboliken wie einem roten Dreieck<sup>19</sup>).

Die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ ist ein Beispiel für die Delegitimierung Israels, da sie impliziert, dass ein palästinensischer Staat auch das israelische Staatsgebiet voll umfassen sollte und dieser kein Existenzrecht hat.

- „End Zionism, Glory to the resistance“ (über einem roten Dreieck).

In diesem antisemitischen Slogan wird ein Ende des Zionismus, also der Idee jüdischer nationaler Selbstbestimmung und Gründungsideologie des israelischen Staates, gefordert. Im Antizionismus werden ausschließlich Jüdinnen\_Juden nationale politische Rechte abgesprochen.

Auch weitere terrorverherrlichende Schmierereien wurden hinterlassen, unter anderem:

- „You are gonna lose to the resistance“ (über einem roten Dreieck),
- Mehrfach der Schriftzug „Intifada“,
- „Al-Qassam“ (Name des militärischen Arms der Hamas, mit einem Herz darüber),
- „long live armed resistance“, „long live the intifada“, „long live student intifada“,
- „Decolonisation is not a metaphor“.

Auch die israelische Militäroffensive in Rafah im südlichen Gazastreifen wurde in diesem Zeitraum zu einem Anlass für die Mobilisierung zu Versammlungen. In sozialen Medien wurde das Vorgehen des israelischen Militärs zum Gegenstand

19 Dabei handelt es sich um ein Symbol, das die Hamas in Propagandavideos nutzt, um ihre Feinde zu markieren. Inzwischen haben andere Akteur\_innen dieses Symbol mit derselben Funktion übernommen. Das rote Dreieck kann eine gewaltvolle Markierungspraxis darstellen, aber auch Ausdruck einer sich als propalästinensisch verstehenden Haltung sein. RIAS erfasst rote Dreiecke als antisemitische Vorfälle, wenn sie Teil einer antisemitischen Markierungspraxis sind.

weitverbreiteter antisemitischer Inhalte. Dabei waren Gleichsetzungen mit der Schoa gängig.<sup>20</sup> Solche Inhalte wurden RIAS auch auf Versammlungen bekannt, beispielsweise auf einem Plakat am 6. Juni 2024 in Erlangen:

## 2. Juni 2024, Erlangen



Eine Teilnehmerin einer antisraelischen Versammlung trug ein antisemitisches Schild, das Adolf Hitler und den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu abbildet. Beide haben die Arme erhoben. Unter Hitlers Arm ist eine Gaswolke und der Schriftzug „Auschwitz“ abgebildet, unter Netanyahus Arm sind Raketen und der Schriftzug „Gaza“ abgebildet. Beiden ist durch eine Sprechblase folgende Aussage zugeordnet: „THE WORLD MAY CALL IT GENOCIDE; WE PREFER TO CALL IT „SELF DEFENSE““. Auf dem Plakat wurde die Schoa bagatellisiert und Israel dämonisiert. Foto: RIAS Bayern. (Abb. 4)

20 Deborah Schnabel und Eva Berendsen, *Der Holocaust als Meme. Wie in digitalen Räumen Geschichte umgedeutet wird*, Bildungsstätte Anne Frank, 2025, [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/2025\\_Report\\_Holocaust\\_als\\_Meme.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/2025_Report_Holocaust_als_Meme.pdf), S. 36–41.

Auch Monate später waren die Kämpfe in Rafah noch ein Bezugspunkt für die Artikulation von Post-Schoa-Antisemitismus auf den untersuchten Versammlungen, etwa im Oktober 2024 in Bad Segeberg:

#### 18. Oktober 2024, Bad Segeberg (Schleswig-Holstein)

Auf einer Versammlung wurde ein Plakat mit der Aufschrift „Rafah Holocaust“ gezeigt.

Besonders sichtbar wurde die Bedeutung des 7. Oktobers für die Mobilisierung zu Versammlungen in der dritten Mobilisierungsphase, dem Zeitraum rund um den ersten Jahrestag des 7. Oktober. Nach einem relativen Rückgang der Zahl der Versammlungen im August und September 2024 mobilisierten Akteur\_innen zum 7. Oktober 2024 wieder vermehrt zu Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus. Allein am 7. Oktober 2024 dokumentierte RIAS 16 solcher Versammlungen, beispielsweise in Leipzig.

#### 7. Oktober 2024, Leipzig

Die Gruppe Handala Leipzig mobilisierte zu einer Versammlung mit dem Motto „76 Jahre Besatzung. 76 Jahre Widerstand. Freiheit für Palästina“. Ein Redebeitrag verherrlichte die Massaker vom 7. Oktober mit den Worten: „Die Menschen aus Gaza sind vor einem Jahr ausgebrochen aus einem Konzentrationslager.“ Die Aussage erhielt Beifall von Versammlungsteilnehmer\_innen. Einige von ihnen riefen die Parole „Israel arabiya“ (Israel ist arabisch). Eine Person trug ein Schild mit der Aufschrift „7/10/23 Gaza Ghetto uprising“. Das impliziert eine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Vernichtungspraktiken von Jüdinnen\_Juden mit der Situation im Gazastreifen vor dem 7. Oktober 2023. Auch werden damit die Taten vom 7. Oktober legitimiert, indem die Täter mit widerständigen Jüdinnen\_Juden während des Nationalsozialismus gleichgesetzt werden.

Auch auf Versammlungen, die nicht anlässlich des Jahrestags der Massaker stattfanden, waren der 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege Anlass für die Artikulation von Antisemitismus. So auf einem sogenannten Montagsspaziergang in Sondershausen (Thüringen):

### 7. Oktober 2024, Sondershausen (Thüringen)

Auf einer verschwörungsideologischen Versammlung sagte eine Rednerin, sie habe eigentlich über Bioengineering und Chemtrails sprechen wollen, sich aber angesichts der politischen Lage entschieden, das Folgende zu sagen: „Die Zionisten, die haben die Oberhand gewonnen, aber schon seit vielen Jahren. Die bestimmen, was jetzt gesagt wird im Fernsehen, wann ein Krieg beginnt, wann nicht, wann er aufhört. Und das ist eben das Schlimme. Wir haben nichts zu sagen. Wann wird hier bei uns dann kommen?“

Die Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hisbollah Anfang Oktober 2024 im Libanon wurde zu einem weiteren Anlass für die Mobilisierung zu Versammlungen. Dabei wurde auch eine Mobilisierung durch libanesische Akteure sichtbar.

### 12. Oktober 2024, Wolfsburg

Auf einer Versammlung, zu der die Palästinensische Gemeinde Wolfsburg e. V. und die Libanesische Gemeinde Wolfsburg e. V. mobilisieren, werden zahlreiche antisemitische Parolen gerufen, wie:

- „From the river to the sea, Palestine will be free“,
- „Kindermörder Israel“.

Bei der Parole Kindermörder Israel handelt es sich um eine Aktualisierung der antijudaistischen Ritualmordlegende.

Auch die Tötungen von Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah (am 27. September 2024) sowie von Hamas Anführer Yahya Sinwar (am 16. Oktober 2024) wurden auf Versammlungen aufgegriffen:

### 19. Oktober 2024, Düsseldorf

Auf einer antiisraelischen Versammlung der Gruppe Internationale Generation wurden antisemitische Inhalte verbreitet. Unter anderem zeigte ein Teilnehmer ein antisemitisches Plakat, auf dem ein Davidstern über einem Blutfleck abgebildet war. Israel wurde darauf sowohl delegitimiert als auch dämonisiert. Über

dem Davidstern stand durchgestrichen „ISRAEL“, darunter die dämonisierende Aufschrift „ISREAL TERRORIST“. Ein weiterer Demonstrant trug ein terrorverherrlichendes Plakat mit dem Porträt des getöteten Hamas-Anführers Yahya Sinwar.



Antisemitisches Plakat mit der Aufschrift „Israel ISREAL TERRORIST“ zusammen mit einem blutverschmierten Davidstern auf einer Versammlung in Düsseldorf. Foto: Antifa Infoportal Düsseldorf. (Abb. 5)



Heroisierende Abbildung des getöteten Hamas-Anführers Yahya Sinwar vor dem Felsendom in Jerusalem. Darunter steht in arabisch: „Sinwar ist ein Märtyrer“. Foto: Antifa Infoportal Düsseldorf. (Abb. 6)

### 26. Oktober 2024, Ulm

Auf einer Demonstration der Gruppe Ulm für Palästina riefen Versammlungsteilnehmer\_innen antisemitische Parolen, u.a.: „Einig gegen Zionisten, Kindermörder und Faschisten“. Außerdem wurde von einem Redner Yahya Sinwar heroisiert: In unmittelbarem Anschluss an eine Schweigeminute für „die unschuldigen Menschen, die in Palästina und Libanon ermordet wurden“ kommt ein Redner auf die „Ermordung Yahya Sinwars“ zu sprechen. Entgegen „den Lügen Israels“ habe sich dieser nicht in einer Villa befunden, sondern „kämpft bis zum letzten Augenblick. Der Mann, der über 20 Jahre im Gefängnis verbrachte, der selbst in einem Flüchtlingslager aufgewachsen ist.“

Ein wellenhafter Anstieg des israelbezogenen Antisemitismus nach dem 7. Oktober ist auf Versammlungen eindeutig zu beobachten. Doch welche Rolle spielte die Gelegenheitsstruktur der Massaker vom 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden Kriege für die politischen Hintergründe auf den von RIAS dokumentierten Versammlungen? Wie reagierten Akteur\_innen unterschiedlicher politischer Hintergründe, die zu Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus mobilisierten oder auf diesen anwesend waren, auf die Massaker und die darauffolgenden Kriege? Die Antwort auf diese Frage ist der Gegenstand des folgenden Kapitels.

## Israelbezogener Antisemitismus nach politischen Hintergründen

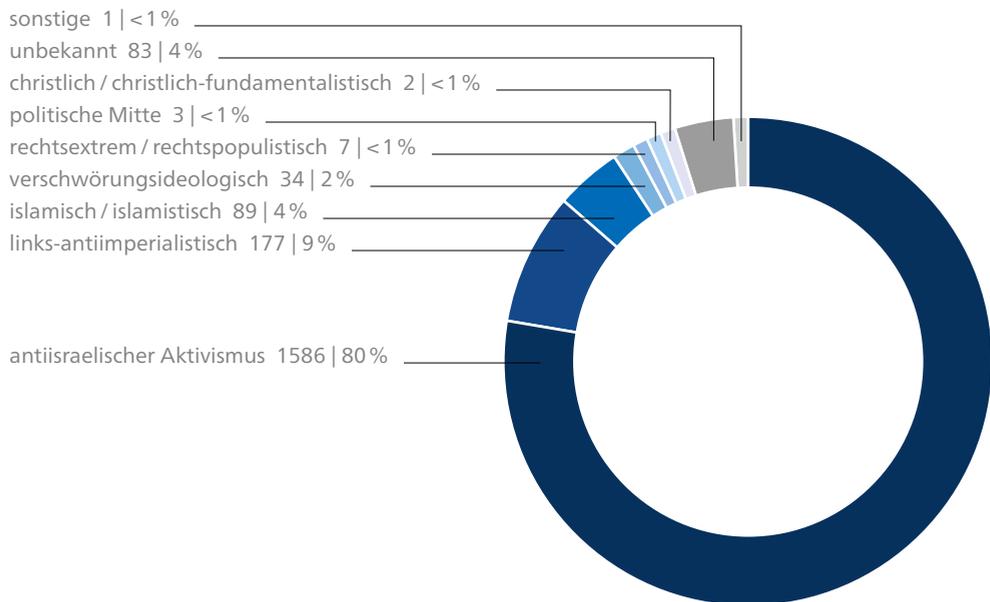
Der folgende Abschnitt untersucht aus vergleichender Perspektive, welche Bedeutung die politischen Hintergründen für die durch den 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Kriegen geschaffene Gelegenheitsstruktur für Versammlungen mit israelbezogenen antisemitischen Äußerungen hatten.

Betrachtet man die 1982 Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus so sticht der politische Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus deutlich hervor: Diesem wurden 1586 Versammlungen zugeordnet und er ist der am häufigsten dokumentierte Hintergrund. Aber auch der links-antiimperialistische und der islamisch/islamistische Hintergrund haben einen bedeutsamen Anteil an den untersuchten Versammlungen. Zumal Akteur\_innen mit diesen Hintergründen auch zu Versammlungen mobilisierten, die RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zuordnete. Nicht alle Versammlungen konnten einem politischen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden. Bei 83 Versammlungen lagen nicht genug Hinweise für eine politische Einordnung vor.

Die politischen Hintergründe rechtsextrem, verschwörungsideologisch, islamisch/islamistisch, links-antiimperialistisch und antiisraelischer Aktivismus werden im Folgenden hinsichtlich ihrer quantitativen Bedeutung in aufsteigender Reihenfolge dargestellt.<sup>21</sup>

21 Aufgrund ihrer für das Versammlungsgeschehen vernachlässigbaren Relevanz werden die politischen Hintergründe Politische Mitte (3 Versammlungen) und christlich/christlicher Fundamentalismus (2 Versammlungen) nicht berücksichtigt.

## Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus im Untersuchungszeitraum vom 7. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2024 nach politischen Hintergründen (Abb. 7)



### Rechtsextremer Hintergrund

RIAS ordnet antisemitische Vorfälle dem politischen Hintergrund rechtsextrem zu, wenn ideologische Bezüge überwiegen, die die Ungleichheit zwischen Menschen, insbesondere anhand ethnischer oder nationaler Trennlinien, betonen. Das Spektrum an Akteur\_innen mit rechtsextremem Hintergrund reicht von Neonazis über völkische Nationalist\_innen, sogenannte Neue Rechte, Graue Wölfe bzw. sogenannte Ülkücüler,<sup>22</sup> bis hin zu dem parlamentarisch verankerten Rechtsextremismus

22 Zwar wurden auf von RIAS dokumentierten Versammlungen mit antisemitischen Inhalten im Untersuchungszeitraum vereinzelt der sogenannte Wolfsgruß der Ülkücü-Bewegung dokumentiert. Allerdings wurde keine der RIAS bekannt gewordenen Versammlungen den Ülkücüler zugeordnet. Dem Politikwissenschaftler Ismail Küpeli zufolge ist der arabisch-israelische Konflikt seit dem 7. Oktober 2023 das zentrale Thema auf Accounts in den sozialen Medien, die den Grauen Wölfen zugeordnet werden können. Siehe Ismail Küpeli, *Graue Wölfe. Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland* (Unrast 2025)

der Alternative für Deutschland (AfD).<sup>23</sup> Bei den untersuchten Versammlungen kam dem rechtsextremen Hintergrund eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Von den 1982 Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus wurden nur sieben dem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet. Diese sieben Versammlungen mit Äußerungsformen des israelbezogenen Antisemitismus wiesen allesamt Bezüge zum 7. Oktober und den darauffolgenden Kriegen auf. Zudem wurden auf diesen Versammlungen trotz der geringen Zahl alle von RIAS erfassten Erscheinungsformen dokumentiert.

Rechtsextreme Akteur\_innen zählten zu den ersten, die sich anlässlich der Massaker antisemitisch äußerten, etwa auf einer von der AfD organisierten Versammlung:

#### 7. Oktober 2023, Bayern

Ein Teilnehmer eines von der AfD organisierten Infostandes sagte zu einer\_m Teilnehmer\_in einer Gegenkundgebung: „Du als Jude solltest zurück in dein Land nach Israel, um dort mit der Politik aufzuräumen, damit Israel aufhört, Palästina anzugreifen.“ Der Teilnehmer der AfD Kundgebung machte die als jüdisch markierte Person für die Politik Israels verantwortlich und stellte das am 7. Oktober angegriffene Israel als den eigentlichen Aggressor dar.

Bei den Haltungen zum arabisch-israelischen Konflikt gibt es innerhalb der AfD durchaus inhaltliche Differenzen. Während manche Vertreter\_innen der Partei ihre Solidarität mit Israel bekundeten, tätigten andere antisemitische Aussagen

23 Zum Antisemitismus in der AfD siehe Julius Gruber, „Die Alternative für Deutschland und Antisemitismus“, in *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen*, hg. vom Bundesverband RIAS, [https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf), S. 61–91. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) führt die AfD seit 2021 als rechtsextremen Verdachtsfall. Diese Einstufung wurde durch das Verwaltungsgericht Köln (Urteil vom 8. März 2022, Beschluss vom 10. März 2022) sowie durch das Oberverwaltungsgericht NRW im Berufungsverfahren am 13. Mai 2024 bestätigt.

– auch in Bezug auf den 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege.<sup>24</sup> Auch auf Versammlungen sind solche Aussagen dokumentiert. Dabei wurde sichtbar, dass der 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege als Anlass genommen wurden, über die eigene deutsche Identität zu sprechen, wie am 11. November 2023 in Steigra-Schnellroda:

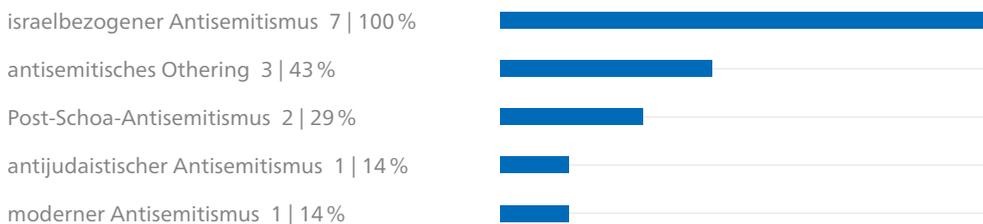
#### 11. November 2023, Steigra-Schnellroda (Sachsen-Anhalt)

Bei einem Vortrag des Instituts für Staatspolitik, einer bekannten rechtsextremen Denkfabrik, äußerte sich der damalige Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl 2024 antisemitisch. Er reproduzierte die antijudaistische Deutung des Talionsprinzips, unterstellte Israel so dämonisierend eine Rachsucht und äußerte sich geschichtsrevisionistisch: Die israelische Politik im Gazastreifen entspreche dem Prinzip „Zehn Auge für ein Auge“. Der AfD-Funktionär machte weiter eine deutsche „Identifizierung mit Israel“ aus und sah darin einen „Ersatz für die fehlende Identifizierung mit dem eigenen Vaterland“. Der AfD-Funktionär sprach in diesem Zusammenhang von einer „Nationalneurose“ und „Ersatznationalismus“. Zugleich biete die Situation im Gazastreifen aus seiner Sicht „Möglichkeiten und Fenster [...], über die eigene Geschichtspolitik zu sprechen“. Es gelte nun, „Dinge“ auszusprechen, „die bisher Tabu gewesen“ seien und „deutsche Opfer“ zu thematisieren, denn – so die geschichtsrevisionistische Deutung: „Dresden war unzulässig und Gaza ist auch unzulässig.“<sup>25</sup>

24 Mika Pérez Duarte, Dana Fuchs, Julius Gruber und Vera Henßler, Der arabisch-israelische Konflikt in der rechten Publizistik, in *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklung und aktuelle Ausdrucksformen*, hg. vom Bundesverband RIAS, [https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechtsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechtsextremismus_Antisemitismus.pdf), S. 92–109.

25 Maximilian Krahl, „Vergangenheitspolitik und politische Gegenwart“ – Maximilian Krahl auf der IfS-Tagung 2023“, gepostet am 27. November 2023 von Kanal Schnellroda, YouTube, 21:52, <https://www.youtube.com/watch?v=S-3s4fAa9Ng>.

### Erscheinungsformen auf Versammlungen mit rechtsextremen Hintergrund, auf denen israelbezogener Antisemitismus dokumentiert wurde (Abb. 8)



Antisemitische Vorfälle werden häufig mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Die Summe aller Anteile ist daher größer als 100 %.

Der rechtsextreme Fokus auf Innenpolitik, zeigte sich im Untersuchungszeitraum auch bei neonazistischen Akteur\_innen.<sup>26</sup> Von diesen wurde der arabisch-israelische Konflikt auf Versammlungen nur selten thematisiert.

Allerdings wurde am 11. Februar 2024 auf dem geschichtsrevisionistischen sogenannten „Trauermarsch“ in Dresden, einem jährlich stattfindenden rechtsextremen Aufmarsch zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens 1945, der Krieg im Gazastreifen thematisiert. Dies geschah in ähnlicher Weise wie bei den Aussagen in Steigra-Schnellroda vom Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl 2024. Teilnehmende der Versammlung trugen ein Transparent der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD, inzwischen umbenannt in Die Heimat) mit geschichtsrevisionistischem Inhalt. Darauf stand: „Gestern DRESDEN – heute GAZA. Völkermörder

26 Seit 2024 ist ein Zuwachs an jugendlichen Neonazis und in der Folge ein vermehrtes neonazistisches Versammlungsgeschehen zu beobachten. Auch wurden in diesem Zusammenhang von RIAS antisemitische Vorfälle dokumentiert. Der arabisch-israelische Konflikt spielte im Untersuchungszeitraum für diese erlebnisorientierte Akteursgruppe jugendlicher Neonazis keine Rolle. Beobachtungen aus dem Monitoring zeigen, dass für die Mobilisierung dieser Neonazis andere Themen, vor allem die Agitation gegen LGBTIQ, relevant waren. Siehe Joe Düker und Jessa Mellea, *Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet*, CeMas Research Paper, November 2024, [https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas\\_-\\_2024-11\\_-\\_research\\_paper\\_-\\_neue\\_generation\\_neonazis.pdf](https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf).

zur Rechenschaft ziehen!“<sup>27</sup> Ein inhaltlich identisches Transparent wurde erstmals 2009 bei der jährlich stattfindenden Versammlung mitgeführt.<sup>28</sup> Das Transparent knüpft an geschichtsrevisionistische und nationalistische Opfernarrative an, wonach es sich bei der Bombardierung Dresdens 1945 durch die Alliierten um einen Völkermord gehandelt habe. Dabei wird die Bombardierung Dresdens mit den israelischen Militäroperationen im Gazastreifen gleichgesetzt, wodurch auch die Situation der Deutschen 1945 mit der der Palästinenser\_innen im Gazastreifen gleichgesetzt wird.

Der Vorwurf des Völkermordes – also des Genozids – gegen Israel war in der extremen Rechten bereits vor dem 7. Oktober verbreitet. Der Vorwurf nahm auch antisemitische Formen an, etwa am 4. November 2024 in Hermsdorf (Thüringen):

#### 4. November 2024, Hermsdorf (Thüringen)

Ein Redner der Gruppe Weimarer Revolution leugnete in seiner Rede die Verbrechen vom 7. Oktober 2023. Er sagte: „Seit dem angeblichen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 macht Israel ganz Gaza dem Erdboden gleich“. Das Vorgehen Israels im Gazastreifen bezeichnete er als Völkermord „der seinesgleichen sucht“. Der Redner hob hierdurch den vermeintlichen Genozid im Gazastreifen gegenüber allen anderen historischen Genoziden – auch der Schoa – hervor und relativierte diese.

Es ist davon auszugehen, dass rechtsextreme Akteur\_innen auch auf von RIAS dokumentierten Versammlungen anwesend waren, diese jedoch nicht dominierten. Bei einigen Versammlungen, die RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zuordnete, wurde etwa der faschistische Wolfsgruß der Ülkücü-Bewegung dokumentiert.

27 Marco Kemp, „20240211\_Dresden (242)“, Flickr, gepostet am 12. Februar 2024, <https://www.flickr.com/photos/marcokemp/53524828744/in/album-72177720314735200/>.

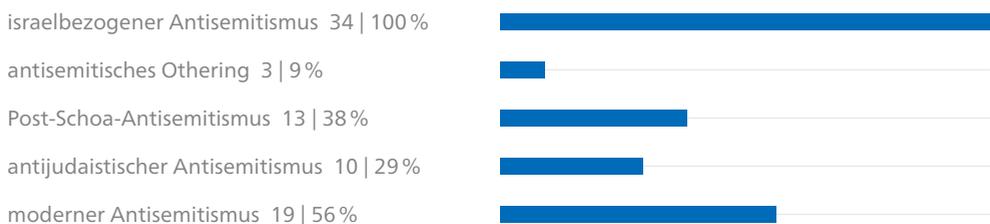
28 Infothek, „20090214-dresden124“, 11. März 2009, abgerufen am 13. Juni. <https://infothek.wordpress.com/2009/03/11/14-februar-2009-dresden-bilder/#jp-carousel-2245>; ART Dresden, Sie laufen und laufen und laufen, 15. März 2009, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://naziwatchdd.noblogs.org/post/2009/03/15/sie-laufen-und-laufen-und-laufen/#more-142>.

## Verschwörungsideologischer Hintergrund

RIAS ordnet Versammlungen einem verschwörungsideologischen Hintergrund zu, bei denen die Verbreitung von Verschwörungsmmythen im Vordergrund steht.

Auf 34 Versammlungen mit verschwörungsideologischen Hintergrund dokumentierte RIAS israelbezogenen Antisemitismus, das sind 2 % der 1982 Versammlungen mit israelbezogenen antisemitischen Inhalten. Für die Versammlungen, die RIAS dem verschwörungsideologischen Hintergrund zuordnete ist der israelbezogene Antisemitismus trotzdem bedeutsam: Von 139 verschwörungsideologischen Versammlungen insgesamt wurden bei 34, also bei 24% der Versammlungen, israelbezogener Antisemitismus festgestellt. Nach dem 7. Oktober nahm die Bedeutung des israelbezogenen Antisemitismus für das Milieu also zu: Vom 1. Januar 2020 bis 6. Oktober 2023 wurde auf den 770 Versammlungen mit verschwörungsideologischem Hintergrund nur 22 mal (3 %) israelbezogener Antisemitismus dokumentiert. RIAS ordnete damit im Untersuchungszeitraum zwischen dem 7. Oktober 2023 und 31. Dezember 2024 mehr Versammlungen mit Formen des israelbezogenen Antisemitismus dem Hintergrund zu, als im gesamten Vorzeitraum.

### Erscheinungsformen von Versammlungen mit verschwörungsideologischem Hintergrund, auf denen israelbezogener Antisemitismus dokumentiert wurde (Abb. 9)



Antisemitische Vorfälle werden häufig mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Die Summe aller Anteile ist daher größer als 100 %.

Die früheste von RIAS dokumentierte Versammlung mit diesem Hintergrund fand am 7. Oktober 2023 statt:

### 7. Oktober 2023, Ramstein (Rheinland-Pfalz)

Auf einer Versammlung, die sich gegen die Präsenz US-amerikanischer Truppen in Deutschland richtete, sprach ein Redner der Gruppe Widerstand 4.0 über die Massaker in Israel und verwob sie in einen umfassenden Verschwörungsmythos. Demnach seien der Klimawandel, die Covid-19-Pandemie sowie aktuelle Kriege Teil eines Plans zur Etablierung einer vermeintlichen neuen Weltordnung. Deren Ziel sei es, die Weltbevölkerung systematisch zu reduzieren. „Sie“, so der Redner, „ziehen das Netz weiter. Sie machen den Pandemievertrag, sie machen die neuen Kriege, jetzt hab ich gerade gehört in Palästina/Israel geht's wieder los und auch an allen anderen Ecken der Welt wird Krieg geführt. Und es sind immer diejenigen die den Krieg wollen, weil sie daran verdienen oder weil sie wahnsinnig sind, und glauben, die ganze Welt beherrschen zu können.“

Der Vorfall in Ramstein veranschaulicht den generellen Umgang verschwörungsideologischer Akteur\_innen mit dem 7. Oktober. Die Massaker und die darauffolgenden Kriege waren ein Anlass für Artikulationen von Antisemitismus. Allerdings waren die Massaker dabei nur eine Facette von vielen. Im Vordergrund stand der verschwörungsmythische Hinweis auf eine angeblich geplante Neuordnung der Welt.

Die auf Israel bezogenen Verschwörungsmythen, die auf Versammlungen mit verschwörungsideologischem Hintergrund dokumentiert wurden, fanden ihren Ausdruck auch in der Leugnung der Massaker vom 7. Oktober bzw. in deren Umdeutung als israelische False Flag Aktion, wie am 9. Oktober in Königs Wusterhausen:

### 9. Oktober 2023, Königs Wusterhausen (Brandenburg)

Auf einem sogenannten Montagsspaziergang sprach ein Redner über die Massaker vom 7. Oktober und deutet dabei an, dass Israel an diesen mitschuldig sei. Diese ließen „sich in einem harten, aber nach meiner Auffassung angemessenen Satz zusammenfassen: Wer glaubt, dass man Israel überraschen kann, der glaubt auch, dass man in der Ostsee unbemerkt Pipelines sprengen kann.“

RIAS dokumentierte auch antisemitische Verschwörungsmymen, die mit der für Post-Schoa-Antisemitismus typischen Vorstellung verknüpft waren, Jüdinnen\_Juden dürften aufgrund der durch den Nationalsozialismus bedingten deutschen Schuld nicht kritisiert werden. So am 31. Oktober 2023 in Chemnitz. Dabei wurde auch die gewaltlegitimierende Funktion antisemitischer Verschwörungsmymen sichtbar:

### 31. Oktober 2023, Chemnitz

Auf einer verschwörungsideologischen Versammlung sagte eine Rednerin: „Und wenn mir irgendjemand kommt von wegen die Deutschen haben irgendeine Schuld an den Juden zu begleichen. Die Schuld ist schon lang abgegolten, wie lang denn noch! Es reicht! Es reicht!“ Die Rednerin fuhr fort mit einer Reihe antisemitischer Suggestivfragen: „Wer regiert die Welt, das Geld und wer hat das Geld?“ und „Wer darf nicht kritisiert werden?“ Die Rednerin forderte ein Ende der aus ihrer Sicht zu großen Toleranz gegenüber Jüdinnen\_Juden und hoffte auf deren Vertreibung: „Wir, ich hoffe die Deutschen auch und Migranten, wie ich es bin, wollen niemals mehr ein Volk tolerieren, das sich selbst als das auserwählte Volk sieht. Und so auch betitelt, und deswegen sich einbildet, weltweit alles erlauben zu können. Immer ständig nur das Opfer – das ist jetzt vorbei. Wir werden kritisieren, weil wir sind alle gleich und wir sind alle auserwählt. Und wer das anders sieht, packt eure Sachen, raus aus Deutschland.“

Kaum eine der durch RIAS dokumentierten verschwörungsideologischen Versammlung wurde anlässlich des 7. Oktober organisiert, vielmehr wurden ohnehin stattfindende Versammlungen genutzt, um sich über die Ereignisse dieses Tages und seiner Folgen zu äußern.

Es kam auch zu Kooperation von Akteur\_innen mit verschwörungsideologischem Hintergrund mit Akteur\_innen des antiisraelischen Aktivismus.<sup>29</sup> Wiederum waren auf einigen der Versammlungen, die RIAS dem Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zuordnete, auch Akteur\_innen mit verschwörungsideologischem Hintergrund anwesend. So beteiligte sich etwa Die Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer an einer Reihe von Versammlungen, die RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zuordnete.<sup>30</sup>

### Islamischer/islamistischer Hintergrund

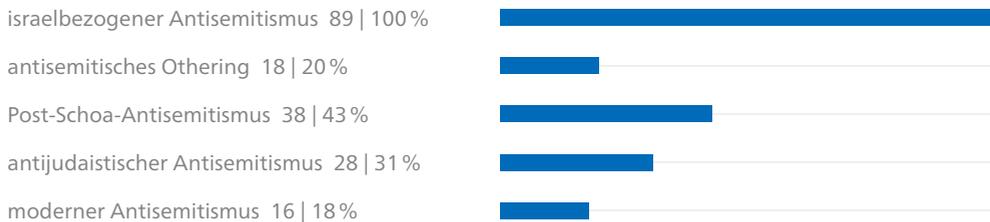
Einen islamischen oder islamistischen Hintergrund erfasst RIAS bei antisemitischen Vorfällen von Akteur\_innen, die sich affirmativ auf islamische Glaubensinhalte beziehen und bei denen kein anderer politischer Hintergrund dominiert. Das umfasst Bezugnahmen auf unterschiedliche Verständnisse des Islam, darunter auch islamistische.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist eine deutliche Zunahme der von RIAS dem islamisch/islamistischen Hintergrund zugeordneten Versammlungen festzustellen. 89 Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus ordnete RIAS im Untersuchungszeitraum diesem Hintergrund zu. Zum Vergleich: Im gesamten, fast vierjährigen Vorzeitraum dokumentierte RIAS insgesamt nur 11 Versammlungen mit islamisch/islamistischem Hintergrund – auf allen diesen 11 Versammlungen wurden Äußerungsformen des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert.

29 Belltower News, „Von den Coronaprotesten zur Israelfeindschaft“, 12. Dezember 2024, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://www.belltower.news/querfront-von-den-coronaprotesten-zur-israelfeindschaft-157401/>.

30 Zur Mobilisierung der Partei zu israelfeindlichen Versammlungen siehe exemplarisch Paul Gravenstein, „Wer steckt hinter den Kemptner Pro-Palästina Demos?“, 25. März 2024, abgerufen am 3. Juli 2025, <https://allgaeu-rechtsaussen.de/2024/03/25/wer-steckt-hinter-den-kemptener-pro-palaestina-demos/>. Eine solche von RIAS dokumentierte und dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnete Versammlung wird auf Seite 56 im entsprechenden Abschnitt beschrieben.

## Erscheinungsformen von Versammlungen mit islamisch/islamistischem Hintergrund, auf denen israelbezogener Antisemitismus dokumentiert wurde (Abb. 10)



Antisemitische Vorfälle werden häufig mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Die Summe aller Anteile ist daher größer als 100 %.

Ein beträchtlicher Anteil der dokumentierten Versammlungen, die RIAS einem islamisch/islamistischen Hintergrund zuordnete, geht auf das Umfeld des Hizb-ut-Tahrir-Netzwerks zurück. Die Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung) entstand 1953 in Jerusalem als Abspaltung der Muslimbruderschaft. Seit 2003 ist die Organisation in Deutschland verboten.<sup>31</sup> Manche Versammlungen der Akteursgruppe mit Nähe zur Hizb ut-Tahrir erregten bisweilen größere mediale Aufmerksamkeit.

### 11. Mai 2024, Hamburg

Auf einer Versammlung der Gruppe Muslim Interaktiv, die ideologisch der Hizb ut-Tahrir nahesteht, forderte ein Redner die Errichtung eines Kalifats auf dem Gebiet des Staates Israel. Er sagt: „Das ist es, wovon wir sprechen, wenn wir sagen: ‚Das Kalifat ist die Lösung für den Nahen Osten‘: Weg vom Zionismus, vom arabischen Nationalismus, vom Faschismus! Und hin zu einer Rechtsgemeinschaft, die den unterschiedlichen Überzeugungen Rechnung trägt.“ Als eine Journalistin einen Teilnehmer der Versammlung anspricht, entgegnet dieser ihr: „Wir reden nicht mit Zionisten!“

31 DPI – Dokumentationsstelle Politischer Islam, Jung. Hip. Islamistisch. Der Social-Media-Auftritt von Generation Islam, Realität Islam und Muslim Interaktiv, DPI Focus, März 2023, [https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI\\_Focus\\_Islamismus\\_und\\_Social\\_Media.pdf](https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI_Focus_Islamismus_und_Social_Media.pdf); DPI – Dokumentationsstelle Politischer Islam, Immer noch Jung. Hip. Islamistisch? Neue Entwicklungen bei Internet-Influencern mit Nähe zur Hizb ut-Tahrir, DPI Focus, 6. Juni 2025, [https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI\\_Focus\\_Immer\\_noch\\_Jung\\_Hip\\_Islamistisch.pdf](https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI_Focus_Immer_noch_Jung_Hip_Islamistisch.pdf).

### 10. August 2024, Mannheim

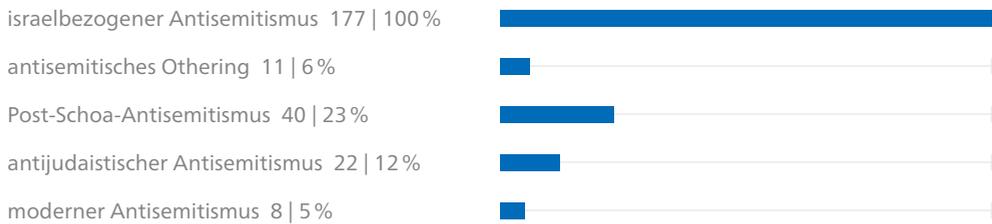
Auf einer Versammlung der ideologisch der Hizb ut-Tahrir nahestehenden Gruppe Hunafa beklagte ein Redner, „die Zionisten“ hätten die gesamte Warenzirkulation durchdrungen: Sie sind „bis in unsere Babywindeln reingekommen.“ Daher gelte es, die Waren der Zionisten zu boykottieren und alternative Produkte zu produzieren. In Anspielung auf den im Nationalsozialismus gängigen Begriff „judenfrei“ beschrieb der Redner diese Produkte: „Und da drauf steht dann nicht ‚halal‘! Da steht zionistenfrei!“ Weiterhin beschrieb er die Gesellschaft in verschwörungsmythischer Weise als „ein Pyramidensystem.“ Und weiter: „Wir sind in der untersten Schicht. Wenn wir von diesem Pyramidensystem einen Schritt zurückgehen – darauf achten, was wir kaufen – dann bricht diese zionistische Pyramide zusammen!“

### 26. Oktober 2024, Rastatt (Baden-Württemberg)

Auf einer Versammlung der Gruppe Hunafa äußerte ein Redner antisemitische Vernichtungsfantasien: „Oh Allah, vernichte die Tyrannen und ihre Helfer. Führe ihre List und Pläne auf sie zurück. [...] So wie du Pharao ertrinken lassen hast, so ertrinke die Zionisten. [...] Oh Allah, so wie du nach der Vertreibung des Gesandten ihn als Eroberer zurückgeschickt hast, so lasse die Muslime als Eroberer zurück nach Palästina kehren.“ Auf der Versammlung rufen Teilnehmende die Parole „Widerstand bis zum Tod“.

RIAS dokumentierte im Untersuchungszeitraum vermehrt Versammlungen mit islamisch/islamistischem Hintergrund. Darüber hinaus ist es wichtig zu beachten, dass Akteur\_innen mit diesem politischen Hintergrund im Untersuchungszeitraum eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung zu Versammlungen mit Äußerungsformen von israelbezogenem Antisemitismus spielten, die RIAS dem politischen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zuordnete. Das gilt auch für Strukturen, die eine Nähe zur Hamas aufweisen.

### Erscheinungsformen von Versammlungen mit links-antiimperialistischem Hintergrund, auf denen israelbezogener Antisemitismus dokumentiert wurde (Abb. 11)



Antisemitische Vorfälle werden häufig mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Die Summe aller Anteile ist daher größer als 100 %.

#### Links-antiimperialistischer Hintergrund

Einen links-antiimperialistischen Hintergrund ordnet RIAS antisemitische Vorfällen zu, bei denen Bezüge zu linken Traditionen wie (befreiungsnationalistischem) Antiimperialismus, (Queer-)Feminismus, Antirassismus oder Postkolonialismus dominieren.<sup>32</sup>

Im Untersuchungszeitraum ordnete RIAS 177 Versammlungen, also 9% der 1982 Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus, dem links-antiimperialistischen Hintergrund zu. Das ist der zweithäufigste zugeordnete Hintergrund. Zum Vergleich: Im fast vier jährigen Vorzeitraum dokumentierte RIAS insgesamt 20 solcher Versammlungen. Auch bei diesem politisch-weltanschaulichen Hintergrund kam es also zu einem deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorzeitraum.

Akteur\_innen mit links-antiimperialistischem Hintergrund begannen schon am 7. Oktober 2023 zu Versammlungen zu mobilisieren, bei denen es zu Inhalten des israelbezogenem Antisemitismus kam. Die früheste dokumentierte Versammlung fand noch am selben Tag in Berlin statt.

<sup>32</sup> Zu diesen Traditionen in Deutschland siehe Martin Kloke, „Vom Antiimperialismus zum Postkolonialismus. Antisemitische Kontinuitäten in der (radikalen) deutschen Linken“, in *Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023*, hg. von Olaf Glöckner und Günther Jikeli (Georg Olms, 2025), S. 185–206.

### 7. Oktober 2023, Berlin

Die Kommunistische Organisation organisierte einen sogenannten Kommunismuskongress mit etwa 50 Teilnehmenden. In einem online gestreamten Video von dem Kongress wurde die „vollste Solidarität mit dem Widerstand“ erklärt – gemeint waren die Hamas und ihre Verbündeten. In der Solidaritätserklärung wurden somit die antisemitischen Massaker vom 7. Oktober verherrlicht.

### 12. Oktober 2023, Duisburg



Antisemitische Versammlungsankündigung auf Instagram für den 12. Oktober 2023 mit dem Spruch „Palästina befreit sich: vom Meer bis zum Fluss!“. Quelle: Instagram. (Abb. 12)

Eine Versammlung der Gruppe Young Struggle auf Instagram wurde mit dem antisemitischen Slogan „Palästina befreit sich: vom Meer bis zum Fluss!“, beworben. Die Kundgebung fand in „Solidarität mit Samidoun“, der mittlerweile verbotenen PFLP Vorfeldorganisation statt. Die Abwandlung der Parole „From the River to the Sea, Palestine will be free!“ hin zu „From the Sea to the River“ bzw. „Vom Meer bis zum Fluss“ war eine unmittelbare Reaktion auf die Massaker vom 7. Oktober sowie eine Affirmation derselben. Die Hamas und ihre Verbündeten drangen nach Israel von Gaza aus ein, also „vom Meer bis zum Fluss.“

Für Akteur\_innen mit einem links-antiimperialistischen Hintergrund sind die Begriffe Faschismus und Nationalsozialismus regelmäßig Referenzpunkte für Bezugnahmen auf Israel. Zionismus sei Faschismus, während umgekehrt die Erinnerung deutscher Schuld an der Schoa der palästinensischen Sache abträglich sei – wie sich etwa in der Parole „Free Palestine from German guilt“ ausdrückt. Die Parole wurde zum Beispiel am 30. März 2024 auf einer Versammlung in Dresden dokumentiert:

### 30. März 2024, Dresden

Auf einer Versammlung bezeichnete ein Redner den „Genozid in Gaza“ als eine Fortsetzung der Schoa durch „imperialistische Kräfte“. Teilnehmende Personen trugen ein Transparent mit dem Text „Free Palestine from German Guilt. Stop the Genocide“.

Akteur\_innen mit links-antiimperialistischem Hintergrund mobilisierten zudem zu Versammlungen, die RIAS dem Hintergrund antiisraelischer Aktivismus zuordnete. Sie demonstrierten dort u. a. gemeinsam mit Akteur\_innen mit islamisch/islamistischem Hintergrund. Bei der bundesweiten Vernetzung mit Akteur\_innen anderer politischer Hintergründe, vor allem dem antiisraelischen Aktivismus, im Rahmen des Kufiya-Netzwerkes kommt Akteur\_innen mit links-antiimperialistischem Hintergrund eine Schlüsselfunktion zu.

## Das Kufiya Netzwerk

Anfang Dezember 2023 wurde ein bundesweiter Vernetzungsprozess sichtbar, der in der Gründung des sogenannten Kufiya-Netzwerkes resultierte. Das Netzwerk ist im Untersuchungszeitraum für den politisch-weltanschaulichen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus die sichtbarste bundesweite Vernetzung. Es fungiert als Sammelbecken für zahlreiche Akteur\_innen mit diesem Hintergrund – es wirken daran aber auch viele Gruppen mit links-antiimperialistischem Hintergrund mit.

Einem vom Kufiya Netzwerk veröffentlichten Bericht über dessen erstes Präsenztreffen zufolge geht die Etablierung des Netzwerkes darauf zurück, dass „seit dem 7. Oktober 2023 [...] die Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategieentwicklung festgestellt“ wurde. Die durch das Netzwerk etablierte gemeinsame strategische Ausrichtung findet ihren Ausdruck unter anderem in Aktionswochen, dem gegenseitigen Teilen von Versammlungsaufrufen, dem Erstellen von Material sowie der Bereitstellung juristischer Unterstützung.<sup>33</sup>

Viele der von RIAS dokumentierten Versammlungen mit Inhalten des israel-bezogenen Antisemitismus und dem Hintergrund antiisraelischer Aktivismus gehen auf Akteur\_innen zurück, die im Kufiya-Netzwerk organisiert sind. Deshalb soll dieses Netzwerk kurz beschrieben werden.

Akteur\_innen können Teil des Kufiya-Netzwerkes werden, indem sie ein Statement unterzeichnen. Dieses wurde laut einer Selbstdarstellung des Netzwerkes erstmals am 5. Dezember 2023 in Frankfurt am Main unterzeichnet.<sup>34</sup>

33 Kufiya-Netzwerk, „Bericht über das erste Präsenztreffen des Kufiya Netzwerkes“, Instagram, 3. August 2024, [https://www.instagram.com/p/C-NMIZTs0iG/?img\\_index=3&igsh=ZDBjb3Bjemdsa2U=](https://www.instagram.com/p/C-NMIZTs0iG/?img_index=3&igsh=ZDBjb3Bjemdsa2U=).

34 Kufiya-Netzwerk, „Kufiya Netzwerk Statement. Freiheit für Palästina! Demokratie für Deutschland!“, 5. Dezember 2023, abgerufen am 3. Juli 2025, <https://kufiya-netzwerk.de/statement/>.

Kleinster gemeinsamer ideologischer Nenner des Kufiya-Netzwerks ist die Feindschaft gegen Israel. Bestehende ideologische Differenzen der beteiligten Akteur\_innen treten dem Statement des Netzwerks zufolge dahinter zurück: Im Gründungsstatement heißt es, dieses sei durch die „hier unterzeichnenden Parteien, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen [...] trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtungen, Orientierungen und konkreten Einschätzungen“ beschlossen worden. Auf palästinensische Akteur\_innen rekurriert das Statement unterschiedslos als „Widerstand“, die Solidaritätserklärung mit ebendiesem schließt „jeglichen Widerstand“ ein.<sup>35</sup>

Folgerichtig richtet sich das Kufiya-Netzwerk gegen die vermeintliche Kriminalisierung von Strukturen mit Nähe zu terroristischen Akteur\_innen – beispielsweise der PFLP-Vorfeldorganisation Samidoun<sup>36</sup> oder dem Islamischen Zentrum Hamburg (IZH). Das Verbot des IZH – unter anderem weil dieses als direkte Vertretung des iranischen Revolutionsführers agierte, die Hisbollah unterstützte und „aggressiven Antisemitismus“ verbreitete<sup>37</sup> – bezeichnete das Kufiya-Netzwerk als „islamfeindlichen Akt“.<sup>38</sup>

35 Kufiya-Netzwerk, „Statement“, 5. Dezember 2023, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://kufiya-netzwerk.de/statement/>.

36 Kufiya-Netzwerk, „1 Jahr Samidoun-Verbot – 1 Jahr Angriffe auf unsere Grundrechte“, 2. November 2024, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://kufiya-netzwerk.de/1-jahr-samidoun-verbot-1-jahr-angriffe-auf-unsere-grundrechte/>; BMI – Bundesministerium des Innern, „Vereinsverbote ‚HAMAS‘ und ‚Samidoun‘“, 2. November 2023, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/11/vereinsverbot-hamas-samidoun.html>.

37 BMI – Bundesministerium des Innern BMI, „Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH) mit seinen bundesweiten Teilorganisationen verboten“, 24. Juli 2024, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/07/izh.html>.

38 Kufiya-Netzwerk, „Nein zum IZH Verbot! Verteidigen wir gemeinsam unsere Grundrechte!“, 3. August 2024, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://kufiya-netzwerk.de/nein-zum-izh-verbot-verteidigen-wir-gemeinsam-unsere-grundrechte/>.

Die am 7. Oktober systematisch eingesetzte sexuelle Gewalt<sup>39</sup> bezeichnete es hingegen als „Lügendeschichte“.<sup>40</sup> Einen Aufruf zu einer „Aktionswoche“ anlässlich des ersten Jahrestages der Massaker vom 7. Oktober formulierte das Netzwerk unter dem Titel „Es begann nicht am 7. Oktober – 76 Jahre Genozid“.<sup>41</sup> Es verdeutlichte damit, dass es mit dem Genozid-Vorwurf auf die Delegitimierung des israelischen Staates in seiner Gesamtheit zielt.

Den 19 erstunterzeichnenden Gruppen nach zu urteilen,<sup>42</sup> spielten Akteur\_innen mit links-antiimperialistischem Hintergrund eine zentrale Rolle bei der Etablierung des Netzwerkes. An der Gründung des Netzwerkes war auch Die Linke.SDS beteiligt, die links-antiimperialistische Studierendenorganisation der Partei Die Linke.

Aktuell (Stand: 24. Juli 2025) haben insgesamt 108 Gruppen sowie 35 Einzelpersonen das Statement des Netzwerkes unterzeichnet. Auch die Mehrheit der ab Oktober 2023 entstandenen antiisraelisch-aktivistischen Hochschulgruppen, wie etwa „Students for Palestine“, sind Teil des Netzwerkes. Zusätzlich sind im Kufiya-Netzwerk auch transnational organisierte Akteur\_innen mit Bezügen zu palästinensischen Organisationen aktiv, wie das European Legal and Support Center (ELSC). Das ELSC wurde als „joint initiative of European jurists, the Palestinian civil society network PNGO [Palestinian NGO Network] and the Dutch NGO The Rights Forum“ gegründet.<sup>43</sup> Die Anschubfinanzierung erfolgte einem Dokument des The

39 Ruth Halperin-Kaddari, Nava Ben-Or und Sharon Zagagi-Pinhas, *A Quest for Justice. October 7 and Beyond*. The Dinah Project, 2025, [https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages\\_web-1.pdf](https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages_web-1.pdf).

40 Kufiya-Netzwerk, „Rolle der Medien im Genozid an den Palästinensern“, 22. September 2024, abgerufen am 13. Juni 2024, <https://kufiya-netzwerk.de/rolle-der-medien-im-genozid-an-den-palaestinensern/>.

41 Kufiya-Netzwerk, „Es begann nicht am 7. Oktober – 76 Jahre Genozid“, 22. September 2024, abgerufen am 13. Juni 2024, <https://kufiya-netzwerk.de/die-geschichte-palaestinas-begann-nicht-am-7-oktober-2023/>.

42 Neben den 19 Gruppen zählte zu den Erstunterzeichner\_innen eine Einzelperson, die zum damaligen Zeitpunkt Mitglied bei Die Linke gewesen ist.

43 ELSC, „Our Mandate“, abgerufen am 3. Juli 2025, <https://elsc.support/about/>.

Rights Forum zufolge durch eine nicht näher benannte „Palestinian civil society“.<sup>44</sup> Das PNGO ist zudem Mitglied im BDS National Committee,<sup>45</sup> das in der BDS-Kampagne eine koordinative Funktion hat.<sup>46</sup> Das ELSC beschreibt seine strategische Ausrichtung selbst mit den Worten: „The ELSC’s mission is to protect the fundamental rights of freedom of expression and assembly, including the right to advocate for boycotts, divestment and sanctions against Israel.“<sup>47</sup> In einem Instagram-Post über sein erstes bundesweites Vernetzungstreffen hebt das Kufiya-Netzwerk seine Vernetzung mit dem ELSC explizit hervor.<sup>48</sup> Beim zweiten Präsenztreffen des Netzwerks war die BDS-Kampagne ein inhaltlicher Schwerpunkt.<sup>49</sup>

44 The Rights Forum, *The European Legal Support Center (ELSC)*, <https://www.bacbi.be/pdf/ELSC.pdf>.

45 BDS, „Palestinian BDS National Committee“, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://bdsmovement.net/BNC>.

46 RIAS, *Antisemitismus bei BDS*. 25 ff.

47 Rights Forum, *The European Legal Support Center*.

48 Kufiya-Netzwerk, „Bericht über das erste Präsenztreffen des Kufiya Netzwerks“, Instagram, 3. August 2024, [https://www.instagram.com/p/C-NMIZTs0iG/?img\\_index=3&igsh=ZDBjb3Bjemdsa2U=](https://www.instagram.com/p/C-NMIZTs0iG/?img_index=3&igsh=ZDBjb3Bjemdsa2U=).

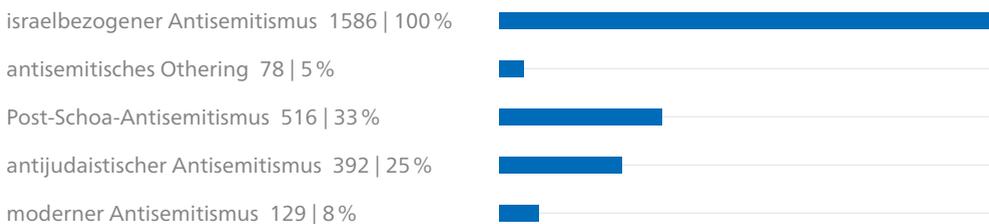
49 Kufiya-Netzwerk, „Bericht: Das zweite bundesweite Treffen des Kufiya Netzwerks“, 31. Januar 2025, abgerufen am 13. Juni 2025, <https://kufiya-netzwerk.de/bericht-das-zweite-bundesweite-treffen-des-kufiya-netzwerks/>.

## Antiisraelischer Aktivismus

RIAS rechnet antisemitische Vorfälle dem politischen Hintergrund antiisraelischer Aktivismus zu, wenn diese keinem anderen politisch-weltanschaulichen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden können und die israelfeindliche Motivation eindeutig gegenüber einer anderen politischen Positionierung überwiegt – etwa links-antiimperialistischen oder rechtsextremen Positionen. Dazu zählt RIAS auch Aktivitäten säkularer palästinensischer Gruppen sowie Unterstützer\_innen antiisraelischer Boykottkampagnen wie Boycott, Divestment and Sanctions (BDS).<sup>50</sup>

Im Untersuchungszeitraum ordnete RIAS 1586 Versammlungen mit Äußerungsformen des israelbezogenen Antisemitismus diesem Hintergrund zu – also 80 % der 1982 Versammlungen mit Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus. Der politische Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus dominiert seit dem 7. Oktober das von RIAS dokumentierte Versammlungsgeschehen. Allein am 7. Oktober 2024, dem ersten Jahrestag der Massaker, dokumentierte RIAS 13 Versammlungen mit dem Hintergrund antiisraelischer Aktivismus. Auf 516 Versammlungen wurden israelbezogene Äußerungsformen des Post-Schoa-Antisemitismus dokumentiert.

### Erscheinungsformen von Versammlungen mit dem Hintergrund des antiisraelischen Ativismus, auf denen israelbezogener Antisemitismus dokumentiert wurde (Abb. 13)



Antisemitische Vorfälle werden häufig mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Die Summe aller Anteile ist daher größer als 100 %.

50 Bundesverband RIAS, *Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkungen*, [https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14\\_Antisemitismus-bei-BDS.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf).

## Heterogenes Akteursfeld

Versammlungen, die RIAS dem Hintergrund antiisraelischer Aktivismus zuordnet, sind oft von politischen Mischszenen geprägt. Auf diesen kooperieren Akteur\_innen unterschiedlicher politisch-weltanschaulicher Hintergründe zeitlich begrenzt und bezogen auf einen konkreten Anlass. Akteur\_innen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen mobilisieren oftmals zu Versammlungen, die sie nicht selbst organisieren. Vereinzelt riefen auch rechtsextreme Akteur\_innen zu Versammlungen auf, die RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zuordnete. So teilte die ehemalige neonazistische Partei Die Rechte in ihrem bundesweiten Telegram-Kanal einen Aufruf zu einer Versammlung am 28. Oktober 2023 in Dortmund, dem zwei als Neonazis erkennbare Personen nachkamen.<sup>51</sup> RIAS dokumentierte dort antisemitische Inhalte und ordnete die Versammlung dem antiisraelischen Aktivismus zu:

### 28. Oktober 2023, Dortmund

Auf einer antiisraelischen Versammlung, zu der die Palästinensische Allianz NRW aufgerufen hatte, beschrieb ein Redner die militärischen Operationen Israels im Gazastreifen als „Endlösung der Palästinafrage“. In Andeutung an den nationalsozialistischen Täterbegriff für die Schoa – „Endlösung der Judenfrage“ – setzt der Redner also die israelischen Militäroperationen im Gazastreifen mit der Schoa gleich.

Mehrere Versammlungen, auf denen israelbezogener Antisemitismus artikuliert wurde und zu denen auch verschwörungsideologische Akteur\_innen aufriefen, wurden von RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet – etwa am 30. Mai 2024 in Memmingen:

51 Paulina Bermúdez, *Nordstadt Blogger*, 28. Oktober 2023, abgerufen am 3. Juli 2025, <https://www.nordstadtblogger.de/zwei-pro-palaestinensische-demos-in-dortmund-gegen-krieg-gewalt-und-aggression-in-gaza/>.

### 30. Mai 2024, Memmingen (Bayern)

Auf einer Versammlung, die von einer damaligen Funktionärin der verschwörungsideologischen Partei Die Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer moderiert wurde, kam es zu der Verbreitung israelbezogener antisemitischer Inhalte. Zu der Versammlung rief unter anderem die antiisraelische Gruppe Kempten Frieden Allgäu auf.

Unter anderem präsentierte eine Teilnehmerin ein doppelseitiges antisemitisches Schild. Auf der einen Seite war eine Figur abgebildet, die einer vermummten Person, bekleidet mit einer palästinensischen Fahne und einem toten Kind im Arm, mit blutverschmierten Händen den Mund zu hält. Durch Davidsterne an den Ärmeln der Bekleidung war die zensierende Figur als jüdisch markiert. Vom linken Bildrand streckte eine Hand einen Beutel mit Dollarzeichen ins Bild, von rechts eine Hand in den Farben der US-amerikanischen Flagge eine Waffe. Dadurch wurde das Judentum mit Geld, Macht und Gewalt assoziiert. Auf der anderen Seite des Schildes war ein Berg mit blutverschmierten Leichensäcken zu sehen, auf der Spitze befand sich eine palästinensische Flagge. Beschriftet war dieses Bild mit „Stopt den Kindermord“.

Vor allem aber mobilisierten Akteur\_innen mit links-antiimperialistischen<sup>52</sup> sowie mit islamisch/islamistischen Hintergrund zu Versammlungen, die RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zuordnete. Auch Akteur\_innen mit einem Naheverhältnis zur Hamas riefen zu solchen Versammlungen auf, die aber ursprünglich von anderen Akteur\_innen organisiert wurden. So wurde RIAS bekannt, dass die European Palestinians Conference (EPC), die laut Sicherheitsbehörden ein Naheverhältnis zur Hamas unterhält,<sup>53</sup> in den sozialen Medien Ankündigungen von Versammlungen anderer Akteur\_innen, auf denen antisemitische Inhalte dokumentiert wurden, veröffentlichte. Beispielsweise rief die EPC am 10. und 11. August 2024 zu einer Reihe von Versammlungen in Deutschland auf (Abb. 14).

52 Siehe den Exkurs zum Kufiya Netzwerk, S. 52–54.

53 Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2023, abgerufen am 13. Juni 2025, [https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/240528\\_vsb2023\\_online.pdf](https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/240528_vsb2023_online.pdf).

European Palestinians Conference مؤتمر فلسطيني أوروبا



Screenshot der für das Wochenende vom 10. und 11. August 2024 angekündigte Versammlungen, die von der Europeans Palestinians Conference (EPC) beworben wurden. Quelle: Facebook. (Abb. 14)

Bei sieben der hier beworbenen Versammlungen wurden durch RIAs antisemitische Inhalte mit dem politischen Hintergrund antiisraelischer Aktivismus dokumentiert. Drei davon werden hier kurz beschrieben:

10. August 2024, Berlin

Teilnehmende einer von der EPC beworbenen Versammlung des Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitees, der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, der Gruppe Eye4Palestine und der Gruppe Falastin Resists 48 riefen die antisemitischen Parolen „From the River to the Sea, Palestine will be free!“, „Zionism is a crime, take your hands off Palestine!“ und „Kindermörder Israel!“ Außerdem riefen Versammlungsteilnehmer\_innen die terrorverherrlichenden Parolen „Hamas!“ und „Sinwar!“

### 10. August 2024, Hannover

Teilnehmende einer von der EPC beworbenen Versammlung der Gruppe Intifada Hannover riefen die antisemitischen Parolen „From the River to the Sea, Palestine will be free!“ sowie „Alle zusammen gegen Zionismus!“

### 11. August 2024, Bremen

Teilnehmende einer von der EPC beworbenen Versammlung der Palästinensischen Gemeinde Bremen e.V. riefen die Parole „Kindermörder Israel!“

## Verherrlichung der Massaker vom 7. Oktober

Vom antiisraelischen Aktivismus geht ein hohes anlassbezogenes Mobilisierungspotenzial aus – etwa zu israelfeindlichen oder islamistischen Aktionstagen oder während Eskalationen des arabisch-israelischen Konflikts. Auch die Massaker vom 7. Oktober waren ein solcher Anlass. Die erste Versammlung ereignete sich in Berlin noch an diesem Tag selbst:

### 7. Oktober 2023, Berlin

Die Teilnehmenden einer Versammlung anlässlich der Massaker des 7. Oktober in Berlin-Neukölln rufen die Parole „From the River to the Sea, Palestine will be free!“ und von „Berlin bis nach Gaza. Yallah Intifada.“

Die hierdurch zum Ausdruck gebrachte unverhohlene Verherrlichung der Massaker wiederholte sich in der Folge auch auf anderen von RIAS dokumentierten Versammlungen und nahm auch die Form von Aggressionen gegen konkrete israelische Opfer des 7. Oktober an.

Dabei kam es auch es zu Verhöhnungen von Frauen, die am 7. Oktober Opfer sexueller Gewalt geworden waren.<sup>54</sup> So etwa am 25. November 2024 anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in München:

54 Bianca Loy, *Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023*, RIAS Working Paper 02/24 (Bundesverband RIAS 2024), [https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18\\_\\_RIAS\\_Working-Paper-3.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18__RIAS_Working-Paper-3.pdf).

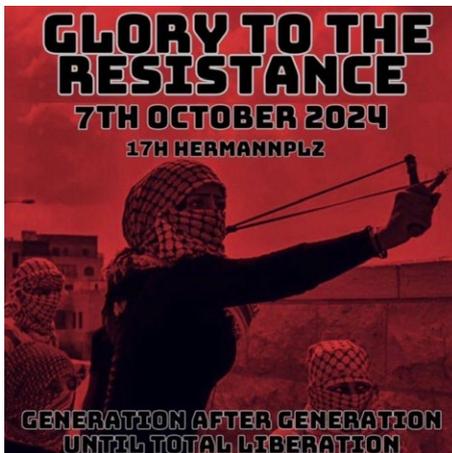
### 25. November 2024, München

Auf einer Demonstration anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen, an der sich die Gruppen Aktionsbündnis 8. März, Klasse gegen Klasse, Palästina Spricht München, Ni Una Menos Munich und der Frauenverband Courage München beteiligten, sagte ein\_e Redner\_in: „Deshalb stellen wir uns entschlossen gegen all diejenigen, die aktiv Unterdrückungssysteme unterstützen. Dazu gehören auch Soldatinnen der israelischen Besatzungsarmee, wie zum Beispiel Agam Berger, Daniela Gilboa, Liri Albag und Naama Levy.“

Dass ausgerechnet vier Frauen namentlich genannt wurden, die sich zum Zeitpunkt der Rede noch in der Gewalt der Hamas befanden, verhöhrt die erlittene sexuelle antisemitische Gewalt. Ihre Bilder waren um die Welt gegangen, weil ihre blutverschmierten Hosen die Übergriffe erahnen ließen, denen israelische Frauen am 7. Oktober 2023 ausgesetzt waren.

Auch am ersten Jahrestag der Massaker wurde die Verherrlichung der Massaker wiederholt, beispielsweise in Berlin:

### 7. Oktober 2024, Berlin



Screenshot einer Ankündigung anlässlich des ersten Jahrestages des 7. Oktobers mit dem Motto: „Glory to the Resistance. Generation after Generation until total liberation“ Quelle: Instagram. (Abb. 15)

Bei dieser Versammlung trugen Teilnehmende antisemitische Schilder u. a. mit folgender Parole:

- „Zionism is a crime + the nazis wet dream“

Auf dem Schild wird der Zionismus grundlegend als verbrecherisch delegitimiert und mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Außerdem wurden terrorverherrlichende Parolen gerufen, u. a.:

- „Hamas“
- „Qassam“

Auch wurde ein geschichtsrevisionistisches Schild mitgeführt:

- „Davon haben wir nichts gewusst... DOCH! Netanjahu spielt Dresden in Beirut. Wer hierbei tatenlos zuschaut, ist KOMPLIZE“

Der Inhalt des Schildes knüpft an deutschnationale Opfernarrative geschichtsrevisionistischer Darstellungen der Bombardierung Dresdens 1945 an, wie sie von Akteur\_innen mit rechtsextremen Hintergrund bekannt sind.<sup>55</sup>

### Geschichtsrevisionismus und Erinnerungsabwehr

Generell sind bei Versammlungen mit dem Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus Deutungen in Bezug auf den israelischen Staat erkennbar, die auch bei Versammlungen mit islamisch/islamistischen oder links-antiimperialistischen Hintergrund zu beobachten sind. Das umfasst geschichtsrevisionistische Analogien zwischen der Politik Israels und dem Nationalsozialismus ebenso wie antiimperialistische oder postkoloniale Deutungsmuster, die monothematisch auf Israel zugespitzt werden. Teilweise finden sich auf Versammlungen des antiisraelischen Aktivismus auch Inhalte, die bisher vor allem vom Geschichtsrevisionismus der extremen Rechten bekannt sind – wie die schon gezeigte Identifizierung der Situation in Gaza mit der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Februar 1945 am 7. Oktober 2024 in Berlin.<sup>56</sup> Post-Schoa-Antisemitismus ist nach dem israelbezogenen Antisemitismus die häufigste dokumentierte Erscheinungsform bei Versammlungen mit einem antiisraelisch-aktivistischen politischen Hintergrund.

#### 7. Juni 2024, Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern)

Auf einer Versammlung wurde in einer Rede die Schoa relativiert und Israel dämonisiert, indem behauptet wurde, in Palästina gäbe es „Konzentrationslager“, denn Konzentrationslager heiße nicht „nur Leute vergasen“.

55 Siehe hierzu den Abschnitt zum rechtsextremen Hintergrund auf Seite 38.

56 Vgl. S. 38ff.

### 14. Juni 2024, Fulda (Hessen)

Auf einer Versammlung der Gruppe Students for Palestine führten Teilnehmende ein Plakat mit der Aufschrift „One Holocaust does not justify another“ mit und setzten dadurch die israelischen Militäroperationen mit der Schoa gleich. Andere riefen die antisemitische Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“.

### 19. Oktober 2024, Berlin



Ein Plakat auf einer antiisraelischen Versammlung in Charlottenburg-Wilmersdorf, auf dem der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu gemeinsam mit dem damaligen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock auf einer Walze durch den Gazastreifen fahren. Im Hintergrund sieht man die Umriss einer Person, die von der Dampfwalze überfahren wurde. Neben ihr liegt ein „Free Palestine“ Schild. Darüber steht: „Baustelle Holocaust abgeschlossen. Baustelle Gaza in Bearbeitung.“ Dadurch wird suggeriert, dass es sich bei den israelischen Militäroperationen im Gazastreifen um eine Fortsetzung der Schoa handeln würde, wodurch diese bagatellisiert wird. Foto: RIAS Berlin. (Abb. 16)

## Verschwörungsmythen über Israel

Auch auf Israel bezogene antisemitische Verschwörungsmythen wurden auf Versammlungen, die RIAS dem Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zuordnete, dokumentiert. So beispielsweise in Saarbrücken:

### 29. Juni 2024, Saarbrücken

Im Rahmen eines antiisraelischen Spendenstandes wurde ein Passant von einem der Organisator\_innen angesprochen und in ein Gespräch verwickelt. Der antiisraelische Aktivist sagte unter anderem, er habe nichts gegen Juden, nur gegen Zionisten. Auch die Rothschilds seien Zionisten gewesen, und deshalb könnten die Politiker auch nichts dagegen sagen, weil die Rothschilds im Hintergrund das Geld hätten. Man müsse warten, bis die jetzigen Politiker nicht mehr an der Macht seien, erst dann könne man wieder frei sprechen.

Der Vorfall in Saarbrücken veranschaulicht antisemitische Umwegkommunikation, in der die Versicherung ‚nichts gegen Juden zu haben‘ gemeinsam mit tradierten antisemitischen Chiffren (‚die Rothschilds‘) und Verschwörungsmythen einhergeht.

### 1. Juni 2024, Berlin

Auf einer Versammlung mit dem Motto „Solidarität mit Palästina – Stop Genocide Now – Stoppt das Projekt des israelischen Siedlerkolonialismus – Stoppt die erneute Zwangsvertreibung der Palästinenser – Stoppt die Nakba 2.0, die vor Augen der Weltgemeinschaft stattfindet!“ wurden verschiedentlich antisemitische Inhalte artikuliert. Unter anderem sprach ein Redner von „bösen, dunklen Mächten, die versuchen, zwischen uns Zwietracht zu sähen, die versuchen, zwischen uns Gift zu schüren.“ Zionismus sei „eine krankhafte und mörderische Ideologie, die man bekämpfen müsse.“ Und: „Ganz gleich, wie mächtig sie sind, ganz gleich, wie viel Einfluss sie haben [...] Sie mögen die Lügen beherrschen, aber die Wahrheit ist hier mit uns auf den Straßen.“

Als die Versammlung auf eine Gegendemonstration traf, wurde unter anderem die Parole „Kindermörder Israel“ gerufen. Teilnehmende der Demonstration formten mit ihren Händen ein Dreieck in Richtung der Gegendemonstrant\_innen, um diese – in Anspielung auf das rote Dreieck der Hamas – als Ziele zu markieren. Eine Person warf eine Flasche in Richtung der Gegendemonstration.

Die auf Versammlungen des antiisraelischen Aktivismus dokumentierten Verschwörungsmymen gingen – ähnlich wie bei von RIAS dokumentierten Versammlungen anlässlich der Maßnahmen gegen die Covid-19 Pandemie<sup>57</sup> – oft mit Pressefeindlichkeit einher. Die verschwörungsmymische Parole „Deutsche Medien lügen, lasst euch nicht betrügen!“ war auf Versammlungen mit Äußerungsformen des israelbezogenen Antisemitismus sehr präsent. RIAS dokumentierte auch Versammlungen, bei denen pressefeindliche Verschwörungsmymen antisemitisch expliziert wurden. Die Fantasie, Jüdinnen\_Juden kontrollierten die Medien, zählt zu den Grundbausteinen des modernen Antisemitismus.

### 17. Mai 2024, Jena

Auf einer Versammlung im Rahmen einer Aktionswoche zum sogenannten Nakba-Tag riefen Teilnehmende folgende antisemitische Parolen :

- „Alle zusammen gegen den Faschismus. Alle zusammen gegen Zionismus. Zionisten sind Faschisten.“

Die substanzialisierende Gleichsetzung des Zionismus – also des jüdischen Nationalismus – mit Faschismus ist eine Form der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr. Sie spricht Jüdinnen\_Juden pauschal die Legitimität ihrer Nationalstaatsbewegung ab.

- „Lasst euch nicht betrügen – alle Zionisten lügen. Lasst euch nicht betrügen – deutsche Medien lügen.“

Es wird durch die Parole angedeutet, dass die Medien von Zionist\_innen kontrolliert seien. Auch wird die antisemitische Trope Jüdinnen\_Juden würden lügen reproduziert.

57 Bundesverband RIAS, *Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie* (Bundesverband RIAS 2020), [https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08\\_Rias-bund\\_Antisemitismus\\_im\\_Kontext\\_von\\_covid-19.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf), S. 10.

### 21. Oktober 2023, Berlin

Auf einer Versammlung markierten Teilnehmende wiederholt anwesende Journalist\_innen feindselig als „Judenpresse“.

### 11. November 2023, München

Teilnehmende einer Versammlung sprachen mehrere Journalist\_innen mit folgenden Worten an: „Medien sind alles Juden“. Als sie sich von der Kundgebung entfernten, zeigten einige Versammlungsteilnehmer\_innen mit dem Finger auf sie. Einige von ihnen sagten: „Das sind alles Juden!“ Einige Demonstrierende folgten den Journalist\_innen in ein Fast-Food-Restaurant. Dort sagten sie, sie hätten mit ihnen „noch was zu bereden“.

## Zwischen Feindmarkierung und Erlösungsfantasie

Auf Versammlungen von Akteur\_innen mit dem Hintergrund antiisraelischer Aktivismus wurden auch Feindmarkierungen von Jüdinnen\_Juden oder von politischen Gegner\_innen dokumentiert. Diese wurden beispielsweise durch Versammlungsteilnehmer\_innen beleidigend als Zionisten bezeichnet. Eine solche Form des antisemitischen Otherings ereignete sich beispielsweise am 17. Juli 2024 in Frankfurt am Main:

### 17. Juli 2024, Frankfurt am Main

Verschiedene Gruppen rufen zu einer Versammlung unter dem Motto „Hands Off Gaza“ auf. Am Ende der Kundgebung fuhr ein Mann mit dem Fahrrad an dem Demonstrationszug vorbei, der aufgrund seiner Zizit und seiner Kippa als Jude erkennbar war. Eine Versammlungsteilnehmerin, die bei der Demonstration Flyer verteilt hatte, beschimpft den Mann mit den Worten: „Du hast gerade ein Kind getötet, Zionist!“

Israelbezogenes antisemitisches Othering wurde von RIAS auch in der Form von entmenschlichenden Darstellung der Physiognomie von Jüdinnen\_Juden oder Israelis unter Rückgriff antisemitischer Ikonographie dokumentiert, etwa in einem Versammlungsaufwurf für den 28. Dezember in Berlin.

### 28. Dezember 2024, Berlin



Antisemitische Ankündigung einer Kundgebung, die von der Gruppe Palestinians and allies verbreitet wurde. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu wird entmenschlichend als übermächtiger Dämon dargestellt. Im Hintergrund tobt ein apokalyptisches Inferno, dem die Gerechtigkeit, dargestellt durch die allegorische Figur der Justitia, zum Opfer fällt. Es wird zudem angedeutet, dass der als Dämon dargestellte Benjamin Netanyahu im Begriff ist, über ein palästinensisches Kind herzufallen. Quelle: Instagram. (Abb. 17)

Auch Formen israelbezogenen antisemitischen Otherings mittels entmenslichender Tiermetaphorik wurden von RIAS dokumentiert. So etwa im Mai 2024 in Wolfsburg und in Braunschweig, wo antisemitische Tiermetaphorik mit der offenen Zurschaustellung antisemitischer Vernichtungsfantasien einher ging.

18. Mai 2024, Wolfsburg und 25. Mai 2024, Braunschweig



Auf antiisraelischen Versammlungen in Braunschweig und Wolfsburg wird ein mit künstlicher Intelligenz erstelltes Plakat gezeigt, das Israelis entmenslichend als tote Ratten darstellt, die von zwei Männern mit Besen vom Tempelberg in Jerusalem gefegt werden. Darüber steht die Ankündigung „Coming soon“. Quelle: RIAS Niedersachsen. Die Abbildung wurde mittels künstlicher Intelligenz erzeugt. (Abb. 18)

Bisweilen traten antisemitische Vernichtungs- und erlösungsphantasien in Bezug auf Israel auch ohne jeden weiteren Zusatz zutage. So geschehen auf einer Versammlung am 3. August 2024 in Düsseldorf, wo ein Teilnehmer auf einem Plakat die „Befreiung“ der Welt von Israel forderte:

### 3. August 2024, Düsseldorf

Auf einer Versammlung trug ein Teilnehmer ein Plakat mit der Aufschrift „Free the WORLD from ISRAEL“. Dabei war das Wort Israel durchgestrichen.

Der politische Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus ist, so kann zusammenfassend gesagt werden, für die von RIAS dokumentierten Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der bedeutsamste politische Hintergrund. Akteur\_innen mit diesem politischen Hintergrund mobilisierten zu zahlreichen Versammlungen mit Bezug zum 7. Oktober und den darauffolgenden Kriegen. Dabei wurden sämtliche von RIAS erfassten Erscheinungsformen von Antisemitismus dokumentiert und es gab wiederholt affirmative Bezugnahmen auf den Terror des 7. Oktober 2023.

## Fazit

Die Massaker an der israelischen Bevölkerung am 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege etablierten eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle in Deutschland. Ein Faktor davon war die politische Mobilisierung von Antisemitismus – auch zu Versammlungen. Durch diese Mobilisierung wird Antisemitismus zum Teil eines politischen Angebots. RIAS dokumentierte im Untersuchungszeitraum – vom 7. Oktober 2023 bis 31. Dezember 2024 – insgesamt 2225 Versammlungen mit antisemitischen Inhalten. Bei 1982 dieser Versammlungen wurde die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus festgestellt. Dieses Ausmaß von öffentlich artikuliertem Antisemitismus ist für RIAS Meldestellen seit Beginn des bundesweiten Vergleichs 2020 ein Novum.

Die Analyse zeigt, dass die Taten vom 7. Oktober ein wiederkehrender inhaltlicher Referenzpunkt für antisemitische Äußerungen waren. Akteur\_innen leugnen die Massaker oder deren Urheberschaft oder legitimieren und glorifizieren die Taten. Das Mobilisierungspotenzial der am 7. Oktober 2023 begangenen Massaker zeigt sich auch anhand des zeitlichen Verlauf der von RIAS dokumentierten Versammlungen mit israelbezogenen antisemitischen Inhalten. Während die durch den 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege konstituierte Gelegenheitsstruktur zu einer generellen Zunahme von Versammlungen mit israelbezogenen antisemitischen Inhalten führte, wurde zu verschiedenen Anlässen eine Häufung dokumentiert. Dies geschah in den ersten Wochen nach den Massakern sowie um deren ersten Jahrestag am 7. Oktober 2024. Auch zwischen Mai und Juli 2024 kam es zu einer solchen Häufung – was nicht zuletzt mit ohnehin jährlich stattfindenden Kampagnentagen, wie dem 1. Mai oder dem Nakba-Tag, zu tun hatte.

Die Analyse der politisch-weltanschaulichen Hintergründe zeigt, dass sich Akteur\_innen aus allen von RIAS definierten Hintergründen anlässlich des 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden Kriege antisemitisch äußerten. Die Bedeutung des 7. Oktober für die politische Mobilisierung zu Versammlungen variierte jedoch je nach politischem Hintergrund. Dennoch weisen die narrativen Muster und Ausdrucksformen von Antisemitismus auch über verschiedene politische Hintergründe

hinweg Ähnlichkeiten auf, beispielsweise in Form von Gleichsetzungen israelischer Militäroperationen mit den Vernichtungspraktiken des Nationalsozialismus. Post-Schoa-Antisemitismus wurde bei allen politischen Hintergründen besonders häufig festgestellt – wenn auch in jeweils unterschiedlicher quantitativer Ausprägung. Insgesamt wurden alle antisemitischen Erscheinungsformen spektrenübergreifend dokumentiert.

Dem politischen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus kommt die größte Bedeutung für die Mobilisierung zu Versammlungen mit Äußerungsformen des israelbezogenen Antisemitismus zu. Die Versammlungen, die RIAS dem antiisraelischen Aktivismus zuordnete, waren oft von ideologischen Mischszenen geprägt. Islamisch/islamistische Akteur\_innen – auch Strukturen mit Nähe zur Hamas – mobilisierten ebenso zu diesen Versammlungen, wie links-antiimperialistische Akteur\_innen. Auf einigen dieser Versammlungen waren auch verschwörungs-ideologische Akteur\_innen anwesend. Unter den 1586 Versammlungen mit dem Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus wurden – wenn auch nicht bei jeder einzelnen dieser Versammlungen – sämtliche von RIAS erfassten Erscheinungsformen des Antisemitismus dokumentiert, besonders häufig der Post-Schoa-Antisemitismus mit 516 Zuordnungen (33%).

Auf Versammlungen aller politischen Hintergründe wurde der 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Kriege zum Anlass genommen, antisemitische Inhalte zu verbreiten sowie jeweils eine eigene ideologische Agenda zu setzen – dabei gab es deutliche Überschneidungen in den antisemitischen Aussagen bei unterschiedlichen politischen Milieus. Auf islamisch/islamistischen Versammlungen wurden die Ereignisse zum Anlass genommen, um ein islamisches Kalifat als Lösung für den arabisch-israelischen Konflikt zu präsentieren. Bei den anderen analysierten Hintergründen wurden Aspekte der am 7. Oktober begangene Verbrechen – von der Urheberschaft, über die sexuelle Gewalt, bis hin zu den Massakern selbst – geleugnet. Bei Versammlungen mit den Hintergründen antiisraelischer Aktivismus, islamisch/islamistisch und links-antiimperialistisch wurden zudem die Glorifizierung

und Verherrlichung der Massaker dokumentiert. Die besondere Gewaltförmigkeit des Anlassereignisses wirkte sich also auch auf die Äußerungsformen des israelbezogenem Antisemitismus auf den untersuchten Versammlungen aus.

In der Gesamtbetrachtung etablierte sich im Rahmen der von RIAS dokumentierten Versammlungen mit israelbezogenem Antisemitismus vor allem ein Zusammenwirken von Akteur\_innen mit links-antiimperialistischem Hintergrund, islamisch/islamistischem Hintergrund und dem Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus.

Die hohe Zahl von Versammlungen auf deutschen Straßen und an Hochschulen, auf denen israelbezogener Antisemitismus verbreitet wurde, normalisierte die Artikulation von Antisemitismus in der Öffentlichkeit. Die politische Mobilisierung von israelbezogenem Antisemitismus hält zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes weiterhin an. Wie nachhaltig die dadurch bedingte Normalisierung von Antisemitismus im öffentlichen Raum sein wird, hängt von der Antwort demokratischer Akteur\_innen ab.

### Literatur und Quellen

- ADL – Anti Defamation League. „Campus Antisemitism Surges Amid Encampments and Related Protests at Columbia and Other U.S. Colleges“. 22. April 2024. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://www.adl.org/resources/article/campus-antisemitism-surges-amid-encampments-and-related-protests-columbia-and>.
- APPG – All-Party Parliamentary Group for UK-Israel. *7 October Parliamentary Commission Report*. <https://static1.squarespace.com/static/67bf0490d422da027d74c55c/t/681b6cacd8d1310be76271f7/1746627805810/7+October+Parliamentary+Commission++The+Roberts+Report.pdf>.
- ART Dresden – Antifaschistische Recherche Team Dresden, „Sie laufen und laufen und laufen“ 15. März 2009. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://naziwatchdd.noblogs.org/post/2009/03/15/sie-laufen-und-laufen-und-laufen/#more-142>.

- BDS. „Palestinian BDS National Committee“. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://bdsmovement.net/BNC>.
- Belltower News. „Von den Coronaprotesten zur Israelfeindschaft“. 12. Dezember 2024. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://www.belltower.news/querfront-von-den-coronaprotesten-zur-israelfeindschaft-157401/>.
- Bermúdez, Paulina. Nordstadt Blogger. 28. Oktober 2023. Abgerufen am 3. Juli 2025. <https://www.nordstadtblogger.de/zwei-pro-palaestinensische-demos-in-dortmund-gegen-krieg-gewalt-und-aggression-in-gaza/>.
- Bertolaso, Marco. „Unser Fehler in einem „X“-Post. Deutschlandfunk“, 19. Oktober 2023. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://www.deutschlandfunk.de/unser-fehler-in-einem-x-post-100.html>.
- BMI – Bundesministerium des Innern. „Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH) mit seinen bundesweiten Teilorganisationen verboten“. 24. Juli 2024. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/07/izh.html>.
- BMI – Bundesministerium des Innern. „Vereinsverbote ‚HAMAS‘ und ‚Samidoun‘“. 2. November 2023. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/11/vereinsverbot-amas-samidoun.html>.
- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Verschwörungsmymen in Zeiten der Coronapandemie. Das Beispiel Qanon* (American Jewish Committee Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute 2021). <https://ajcgermany.org/system/files/document/Antisemitische%20Verschw%C3%B6rungsmymen%20in%20Zeiten%20der%20Coronapandemie.pdf>.
- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023*. [https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2023.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*. [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf).

- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Vorfälle und Erscheinungsformen im Kontext der aktuellen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Deutschland* (Bundesverband RIAS 2022). [https://report-antisemitism.de/documents/2022-01-28\\_rias-bund\\_Monitoring\\_CoronaProteste.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2022-01-28_rias-bund_Monitoring_CoronaProteste.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkungen* (Bundesverband RIAS 2023). [https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14\\_Antisemitismus-bei-BDS.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie* (Bundesverband RIAS 2020). [https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08\\_Rias-bund\\_Antisemitismus\\_im\\_Kontext\\_von\\_covid-19.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus* (Bundesverband RIAS 2020). [https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition\\_Handbuch.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf).
- DPI – Dokumentationsstelle Politischer Islam. *Jung. Hip. Islamistisch. Der Social-Media-Auftritt von Generation Islam, Realität Islam und Muslim Interaktiv*. DPI Focus, März 2023. [https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI\\_Focus\\_Islamismus\\_und\\_Social\\_Media.pdf](https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI_Focus_Islamismus_und_Social_Media.pdf).
- DPI – Dokumentationsstelle Politischer Islam. *Immer noch Jung. Hip. Islamistisch? Neue Entwicklungen bei Internet-Influencern mit Nähe zur Hizb ut-Tahrir*. DPI Focus, 6. Juni 2025. [https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI\\_Focus\\_Immer\\_noch\\_Jung\\_Hip\\_Islamistisch.pdf](https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI_Focus_Immer_noch_Jung_Hip_Islamistisch.pdf).
- Düker, Joe und Mellea, Jessa. *Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet*. CeMas Research Paper, November 2024. [https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas\\_-\\_2024-11\\_-\\_research\\_paper\\_-\\_neue\\_generation\\_neonazis.pdf](https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf).

- Rayner, Gordon und Stringer, Connor. „Revealed: How Pro-Palestinian mob organised via WhatsApp to ‘Hunt Jews’ across Amsterdam“. 8. November 2024. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2024/11/08/jewish-maccabi-tel-aviv-fans-attacked-in-amsterdam/>.
- Gravenstein, Paul. „Wer steckt hinter den Kemptner Pro-Palästina Demos?“. 25. März 2024. Abgerufen am 3. Juli 2025. <https://allgaeu-rechtsaussen.de/2024/03/25/wer-steckt-hinter-den-kemptener-pro-palaestina-demos/>.
- Gruber, Julius. „Die Alternative für Deutschland und Antisemitismus“ In *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen*, hg. vom Bundesverband RIAS [https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf), S. 60–91.
- Gruber, Julius, Loy, Bianca und Poensgen, Daniel. *Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfallgeschehen in Deutschland*. RIAS Working Paper Nr. 01/23. [https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17\\_Working-Paper-01-23\\_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf).
- Halperin-Kaddari, Ruth, Ben-Or, Nava und Zagagi-Pinhas, Sharon. *A Quest for Justice. October 7 and Beyond*. The Dinah Project, 2025. [https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages\\_web-1.pdf](https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages_web-1.pdf).
- Hendlmeier, Till, Schuch, Christoph und Schwarz, Laura. „Antisemitismus – eine Gefahr. Über antisemitismus(un)kritische Prognosen im Versammlungsrecht.“ In *Verfassungsblog*, 11. November 2023. <https://verfassungsblog.de/antisemitismus-eine-gefahr/>.
- IHRA – International Holocaust Remembrance Alliance. „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“. Abgerufen am 3. Juli 2025. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.
- Infothek, „20090214-dresden124“, 11. März 2009. Abgerufen am 13. Juni. <https://infothek.wordpress.com/2009/03/11/14-februar-2009-dresden-bilder/#jp-carousel-2245>.

- IM NRW – Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2023. Abgerufen am 13. Juni 2025. [https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/240528\\_vsb2023\\_online.pdf](https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/240528_vsb2023_online.pdf)
- Jacob Blaustein Institute for the Advancement of Human Rights. „Global Leaders, Experts Must Reject Surging Antisemitism Worldwide and Affirm Jews’ Equal Rights“. In *Responses to 7 October: Law and Society*, herausgegeben von Rosa Freedman und David Hirsh (Routledge 2024), S. 74–90.
- Jikeli, Günther. „A Framework for Assessing Antisemitism: Three Case Studies (Dieudonné, Erdogan, and Hamas)“. In *Deciphering the New Antisemitism*, herausgegeben von Alvin H. Rosenfeld (Indiana University Press, 2015), S. 43–76.
- Jikeli, Günther und Miebling, Daniel. „Anti-Israel Campus Groups. Online Networks & Narratives“ (Institute for the Study of Contemporary Antisemitism, Indiana University 2025), [https://isca.indiana.edu/publication-research/social-media-project/current-projects/jikeli\\_miebling\\_2025\\_anti-israel\\_campus\\_groups-corr3.pdf](https://isca.indiana.edu/publication-research/social-media-project/current-projects/jikeli_miebling_2025_anti-israel_campus_groups-corr3.pdf).
- Kloke, Martin. „Vom Antiimperialismus zum Postkolonialismus. Antisemitische Kontinuitäten in der (radikalen) deutschen Linken“. In *Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023*, herausgegeben von Olaf Glöckner und Günther Jikeli (Georg Olms, 2025), S. 185–206.
- Kufiya-Netzwerk. „1 Jahr Samidoun-Verbot – 1 Jahr Angriffe auf unsere Grundrechte“, 2. November 2024. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://kufiya-netzwerk.de/1-jahr-samidoun-verbot-1-jahr-angriffe-auf-unsere-grundrechte/>.
- Kufiya-Netzwerk. „Bericht: Das zweite bundesweite Treffen des Kufiya Netzwerks“, 31. Januar 2025. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://kufiya-netzwerk.de/bericht-das-zweite-bundesweite-treffen-des-kufiya-netzwerks/>.
- Kufiya-Netzwerk. „Es begann nicht am 7. Oktober – 76 Jahre Genozid“, 22. September 2024. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://kufiya-netzwerk.de/die-geschichte-palaestinas-begann-nicht-am-7-oktober-2023/>.

- Kufiya-Netzwerk. „Kufiya Netzwerk Statement. Freiheit für Palästina! Demokratie für Deutschland!“, 5. Dezember 2023. Abgerufen am 3. Juli 2025. <https://kufiya-netzwerk.de/statement/>.
- Kufiya-Netzwerk. „Nein zum IZH Verbot! Verteidigen wir gemeinsam unsere Grundrechte!“, 3. August 2024. Abgerufen am 13. Juni 2025. <https://kufiya-netzwerk.de/nein-zum-izh-verbot-verteidigen-wir-gemeinsam-unsere-grundrechte/>.
- Kufiya-Netzwerk. „Rolle der Medien im Genozid an den Palästinensern“, 22. September 2024. Abgerufen am 13. Juni 2024. <https://kufiya-netzwerk.de/rolle-der-medien-im-genozid-an-den-palaestinensern/>.
- Küpeli, Ismail. *Graue Wölfe. Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland*. Unrast, 2025.
- Loy, Bianca. „Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023“. RIAS Working Paper Nr. 02/24. [https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18\\_\\_RIAS\\_Working-Paper-3.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18__RIAS_Working-Paper-3.pdf).
- Pérez Duarte, Mika, Fuchs, Dana, Gruber, Julius und Henßler, Vera. „Der arabisch-israelische Konflikt in der rechten Publizistik“. In *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklung und aktuelle Ausdrucksformen*, herausgegeben vom Bundesverband RIAS e. V., [https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11\\_BVRIAS\\_Rechsextremismus\\_Antisemitismus.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf), S. 92–109.
- Rensmann, Lars. *Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts*. Nomos, 2025.
- Schnabel, Deborah und Berendsen, Eva. *Der Holocaust als Meme. Wie in digitalen Räumen Geschichte umgedeutet wird*. Bildungsstätte Anne Frank, 2025. [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/2025\\_Report\\_Holocaust\\_als\\_Meme.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/2025_Report_Holocaust_als_Meme.pdf).
- Schnabel, Deborah und Berendsen, Eva. *Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz. Analyse und Empfehlungen der Bildungsstätte Anne Frank*. Bildungsstätte Anne Frank. [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres\\_P%C3%A4dagogisches\\_Material/TikTok\\_Report\\_Nahostkonflikt\\_BSAF\\_2024\\_neu.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_P%C3%A4dagogisches_Material/TikTok_Report_Nahostkonflikt_BSAF_2024_neu.pdf).

- Sharansky, Nathan. „3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization“, Jewish Political Studies Review 16: S. 3–4 (2004), <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/>.
- The Rights Forum. The European Legal Support Center (ELSC). <https://www.bacbi.be/pdf/ELSC.pdf>.

# Terrorpropaganda von „Masar Badil“ seit dem 7. Oktober

Linus Kebba Pook

*democ*

## Einleitung

Im Mai 2025 erschütterte ein antisemitischer Terroranschlag die US-Hauptstadt Washington: In der Nähe des Jüdischen Museums erschoss der 26-jährige Elias Rodriguez aus Texas gezielt die israelischen Diplomaten Sarah Milgrim und Yaron Lischinsky, die eine Veranstaltung des American Jewish Committee besucht hatten, ein weiterer Sicherheitsbeamter wurde verletzt. Rodriguez, der im Vorfeld online antisemitische Verschwörungsmythen und seinen Hass auf Israel und Jüdinnen\_Juden verbreitet hatte, wurde am Tatort festgenommen. Seit Jahren war der Tatverdächtige in linken antiisraelischen Bewegungen aktiv gewesen. Die Tat löste international Entsetzen aus.<sup>1</sup>

Nur wenige Tage später veröffentlichte die Organisation Masar Badil auf ihrer Webseite einen Artikel ihres führenden Kaders Khaled Barakat, in dem dieser genau diesen Mord als „natürliche und legitime Antwort“ auf die „brutale Aggression“ Israels glorifiziert.<sup>2</sup> Barakat stellt Rodriguez' Tat in die Tradition „externer Operationen“ und zitiert zustimmend den Schriftsteller Ghassan Kanafani, als „führenden Theoretiker revolutionärer Gewalt“ mit dem Diktum, man müsse den Feind „überall“ bekämpfen. Die „heroische Operation“, so Barakat, habe die „Grenzen des liberalen Diskurses“ aufgezeigt und den „Wert direkter Aktion als mobilisierendes und agitatorisches Werkzeug“ wiederhergestellt.<sup>3</sup> Kanafani war Sprecher der terroristischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Diese unverhohlene Billigung und Propagierung tödlicher Gewalt gegen Israelis durch eine der Schlüsselfiguren von Masar Badil unterstreicht die anhaltende Gefahr, die von dieser Organisation ausgeht.

1 Vgl. Christoph Reichmuth, „Todesschütze von Washington: Was über den mutmaßlichen Täter bekannt ist“, *Tagesspiegel*, 23. Mai 2025, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/todesschutze-von-washington-was-uber-den-mutmasslichen-tater-bekannt-ist-13742263.html>.

2 „Elias Rodriguez... the Feda'i who Revealed Positions on the Resistance“, Masar Badil, 29. Mai 2025, übersetzt vom Autor, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://masarbadil.org/en/2025/05/5860/>.

3 „Elias Rodriguez“.

Der massive Terrorangriff der Hamas und anderer palästinensischer Gruppierungen auf Israel am 7. Oktober 2023 hob die Bedrohung durch antisemitische sowie israelfeindliche Ideologien und Akteur\_innen weltweit und auch in Deutschland auf eine neue Stufe. Der Terrorangriff, seine Rezeption und der globale Anstieg antisemitischer Gewalt verdeutlichen die Notwendigkeit einer kontinuierlichen und tiefgehenden Analyse der Organisationen, die im heterogenen Feld der antiisraelischen Bewegung als ideologische Brandbeschleuniger, Vernetzer und Mobilisierer fungieren. Eine solche Gruppierung ist Masar Badil (arabisch für „Alternativer Pfad“). Der Verein democ veröffentlichte bereits im Oktober 2024 ein umfassendes Dossier zu den komplexen Strukturen, den zentralen Akteur\_innen und der radikalen Ideologie dieser Organisation.<sup>4</sup> Dieser Beitrag baut darauf auf und analysiert vor dem Hintergrund der Eskalation seit dem 7. Oktober die vielschichtigen Vernetzungsstrategien von Masar Badil, die jüngsten Entwicklungen im Aktivismus der Gruppe sowie die Dynamiken, die aus dem Zusammenspiel von Masar Badil mit sehr unterschiedlich wahrgenommenen Akteur\_innen und Netzwerken resultieren – etwa Terrororganisationen auf der einen und Menschenrechtsorganisationen auf der anderen Seite. Neben der erwähnten Recherche basiert die folgende Darstellung auf einer fortlaufenden Beobachtung der Aktivitäten von Masar Badil. Dabei wurden aktuelle Entwicklungen bis zum Frühjahr 2025 erfasst.

4 „Terrorpropaganda für den Westen: Die antiisraelische Organisation Masar Badil“, Democ, 8. Oktober 2024, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://democ.de/masar-badil-terrorpropaganda-fuer-den-westen/>.

## Entstehungskontext und ideologische Fundamente

Masar Badil trat erstmals im November 2020 öffentlich in Erscheinung, als online für eine ihrer Gründungskonferenzen in Madrid geworben wurde. Die Genese der Gruppe ist im Kontext des zunehmenden Repressionsdrucks gegen das internationale Netzwerk Samidoun, das für Solidarität mit palästinensischen Gefangenen wirbt und der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) nahesteht, zu sehen. In Deutschland wurde Samidoun aufgrund seiner israelfeindlichen und antisemitischen Ausrichtung sowie seiner Unterstützung von als Terrororganisationen gelisteten Gruppen im November 2023 schließlich verboten.<sup>5</sup> Die personellen und ideologischen Kontinuitäten zwischen Samidoun und Masar Badil sind evident: Führende Köpfe von Samidoun, wie Khaled Barakat oder Charlotte Kates, zählen zu den Mitgründer\_innen von Masar Badil. Weitere Aktivist\_innen des Samidoun-Netzwerks traten nach dessen Verbot in Deutschland ebenfalls unter dem Label Masar Badil in Erscheinung.

Das ideologische Fundament von Masar Badil ist es, unbedingt und kompromisslos das Existenzrechts Israels zu negieren sowie eine fundamentale Absage an jegliche Verhandlungen, Friedensprozesse oder Zwei-Staaten-Lösungen zu erteilen. Anspruch auf das Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer habe einzig das Volk der Palästinenser.<sup>6</sup> Die Organisation positioniert sich explizit in der Tradition von sogenannten Ablehnungsfronten – so nannten sich in der Vergangenheit Bündnisse palästinensischer und arabischer Akteur\_innen, die sich gegen jegliche politische Kompromisse mit Israel stellten und gegen die Normalisierung staatlicher Beziehungen zu Israel kämpften. Zentral für Masar Badil ist auch die propagierte

5 Bundesministerium den Innern und für Heimat, „Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen die Vereinigung Samidoun. Vom 2. November 2023“, *Bundesanzeiger* AT 02.11.2023 B12, S. 1–4, <https://www.bundesanzeiger.de/publication/UMOWhKNEkJ5ZQUg5Kk6/content/UMOWhKNEkJ5ZQUg5Kk6/BAnz%20AT%2002.11.2023%20B12.pdf?inline>.

6 „Madrid – Beirut – Sao Paulo Declaration and Resolutions“, Masar Badil, 7. November 2021, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://masarbadil.org/en/2021/11/1695/> sowie „Principles of Struggle“, Masar Badil, ohne Datum, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://masarbadil.org/en/principles-of-struggle/>.

Solidarität mit „allen Formen des Widerstands“<sup>7</sup> – die Formulierung legitimiert den bewaffneten Kampf und eine Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Hamas, dem Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ) oder den jemenitischen Huthis. Ein drastisches Beispiel für diese Haltung ist Khaled Barakats erwähnte Glorifizierung des Doppelmordes in Washington, den er als „natürliche und legitime Antwort“ sowie als „Echo der Stimme des Widerstands“ bezeichnete.<sup>8</sup> Primär arbeitet Masar Badil darauf hin, die palästinensische Diaspora und ihre Sympathisant\_innen für die uneingeschränkte Solidarität mit allen Formen des Widerstands zu mobilisieren.

7 „An Alternative Path for a Free Palestine“, Khaled Barakat, 11. Oktober 2021, zuerst veröffentlicht in „This Week in Palestine“, ohne Datum, abgerufen am 27. Juli 2025, <https://masarbadil.org/en/2021/10/1559/>.

8 „Elias Rodriguez“.

## Netzwerke und Kooperationen

Eine Analyse der Vernetzungsaktivitäten von Masar Badil offenbart ein strategisches Vorgehen der Organisation. Es zielt darauf ab, ein ideologisch möglichst breites Spektrum antiisraelischer Akteur\_innen zu mobilisieren und unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen. Das schließt explizit die palästinensische Diaspora, aber auch linke politische Bewegungen mit ein. Eine entscheidende personelle und organisatorische Grundlage bildet dabei das Netzwerk Samidoun. Neben den bereits genannten Khaled Barakat und Charlotte Kates sind auch andere prominente Samidoun-Aktivist:innen maßgeblich an Masar Badil beteiligt – etwa Mohammed Khatib, der europäische Koordinator von Samidoun, oder Zaid „Abdulnasser“ T., der früher das Samidoun-Netzwerk in Deutschland koordinierte. Aufgrund dieser personellen Überschneidungen hat Masar Badil direkten Zugriff auf etablierte Strukturen. Die Nutzung gemeinsamer Infrastruktur zeigt etwa eine enge operative Verbindung zwischen Masar Badil und Samidoun. So werden beispielsweise Masar-Badil-Newsletter über E-Mail-Server von Samidoun versandt. Das Verbot von Samidoun in Deutschland hat die strategische Bedeutung von Masar Badil als Ausweich- und Fortführungsstruktur für die Aktivitäten dieses Milieus weiter erhöht.

Ein herausstechendes Merkmal der Strategie von Masar Badil ist die offene und bemerkenswert niedrighschwellige Einbindung hochrangiger Vertreter von Terrororganisationen. Dies manifestiert sich vor allem in zahlreichen Online-Seminaren, die Masar Badil seit seiner Gründung veranstaltet. Sie dienen als Plattform für prominente Sprecher der Hamas (Hossam Badran, Bassem Naim, Osama Hamdan, Ghazi Hamad, Sami Abu Zuhri), des PIJ (Ali Abu Shaheen) und der jemenitischen Huthi-Rebellen der Ansar Allah (Ahmed al-Shami, Nasr al-Din Amer). Diese Akteure werden in den Seminaren häufig mit vollem Namen und ihrer jeweiligen Funktion innerhalb der Organisation vorgestellt. Die Seminare ermöglichen es einem internationalen Publikum, digital in einen direkten, wenn auch moderierten, Austausch mit diesen Personen zu treten – eine Propagandamöglichkeit, die es laut Recherchen von democ in dieser Form bei anderen Organisationen nicht gibt. Die Seminare dienen nicht nur der Verbreitung der Ideologien dieser Gruppen, sondern auch deren Legitimierung sowie der Rekrutierung von Unterstützer\_innen im westlichen

Kontext. Teils werden sie simultan auf englisch und spanisch gedolmetscht; aus den einsehbaren Seminar-Chats ergibt sich eine starke Beteiligung aus westlichen Staaten.

Ideologisch und personell weist Masar Badil zudem eine deutliche Nähe zur PFLP auf, einer marxistisch-leninistischen Organisation, die auf der EU-Terrorliste steht. Khaled Barakat trat bis 2016 als Spitzenfunktionär der PFLP auf.<sup>9</sup> Masar Badil versucht, das erwähnte Konzept der sogenannten Ablehnungsfronten neu zu beleben und ein Bündnis zu schmieden, das Akteur\_innen aus dem islamistischen, dem arabisch-nationalistischen sowie aus linken Bündnissen umfasst. Ihr verbindendes Element ist die unversöhnliche Feindschaft zu Israel. In Deutschland fungieren beispielsweise die sogenannten Demokratischen Komitees Palästinas als Vorfeldorganisation der PFLP. PFLP-Funktionär\_innen sind darin zum Teil seit Jahrzehnten aktiv. Die Zielgruppe, die die Demokratischen Komitees Palästinas anspricht, weist inhaltliche und personelle Schnittmengen zu den von Masar Badil adressierten antiimperialistischen Milieus auf.

Die Aktivitäten von Masar Badil waren von Anfang an transnational ausgerichtet. Die Gründungskonferenzen 2021 fanden parallel in Madrid, Beirut und São Paulo statt, um globale Präsenz zu signalisieren. Es folgten weitere internationale Konferenzen und Demonstrationen, etwa der sogenannte Marsch der Rückkehr und Befreiung in Brüssel im Oktober 2022, die sogenannte „Liberation Conference“ in Ottawa im April 2023 sowie 2024 eine Konferenz in Madrid zur Feier des Jahrestages des Terrorangriffs vom 7. Oktober 2023.<sup>10</sup> Solche Veranstaltungen dienen der Vernetzung der radikal antiisraelischen Teile der palästinensischen Diaspora und ihrer Unterstützer\_innen, aber auch dazu, die eigene Agenda international zu propagieren. Die regelmäßig stattfindenden Onlineseminare, die Masar Badil häufig über Telegram-Kanäle wie „Resistance News Network“ bewirbt, erreichen

9 انجرهم في تالكرب دل اخب عيب عش الة بجل ال في يداي ق لة مة ل كل ل م الك ل ص ل ل ا، „ال ج ا ي ح“، Volksfront zur Befreiung Palästinas, 29. August 2016, archiviert am 18. Oktober 2024, <https://archive.is/l2ibK>.

10 „Samidoun und Masar Badil feiern 7. Oktober in Madrid“, democ, 7. Oktober 2024, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://democ.de/artikel/samidoun-masar-badil-madrid/>.

Teilnehmer\_innen in zahlreichen Ländern. Sie werden häufig simultan aus dem Arabischen ins Englische und Spanische übersetzt, um eine höhere Reichweite zu erzielen. Darüber hinaus suchen führende Akteur\_innen von Masar Badil den Anschluss an Organisationen aus den Bereichen der Menschenrechts- oder Anti-Repressionsarbeit, die eine andere öffentliche Wahrnehmung genießen, etwa eine bessere mediale Reputation. So trat Zaid „Abdulnasser“ T., Mitglied des Exekutivkomitees von Masar Badil, im Mai 2025 bei einer Pressekonferenz des European Legal Support Center (ELSC) in Berlin auf. Dort wurde eine Webseite zur Dokumentation von Repression gegen Palästina-Aktivist\_innen vorgestellt, die in Zusammenarbeit mit der renommierten Rechercheagentur Forensic Architecture entstanden war.<sup>11</sup> Solche Auftritte dienen dazu, die eigenen Aktivist\_innen als Opfer staatlicher Repression darzustellen und gleichzeitig in breitere, öffentlich eher als progressiv wahrgenommene Netzwerke vorzudringen.

11 European Legal Support Center, „Anti-Palestinian Repression in Germany: Database Launch“, Pressekonferenz, 13. Mai 2025, gepostet vom European Legal Support Center am 13. Mai 2025, YouTube, 41:13, <https://www.youtube.com/watch?v=8k26lmR4UgU>.

## Entwicklung des Aktivismus

Im Nachgang des Terrorangriffs vom 7. Oktober 2023 entwickelten sich die Aktivitäten von Masar Badil und der mit der Organisation verbundenen Akteur\_innen weiter. Abgesehen von einer kurzen Phase der Zurückhaltung in Deutschland nach dem Samidoun-Verbot im November 2023 trat die Gruppierung global insgesamt selbstbewusster und offensiver in der Öffentlichkeit auf. Onlineseminare blieben das zentrale Propagandainstrument von Masar Badil. Ihre Frequenz, aber auch ihre ideologische Schärfe nahm nach dem 7. Oktober 2023 zu – ebenso die Aktivitäten auf der Webseite von Masar Badil.<sup>12</sup> Die Organisation glorifizierte unverhohlen den sogenannten bewaffneten Widerstand und rechtfertigte explizite Gewalttaten auch gegen israelische Zivilist\_innen. Den Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 feierte Masar Badil noch am selben Tag als „heroische Operation“ bzw. „Al-Aqsa-Flut“.<sup>13</sup> In Aufrufen rief die Gruppierung weltweit zu Solidaritätsaktionen auf. Das schloss explizit eine „Besetzung und Belagerung der Botschaften“ von Israel und den USA ein.<sup>14</sup> Noch martialischer war die Sprache nach der Tötung von Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah im September 2024, als Masar Badil „Tod den Feinden und der rassistischen zionistischen Entität“ forderte.<sup>15</sup> Nach den Morden von Washington ruft Barakat explizit dazu auf, auf diesem „Moment aufzubauen“ und den „revolutionären Dialog“<sup>16</sup> mit Befreiungsbewegungen auf internationaler Ebene auszuweiten.

12 Siehe einen Aufruf zur Besetzung von Botschaften: „The Palestinian decision is in the hands of the resistance, and the West will pay a high price for its crimes in Gaza“, Masar Badil, 9. Oktober 2023, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://masarbadil.org/en/2023/10/4377/> sowie eine Huldigung Nasrallahs: „The Revolutionary Path Movement mourns the exceptional, historic leader, Sayyed Hassan Nasrallah“, Masar Badil, 28. September 2024, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://masarbadil.org/en/2024/09/5259/>.

13 „Masar Badil: We call on all revolutionary forces and liberation movements to support the heroic Palestinian resistance“, 7. Oktober 2023, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://masarbadil.org/en/2023/10/4361/>.

14 „The Palestinian decision“.

15 „The Revolutionary Path Movement mourns“.

16 „Elias Rodriguez“.

Durch das Verbot von Samidoun kann Masar Badil nun als eine der prominentesten verbliebenen Strukturen das ideologische Erbe von Samidoun fortführen und dessen Klientel – jedenfalls das arabischsprachige bzw. das der palästinensischen Diaspora – weiterhin ansprechen. Aktivist\_innen, die zuvor im Samidoun-Netzwerk tätig waren, können ihr Engagement unter dem weniger kompromittierten, aber inhaltlich identischen Label Masar Badil fortsetzen und dabei versuchen, neue Anhänger\_innen zu gewinnen. Masar Badil ist sich seiner Beobachtung durch Sicherheitsbehörden und auch der öffentlichen Kritik bewusst. Auf die zunehmende Regulierung und Löschung ihrer Inhalte auf etablierten Social-Media-Plattformen wie Facebook oder YouTube – der Masar Badil-Kanal auf YouTube wurde im Juli 2024 gelöscht – reagiert die Organisation, indem sie gezielt auf die weniger moderierte Onlinevideoplattform Odyssee oder auf Telegram ausweicht. Das erschwert die Eindämmung der Propaganda von Masar Badil und die Beobachtung ihrer Onlineaktivitäten erheblich.

Masar Badil und die mit der Organisation assoziierten Akteur\_innen spielen auch eine wichtige Rolle bei der Organisation und Durchführung antiisraelischer Proteste in Deutschland, insbesondere in Berlin. Dies zeigt sich beispielsweise anhand der Demonstration zum sogenannten Nakba-Tag „Nakba77“ am 15. Mai 2025 in Berlin-Kreuzberg, in deren Verlauf ein Polizist verletzt wurde und bei der es zu antisemitischen Ausschreitungen kam.<sup>17</sup> Presseaufnahmen von der Kundgebung zeigen ehemalige Aktivist\_innen von Samidoun, die Masar Badil nahestehen, bei gewaltvollen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die personelle Kontinuität an der Spitze dieser Proteste ist trotz repressiver strafrechtlicher und aufenthaltsrechtlicher Maßnahmen bemerkenswert. Allerdings wird die Handlungsfähigkeit einzelner Akteur\_innen durch staatliche Maßnahmen durchaus beeinflusst: Musaab A., ein führender Kopf des Masar Badil Milieus in Berlin und Anmelder zahlreicher Demonstrationen, befindet sich seit Februar 2025 in Untersuchungshaft. Lisa Jani, Sprecherin der Berliner Strafgerichte, bestätigte, dass die Generalstaatsanwaltschaft

17 Niklas Schrader (Abgeordneter, LINKE), *Schriftliche Anfrage Nr. 19/22693 vom 22. Mai 2025: „Nakba“-Kundgebung – Vorkommnisse und Polizeimaßnahmen*, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Antwort vom 12. Juni 2025 (Eingang 16. Juni 2025), Drucksache 19/22693, <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-22693.pdf>.

Berlin gegen ihn Anklage u. a. wegen Bedrohung, Beleidigung, vorsätzlicher Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, versuchter gefährlicher Körperverletzung und tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte erhoben habe. Am 3. Juli 2025 wurde Musaab A. vom Amtsgericht Tiergarten zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zwei Monaten ohne Bewährung verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Angeklagte haben Berufung gegen das Urteil eingelegt. Im Rahmen einer Spendenkampagne sammelten bundesweit aktive Bündnisse wie das sogenannte Kufiya Netzwerk knapp 1.800 Euro für A.<sup>18</sup>

18 Kufiya-Netzwerk (@kufiyanetzwerk): „Solidarität mit Musaab Abu Atta – Freiheit für alle politischen Gefangenen!“, Instagram, 16. Mai 2025, <https://www.instagram.com/p/DJuYXQuopp4/>; „Free Musaab!“, Chuffed, ohne Datum, abgerufen am 18. Juni 2025, <https://chuffed.org/project/1-free-musaab>.

## Kommunikationsstrategien

Die Analyse der Aktivitäten von Masar Badil offenbart ein Zusammenspiel verschiedener Akteur\_innen und Strategien, die für ein Verständnis des aktuellen israelfeindlichen und antisemitischen Aktivismus in Deutschland von Bedeutung sind. Nach Einschätzung von democ ist Masar Badil insgesamt keine Massenorganisation mit einer breiten Mitgliederbasis. Vielmehr agiert die Gruppierung weltweit mit einer Struktur ideologisch geschulter Kader. Letztlich dürfte es sich um wenige Dutzend Kernaktivist\_innen handeln. In Berlin nehmen einzelne Aktivist\_innen von Masar Badil in tonangebender Weise an den zahlreichen antiisraelischen Demonstrationen teil. Sie stimmen beispielsweise (zum Teil antisemitische und gewaltverherrlichende) Parolen an, die anschließend größere Gruppen rufen. Ihre primäre Wirkung entfaltet Masar Badil nicht durch die Planung und Ausführung von Gewalttaten, als vielmehr durch die ideologische Beeinflussung und Radikalisierung eines weitaus größeren Feldes von Personen, die sich für die palästinensische Sache engagieren bzw. dafür empfänglich sind. Masar Badil operiert gezielt im Raum linker politischer Bewegungen, mit dem Ziel, langfristig Narrative zu setzen, den öffentlichen Diskurs zu verschieben und die Akzeptanz für radikale Positionen zu erhöhen – bis hin zur Legitimation von Gewalt.

Die unnachgiebig radikale Positionierung von Masar Badil, die keinerlei Zugeständnisse an das Existenzrecht Israels macht und den „bewaffneten Kampf“ als legitimes Mittel glorifiziert, ermöglicht es der Organisation, ideologisch sehr heterogene Gruppen und Individuen anzusprechen. Hierzu zählen Akteur\_innen aus dem islamistischen, dem arabisch-nationalistischen und Teilen des links-antiimperialistischen Spektrums. Die erklärte und absolute Feindschaft zu Israel und dem „Zionismus“ dient dabei als zentrale Brücknideologie, die ansonsten divergierende politische und gesellschaftliche Vorstellungen überlagert und ein gemeinsames Handeln ermöglicht.

Während Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Beobachter\_innen Masar Badil als extremistische, antisemitische und terrorunterstützende Organisation einstufen,<sup>19</sup> bemühen sich führende Akteur\_innen der Organisation in medialen und aktivistischen Kontexten um eine gänzlich andere öffentliche Darstellung. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist der bereits erwähnte Auftritt von Zaid „Abdulnasser“ T. bei der gemeinsamen Pressekonferenz von ELSC und Forensic Architecture im Berliner Haus der Demokratie und Menschenrechte.<sup>20</sup> In diesem Haus haben namhafte Organisationen wie Amnesty International oder die Humanistische Union ihren Sitz. An diesem Ort inszenierte sich T. als Opfer einer angeblichen Repressionskampagne und beklagte die Einschränkung seiner Meinungsfreiheit. Diese öffentliche Selbstdarstellung steht in krassem Widerspruch zu seiner Rolle als Aktivist einer Organisation, die regelmäßig Veranstaltungen mit hochrangigen Vertreter\_innen von Terrororganisationen durchführt und unmissverständlich für den bewaffneten Kampf gegen Israel wirbt. Diese Doppelstrategie – einerseits die öffentliche Klage über Repression im Bündnis mit als legitim wahrgenommenen Akteur\_innen und andererseits Radikalisierung und Terrorpropaganda – ist charakteristisch für die Vorgehensweise von Masar Badil. Sie ermöglicht es, unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen und, wo notwendig, die eigene Agenda zu verschleiern. So präsentiert Masar Badil beispielsweise auf seiner Website auf Arabisch teilweise andere Informationen oder Namen als in den englischen Übersetzungen. Die ausgeprägte Onlinepräsenz der Organisation – insbesondere die Seminare mit aktiven Mitgliedern von in Deutschland und der EU verbotenen Terrororganisationen – werfen nicht zuletzt die Frage nach der Verantwortung von Plattformbetreiber\_innen und nach juristischen Verantwortlichkeiten im Falle von Straftaten auf. Masar Badil nutzt geschickt die oft schwer zu regulierenden digitalen Räume, um seine Propaganda

19 Jüdische Allgemeine, „Verfassungsschutz warnt vor israelfeindlicher Organisation Masar Badil“, Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/verfassungsschutz-warnt-vor-israelfeindlicher-organisation-masar-badil/>; Berliner Abgeordnetenhaus, „Vorgangsübersicht, Vorgang 0078, Ausschuss für Verfassungsschutz, Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs. Masar Badil – Erkenntnisse über Verbindungen zur HAMAS und zur Vernetzung in der linksextremistischen Szene (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)“, Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://www.parlament-berlin.de/dokumente/vorgangsuübersicht?Open&Wahlperiode=19&Vorgang=0078&Ausschuss=19-ausschuss-fur-verfassungsschutz>.

20 European Legal Support Center, „Anti-Palestinian Repression“.

transnational zu verbreiten. Dass Teilnehmer\_innen aus Deutschland und anderen westlichen Ländern problemlos an diesen Onlineseminaren teilnehmen und so mit Funktionären der Hamas oder des PIJ interagieren können, obwohl etwa die Hamas in Deutschland verboten ist, verdeutlicht, wie groß die rechtlichen und praktischen Herausforderungen im Umgang mit diesen Phänomenen sind.

## Fazit und Ausblick

Masar Badil hat sich als signifikanter Akteur innerhalb internationaler israelfeindlicher und antisemitischer Netzwerke etabliert. Die Organisation fungiert als wichtiger ideologischer Knotenpunkt und Mobilisator, der über die kompromisslose Ablehnung des Staates Israel unterschiedliche politische Strömungen miteinander verbindet und dabei offen in legitimierender Weise mit Terrororganisationen kooperiert. Insbesondere nach dem Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 und dem Verbot von Samidoun in Deutschland erhielt Masar Badil als Propagandist, Radikalisierer und Vernetzer im digitalen wie im analogen deutschen Raum eine enorme Bedeutung. Bei Demonstrationen in Berlin treten einzelne Aktivist\_innen von Masar Badil häufig nicht unter dem Namen der Organisation auf, sind aber dennoch an der Organisation und auch Eskalation von Protesten beteiligt. Die explizite Glorifizierung von Mordanschlägen auf Israelis – wie im Frühjahr 2025 – zeigt eine neue Stufe der Gewaltbereitschaft und -propaganda auch in Bezug auf Terroranschläge außerhalb Israels. Dies stellt eine unmittelbare Bedrohung dar.

Die Analyse der Aktivitäten von Masar Badil und der dazugehörigen Netzwerke offenbart mehrere besorgniserregende Entwicklungen und Herausforderungen: Obwohl die Organisation offensiv Terrorpropaganda verbreitet und regelmäßig Onlineseminare mit ranghohen Vertretern von Terrororganisationen durchführt, scheinen Politik und Sicherheitsbehörden bislang keine adäquate Reaktion gefunden zu haben. Die Organisation ist weiterhin digital aktiv, um sich international zu vernetzen, auszutauschen und zu mobilisieren. Die Herausforderung, der Verbreitung von Terrorpropaganda, Hassrede und Desinformation auf Onlineplattformen wirksam zu begegnen, bleibt bestehen. Sie erfordert eine verstärkte internationale Kooperation sowie eine klare rechtliche und ethische Verpflichtung der Social-Media-Plattformen, Verantwortung zu übernehmen.

Die Möglichkeit, Aktivismus erfolgreich unter wechselnden Labels oder als Teil intransparenter Bündnisse fortzuführen, verschleiert oft die direkte Zugehörigkeit einzelner Aktivist\_innen zu in Deutschland formal verbotenen Gruppen wie Samidoun. So können führende Aktivist\_innen von Samidoun in Deutschland weiter

medial als Aktivist\_innen von Masar Badil öffentlich auftreten. Das erschwert nicht nur die Beobachtung und Analyse durch Sicherheitsbehörden, sondern wirft auch die Frage auf, inwieweit das Vereinsverbot von Samidoun durch die zu beobachtenden Ausweichstrategien effektiv umgangen wird. Beispielsweise demonstrieren internationale Samidoun-Accounts weiterhin die ungebrochene transnationale Vernetzung und entfalten nach wie vor einen Effekt auf die Mobilisierung zu Protesten oder Aktionen in Deutschland. Offen ist, inwiefern diese Accounts auch von Personen aus Deutschland bedient werden.

Parallel dazu erweitert sich die Akzeptanz für Masar Badil, Samidoun und ihre Aktivist\_innen durch das weit verbreitete Narrativ einer antipalästinensischen Repression. Repressive Maßnahmen gegen die genannten Akteur\_innen werden in linken Bündnissen als Ausdruck eines antipalästinensischen Rassismus gedeutet, ohne den konkreten Handlungen oder Positionen Bedeutung zuzumessen. So wurde etwa breit für Solidarität mit Musaab A. oder Zaid T. geworben, ohne dass deren Nähe zu Terrororganisationen oder der Verherrlichung antisemitischer Morde gewürdigt worden wäre. Besorgniserregend ist hierbei die zunehmende Kooperation von sich als friedensorientiert verstehenden linken Aktivist\_innen und Organisationen, etwa im Rahmen von großen Demonstrationen, mit Akteur\_innen, die offen und ausschließlich auf die gewaltsame Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts hinwirken. Durch diese Bündnisse gelingt es Masar Badil, auch in gemäßigeren Kreisen Gehör zu finden und ihre Narrative dort zu verbreiten.

Direkte physische Auseinandersetzungen mit Polizeibeamt\_innen auf Demonstrationen und die wiederholten Aufrufe zur Gewalt verdeutlichen eine steigende Gewaltbereitschaft im politischen Milieu in Deutschland, auf das Masar Badil einwirkt. Dies ist auch im Kontext einer international zunehmenden Radikalisierung antiisraelischer Proteste seit Oktober 2023 zu sehen, die sich u. a. in einer Zunahme von Anschlägen und Gewalttaten gegen Jüdinnen\_Juden sowie Israelis manifestiert.

Das Beispiel Masar Badil zeigt, dass repressive Maßnahmen wie das Vereinsverbot gegen Samidoun die betroffenen Strukturen zwar stören können, jedoch häufig zur Bildung neuer oder zur Stärkung bereits bestehender Ersatzorganisationen führen,

welche dieselbe Agenda unter neuem Namen fortsetzen. Eine kontinuierliche, ressourcenstarke und genaue Beobachtung der Aktivitäten von Masar Badil und ihrer Netzwerke durch Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist daher unerlässlich. Darüber hinaus bedarf es einer intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den antisemitischen und israelfeindlichen Ideologien, die solche Gruppen verbreiten. Das schließt eine Stärkung der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus und Extremismus in all seinen Erscheinungsformen ein. Hervorzuheben ist dabei die Ideologie von Masar Badil und ähnlichen anderen Organisationen und Netzwerken. Diese ist mit den Friedensbemühungen, die viele antiisraelische Protestierende vorgeblich unterstützen, nicht zu vereinbaren.

### Literatur und Quellen

- Bundesministerium den Innern und für Heimat. „Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen die Vereinigung Samidoun. Vom 2. November 2023“. *Bundesanzeiger* AT 02.11.2023 B12, S. 1–4. <https://www.bundesanzeiger.de/pub/publication/UMOWhKNEkJ5ZQUg5Kk6/content/UMOWhKNEkJ5ZQUg5Kk6/%20BAnz%20AT%2002.11.2023%20B12.pdf?inline>.
- Barakat, Khaled. „An Alternative Path for a Free Palestine“, Masar Badil, 11. Oktober 2021, zuerst veröffentlicht in „This Week in Palestine“. Ohne Datum. Abgerufen am 27. Juli 2025, <https://masarbadil.org/en/2021/10/1559/>.
- Berliner Abgeordnetenhaus, „Vorgangsübersicht, Vorgang 0078, Ausschuss für Verfassungsschutz, Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs. Masar Badil – Erkenntnisse über Verbindungen zur HAMAS und zur Vernetzung in der linksextremistischen Szene (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)“, Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://www.parlament-berlin.de/dokumente/vorgangsuuebersicht?Open&Wahlperiode=19&Vorgang=0078&Ausschuss=19-ausschuss-fur-verfassungsschutz>.
- Chuffed. „Free Musaab! Von Musaab and friends“. Ohne Datum. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://chuffed.org/project/1-free-musaab>.

- Democ. „Massive Gewalt und offener Judenhass bei Palästina-Demos in Berlin“. 15. Mai 2021. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://democ.de/artikel/massive-gewalt-und-offener-judenhass-bei-palaestina-demos-in-berlin/>.
- Democ. „Samidoun und Masar Badil feiern 7. Oktober in Madrid“. 7. Oktober 2024. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://democ.de/artikel/samidoun-masar-badil-madrid/>.
- Democ. „Terrorpropaganda für den Westen: Die antiisraelische Organisation Masar Badil“. 8. Oktober 2024. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://democ.de/masar-badil-terrorpropaganda-fuer-den-westen/>.
- Dismantle\_Damon. Account auf Instagram. [https://www.instagram.com/dismantle\\_damon/](https://www.instagram.com/dismantle_damon/).
- European Legal Support Center. „Anti-Palestinian Repression in Germany: Database Launch“. Pressekonferenz. 13. Mai 2025. Gepostet am 13. Mai 2025 vom European Legal Support Center, YouTube, 41:13, <https://www.youtube.com/watch?v=8k26ImR4UgU>.
- Jüdische Allgemeine, „Verfassungsschutz warnt vor israelfeindlicher Organisation Masar Badil“. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/verfassungsschutz-warnt-vor-israelfeindlicher-organisation-masar-badil/>.
- Masar Badil. „Barakat: , Israel’s crimes in Gaza are responsible for the killing of its representatives in Washington“. 22. Mai 2025. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://masarbadil.org/en/2025/05/5802/>.
- Masar Badil. „Elias Rodriguez... the Feda’i who Revealed Positions on the Resistance“. 29. Mai 2025. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://masarbadil.org/en/2025/05/5860/>.
- Masar Badil. „Madrid – Beirut – Sao Paulo Declaration and Resolutions“. 7. November 2021. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://masarbadil.org/en/2021/11/1695/>.
- Masar Badil. „Masar Badil: We call on all revolutionary forces and liberation movements to support the heroic Palestinian resistance“. Masar Badil Webseite, 7. Oktober 2023. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://masarbadil.org/en/2023/10/4361/>.

- Masar Badil. „Principles of Struggle“. ohne Datum. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://masarbadil.org/en/principles-of-struggle/>.
- Masar Badil. „The Palestinian decision is in the hands of the resistance, and the West will pay a high price for its crimes in Gaza“. 9. Oktober 2023. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://masarbadil.org/en/2023/10/4377/>.
- Masar Badil. „The Revolutionary Path Movement mourns the exceptional, historic leader, Sayyed Hassan Nasrallah“. 28. September 2024. Abgerufen am 18. Juni 2025. <https://masarbadil.org/en/2024/09/5259/>.
- Reichmuth, Christoph. „Todesschütze von Washington: Was über den mutmaßlichen Täter bekannt ist“. *Tagesspiegel*, 23. Mai 2025. <https://www.tagesspiegel.de/internationales/todesschuetze-von-washington-was-ueber-den-mutmasslichen-taeter-bekannt-ist-13742263.html>.
- Schrader, Niklas (Abgeordneter, LINKE). Schriftliche Anfrage Nr. 19/22693 vom 22. Mai 2025: „‘Nakba’-Kundgebung – Vorkommnisse und Polizeimaßnahmen“. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Antwort vom 12. Juni 2025 (Eingang 16. Juni 2025). Drucksache 19/22693, Abgeordnetenhaus Berlin. <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-22693.pdf>.
- Verwaltungsgericht Berlin. Urteil vom 23. August 2023. Az. 24 K 7/23. <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/NJRE001552732>.
- Volksfront zur Befreiung Palästinas. „يف يداي قلا ةم لك ل لم الك ل ص ن ل ا“ يف ط ص م ي ل ع و ب أ ي ر ك ذ ء ا ي ح إ ن ا ج ر ه م ي ف ت ا ك ر ب د ل ا خ ة ي ب ع ش ل ا ة ب ج ل ا ن ي ل ر ب ب“. 29. August 2016. Archiviert am 18. Oktober 2024. <https://archive.is/l2ibK>.

# „Schon die Menge an Anfragen war für uns kaum zu bewältigen.“

Interview mit Sebastian Mohr

*Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA)*

Im folgenden Interview spricht Sebastian Mohr\*, Teamleiter der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA), über die Arbeit der Organisation in Nordrhein-Westfalen nach dem 7. Oktober 2023. Als zivilgesellschaftliche Einrichtung mit einem besonderen Schwerpunkt auf jüdische Perspektiven befasst sich SABRA insbesondere mit dem Themenfeld Antisemitismus.

Das Interview wurde im Juni 2025 schriftlich durch den Bundesverband RIAS geführt.

### **SABRA ist eine Antidiskriminierungsstelle in Nordrhein-Westfalen, deren Trägerin die Jüdische Gemeinde Düsseldorf ist. Welche Folgen hatte der 7. Oktober 2023 für die Arbeit von SABRA?**

Neben SABRA existiert in Nordrhein-Westfalen (NRW) eine weitere Antidiskriminierungsberatungsstelle mit Schwerpunkt Antisemitismus – die Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus (ADIRA) in Trägerschaft der Jüdischen Kultusgemeinde Groß-Dortmund. Wir stehen mit ADIRA im fachlichen Austausch und arbeiten eng zusammen.

Seit dem 7. Oktober 2023 sahen ADIRA und SABRA sich mit einer sprunghaft gestiegenen Zahl an Anfragen konfrontiert – insbesondere aus dem Bildungsbereich. Diese waren meist verbunden mit dem Wunsch nach Orientierung und praktischen Bildungsangeboten, aber auch dem Wunsch nach ganz konkreter Unterstützung im Umgang mit Antisemitismus. Vor allem bis zum Sommer 2024 stieg die Nachfrage nach Beratung, Bildungs- und Präventionsarbeit nochmals drastisch an – bedingt durch zunehmend enthemmten Antisemitismus im öffentlichen Raum.

Schon die Menge an Anfragen war für uns kaum zu bewältigen. Hinzu kam noch eine Erwartungshaltung, der wir unter den Bedingungen begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen nur schwer gerecht werden konnten. Das führte bei vielen Mitarbeitenden zu einer Überlastung, Überstunden und einer starken emotionalen Belastung, teilweise bis an die Grenze der Erschöpfung.

\* Sebastian Mohr ist ebenfalls Gründungsmitglied des Bundesverbands RIAS.

**Nachdem für alle sichtbar geworden war, welche Folgen der 7. Oktober 2023 auch für Jüdinnen\_Juden in Deutschland hatte: Sind andere Antidiskriminierungsstellen in Nordrhein-Westfalen auf Sie zugekommen, um sich Expertise im Bereich Antisemitismus einzuholen?**

Nein – zumindest nicht in dem Maß, in dem es unserer Einschätzung nach angesichts der Situation notwendig gewesen wäre.

Vereinzelt gab es direkt nach dem 7. Oktober Solidaritätsbekundungen oder Nachfragen, aber einen systematischen oder gezielten fachlichen Austausch suchten nur wenige. Zwar wurde ein hoher Bedarf an Wissen zum Umgang mit Antisemitismus sowie zum arabisch-israelischen Konflikt geäußert, aber konkrete Kooperationen oder eine gemeinsame Entwicklung von Handlungskonzepten blieb aus. Mehr noch: Personen außerhalb unseres antisemitismuskritischen Netzwerks führten einzelne Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus durch, ohne Rücksprache mit darauf spezialisierten Stellen wie SABRA oder ADIRA zu halten.

Das ist insofern problematisch, als israelbezogener Antisemitismus auch innerhalb diskriminierungskritischer Strukturen wirkt – teilweise unreflektiert. Das spiegelt sich etwa in der Auswahl von Referent\_innen oder bei der Gewichtung von Themen wider.

Inzwischen sehen wir erste Schritte in eine andere Richtung. So bietet RIAS NRW beispielsweise gezielte Fortbildungen für Antidiskriminierungsstellen an – zuletzt im Mai 2025 eine digitale Schulung. Solche Ansätze begrüßen wir ausdrücklich. Sie sind wichtige Signale, dass eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus – auch in den eigenen Reihen – notwendig und teilweise überfällig ist, sie aber auch angegangen wird.

## **In welchen Bereichen mussten Sie seit dem 7. Oktober 2023 die meiste Unterstützungsarbeit leisten? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht?**

Den größten Unterstützungsbedarf gab es im schulischen Bereich. Antisemitische Vorfälle nahmen dort deutlich zu, sowohl was die Anzahl betrifft als auch die Heftigkeit der Vorfälle. Anders als zuvor erreichten uns auch vermehrt Fälle aus dem Grundschulbereich.

Ab 2024 erhielten wir außerdem viele Anfragen von Hochschulen sowie von soziokulturellen Einrichtungen und Theatern. Gefragt waren vor allem Fortbildungen für Mitarbeitende im Umgang mit Antisemitismus und dem Konfliktfeld „Israel-Palästina.“

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) in NRW reagierte relativ schnell. In Abstimmung u.a. mit uns richtete es die Informationsseite „Antisemitismus – Wahrnehmen und Begegnen“ ein. Noch im Oktober 2023 versendete das MSB zwei Rundmails an sämtliche Schulen und wir als SABRA führten in Zusammenarbeit mit dem MSB mehrere Webinare für Lehrkräfte durch. Zuletzt veröffentlichte das Ministerium die „Handlungsleitlinien Antisemitismus“, an deren Konzeption wir ebenfalls beteiligt waren.

Zudem starteten wir im Oktober 2023 zwei neue Online-Sprechstunden, die Raum für Austausch, Fragen und niedrigschwellige Beratung bieten: eine gezielt für Lehrkräfte und eine für Erziehungsberechtigte.

Unsere Erfahrung ist, dass unmittelbar nach dem 7. Oktober die Offenheit bei Politik und Verwaltung groß war. Unsere Expertise war gefragt, viele Türen standen uns offen. Diese Reaktion war offenkundig auch Ausdruck einer Überforderung – gerade im Bildungsbereich. Lehrkräfte und andere Multiplikator\_innen suchten nach Orientierung. Zugleich bestand eine große Unsicherheit bei dem Erkennen

und der Einordnung antisemitischer Vorfälle. Parallel dazu beobachteten wir allerdings auch eine wachsende Tendenz, dem Thema auszuweichen. Häufig nicht aus Desinteresse, sondern aus der Sorge vor Konflikten.

Mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum 7. Oktober nahm die gesellschaftliche Aufmerksamkeit jedoch spürbar ab. Eine Haltung nach dem Motto „Jetzt ist es auch mal gut“ wird häufiger spürbar sowohl im öffentlichen Diskurs als auch im politischen Raum. Das steht im deutlichen Widerspruch zur Realität von Jüdinnen\_Juden, die weiterhin Schutz, Solidarität und ernsthafte strukturelle Unterstützung benötigen.

**Oft verweist die Politik im Bereich der Antisemitismusprävention und der Unterstützung von Betroffenen auf bestehende Antidiskriminierungsangebote. Reichen diese bestehenden Angebote aus, um in diesen Bereichen nachhaltige Fortschritte zu erzielen?**

Die bestehenden Antidiskriminierungsangebote sind wichtig, aber bei weitem nicht ausreichend, um Antisemitismus wirksam und nachhaltig zu bekämpfen. Das galt bereits vor dem 7. Oktober 2023 und hat sich seither kaum verändert.

Anfang November 2023 legte die nordrhein-westfälische Landesregierung einen 10-Punkte-Plan gegen Antisemitismus vor, der auch SABRA explizit erwähnt. Das ist grundsätzlich begrüßenswert. Es wurden auch punktuell neue Stellen geschaffen – unter anderem bei uns. Auf dieser Grundlage entwickeln wir derzeit beispielsweise digitale Selbstlernmodule für Lehrkräfte. Diese Maßnahme ist zweifellos sinnvoll: Sie wurde ursprünglich als kurzfristige Reaktion auf einen akuten Bedarf konzipiert, soll aber nun als Teil einer langfristigen Gesamtstrategie verstetigt werden. Allerdings bleibt die nachhaltige Absicherung bislang unklar, da zusätzliche finanzielle Mittel weitgehend ausbleiben.

Das macht ein strukturelles Problem deutlich: Antisemitismus wird staatlicherseits noch immer nicht als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden. Vieles bleibt projektbezogen, kurzfristig und symbolisch – etwa indem einzelne Workshops durchgeführt werden anstatt systemischer Veränderungen in Bildung, Verwaltung und Gesellschaft.

Ein Umgang mit Antisemitismus, der langfristig wirksam sein soll, erfordert eine professionelle, reflektierte und strukturell verankerte Herangehensweise, insbesondere mit Blick auf die Perspektiven jüdischer Betroffener. Ein zentrales Beispiel ist die verbindliche Integration des Themas Antisemitismus in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. Damit ließe sich angehenden Lehrer\_innen grundlegendes Wissen vermitteln und eine klare Handlungskompetenz aufbauen. Eine verpflichtende Lehrveranstaltung im Studium oder im Referendariat könnte dazu beitragen, Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem zu begreifen. Aussagen wie: „Bei uns an der Schule gibt es keinen Antisemitismus, wir haben ja keine jüdischen Schülerinnen“ würden so langfristig vermieden.

Letztlich geht es dabei um politische Prioritäten: Der Schutz jüdischen Lebens und die Bekämpfung von Antisemitismus dürfen nicht bloß eine kurzfristige Reaktion auf mediale Aufmerksamkeit sein. Sie müssen dauerhaft strategisch, nachhaltig und werteorientiert verankert werden.

### **Neben all diesen Herausforderungen – können Sie aus der Zeit seit dem 7. Oktober 2023 auch Erfolge für sich verbuchen?**

Die Frage nach Erfolgen ist nicht leicht zu beantworten, zumindest nicht nach den üblichen Maßstäben. Was kann in diesem Kontext als Erfolg gelten? Und wie ließe sich dieser messen?

Aber es gibt durchaus relevante Erfahrungen. Bei über 200 (halb-)öffentlichen Veranstaltungen, die wir seit dem 7. Oktober 2023 durchgeführt haben, gab es keinen einzigen physischen Angriff auf unsere Mitarbeitenden. Das werten wir bereits als Erfolg. Daran lässt sich zugleich erkennen, dass wir hier andere Maßstäbe ansetzen müssen als in vielen anderen Arbeitsfeldern.

Auch eindeutige Fortschritte gibt es: Seit Anfang 2025 ist SABRA stärker mit europäischen Partnerorganisationen vernetzt, insbesondere im Bereich der schulischen Präventionsarbeit. Derzeit bauen wir den internationalen Austausch zu Fortbildungskonzepten und Methoden noch weiter aus.

Zudem beobachten wir, dass sich mehr Menschen öffentlich gegen Antisemitismus positionieren. SABRA wurde in den letzten zwei Jahren noch stärker zu einem Schutzraum, zu einem Ort, an dem sich Betroffene nicht erklären müssen, sondern Unterstützung erfahren.

Und schließlich können wir heute klarer als jemals zuvor einschätzen, wer es mit der Bekämpfung von Antisemitismus ernst meint und wer es lieber bei wohlklingenden Bekenntnissen belässt. Auch das ist eine wichtige Erkenntnis, die uns hilft, unsere Arbeit strategisch zu fokussieren.

# **„Nach dem 7. Oktober standen jüdische Hochschullehrende weitgehend alleine da.“**

Interview mit dem Vorstand des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender (NJH)

Prof. Dr. Julia Bernstein, Prof. Roglit Ishay und Dr. Ilja Kogan vom Vorstand des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender (NJH) im Interview über Antisemitismus an Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023. Das Interview wurde im Juni 2025 schriftlich durch den Bundesverband RIAS geführt.

**Der 7. Oktober 2023 stellte für Jüdinnen\_Juden weltweit eine Zäsur dar. Wie war die Situation für jüdische Hochschullehrende in Deutschland vor diesem Tag – und wie hat sie sich seither verändert?**

Der 7. Oktober 2023 war nicht nur eine Zäsur, er markierte für viele jüdische Menschen eine Einteilung in ein Davor und ein Danach. Der weltweite tiefe Schock über das Massaker der Hamas wirkt im jüdischen Kollektiv bis heute nach – nicht nur aufgrund der unmittelbaren Gewalt, sondern auch wegen der globalen Folgen. Weltweit und besonders in westlichen Demokratien ist seitdem die Zahl antisemitischer Vorfälle massiv gestiegen. Der Antisemitismus artikuliert sich auf Demonstrationen, in sozialen Medien, im akademischen Raum und im politischen Diskurs. Er betrifft Jüdinnen\_Juden direkt – auch in Deutschland. Die Reaktionen auf den 7. Oktober haben vielen nicht nur die eigene Verwundbarkeit spürbar gemacht, sondern zugleich offenbart, wie tief verwurzelt der Antisemitismus global – und damit auch hierzulande – weiterhin ist.

Vor dem 7. Oktober definierten sich viele jüdische Wissenschaftler\_innen in Deutschland nicht primär über ihre jüdische Identität. Einige berichteten sogar, dass sie sich erstmals in einem jüdischen Netzwerk oder explizit jüdischen Kreis engagieren – nachdem sie zuvor in überwiegend säkularen, oft progressiven akademischen Kontexten sozialisiert waren. Der 7. Oktober hat für viele nicht nur ein – oft schmerzhaftes – neues Bewusstsein ihrer Identität erzeugt oder verstärkt, sondern einige regelrecht dazu gezwungen, sich zum ersten Mal als Jüdinnen\_Juden zu fühlen – und zwar im Kontext von Antisemitismus, Ausgrenzung und offenem Judenhass.

Nach dem 7. Oktober standen zahlreiche jüdische Hochschullehrende weitgehend alleine da. Im Gegensatz zur breiten, empathischen Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine blieben vergleichbare Gesten der Solidarität vielfach aus.

Stattdessen erlebten viele bereits ab dem 8. Oktober 2023 eine rasche Relativierung des Leids, ein öffentliches „Aber“, das kaum Raum für persönliche Betroffenheit oder kollektive Trauer ließ. In vielen Kontexten war es kaum möglich biografisch, vertrauensvoll oder aus einer persönlichen Perspektive zu sprechen. Jüdische Erfahrungen wurden schnell ideologisiert oder politisiert – oft unter dem Druck einer Positionierung zu Israel oder zum Nahostkonflikt. Der Raum für jüdische Perspektiven ohne ein „Aber“, für unverstellte Trauer und kollektives Schmerzbewusstsein, war dementsprechend eingeschränkt.

All dies geschah vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Betroffene Familie oder Freunde in Israel haben – darunter auch welche, die unmittelbar vom Terror betroffen waren. Umso schmerzlicher war es, wenn ihr Umfeld wenig Empathie zeigte oder gar in antizionistische und antisemitische Narrative verfiel, die nicht selten direkt auf jüdische Lehrende und Studierende projiziert wurden. Viele solche Erfahrungen blieben unbeachtet, wurden bagatellisiert oder ignoriert.

Aus dieser Erfahrung heraus ist das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender (NJH) entstanden – als Reaktion auf das dringende Bedürfnis nach Schutz, Sichtbarkeit, Austausch und gegenseitiger Unterstützung. Es bietet einen Raum, in dem sich jüdische Wissenschaftler\_innen über ihre Erfahrungen, Identitäten und Zukunftsvisionen austauschen können – solidarisch, sicher und mit einem geteilten Verständnis für kollektive wie individuelle Betroffenheit.

### **Nach dem 7. Oktober wurden in unterschiedlichen Bereichen in Deutschland jüdische Selbstorganisationen gegründet. Wie reagierte die Öffentlichkeit auf die Gründung des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender Ende 2023?**

Im NJH fanden sich innerhalb kürzester Zeit zahlreiche jüdische Hochschullehrende aus unterschiedlichsten Fachbereichen und mit vielfältigen biografischen Hintergründen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen. Mittlerweile zählt das Netzwerk über 170 jüdische Mitglieder. Besonders hervorzuheben ist auch der breite Rückhalt durch nichtjüdische Kolleg\_innen: Über 200 Wissenschaftler\_innen

aus dem Hochschulbereich gehören inzwischen dem Unterstützungskreis an – sie bekunden damit ihre Solidarität und stellen sich in dieser herausfordernden Zeit sichtbar an die Seite ihrer jüdischen Kolleg\_innen.

In vielen akademischen, zivilgesellschaftlichen und politischen Kreisen stieß diese Initiative auf großes Verständnis. Bei näherer Betrachtung schien es für viele sehr nachvollziehbar, dass Jüdinnen\_Juden sich nach dem 7. Oktober in geschützte Räume zurückziehen möchten, dass sie nicht ständig gezwungen sein wollen, sich zu erklären, zu positionieren oder zu rechtfertigen – etwa dafür, nicht an sogenannten propalästinensischen Demonstrationen teilzunehmen. Ebenso nachvollziehbar scheint für viele zu sein, dass Menschen biografisch, existenziell oder persönlich sprechen möchten – und nicht immer gezwungen sein wollen, politisch oder ideologisch zu argumentieren.

Im politischen Raum wurde das NJH ebenfalls als wichtige und eigenständige Stimme wahrgenommen. Das Netzwerk wurde in zahlreiche fachliche und politische Initiativen eingebunden – sowohl im Bereich der Antisemitismusbekämpfung als auch bei Themen, die jüdisches Leben und jüdische Sichtbarkeit auf dem Campus betreffen. Dabei kooperiert das NJH mit anderen jüdischen Akteur\_innen und bringt dabei insbesondere die Perspektiven und Erfahrungen jüdischer Wissenschaftler\_innen in die Debatte ein.

**Im Juli 2024 veröffentlichte das NJH eine Umfrage unter seinen Mitgliedern. Diese zeigt das Ausmaß an Antisemitismus an Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz: 40 % der Befragten gaben an, seit dem 7. Oktober wegen ihrer jüdischen Identität bedroht oder belästigt worden zu sein. Hat sich seit der Umfrage aus Sicht des NJH etwas verbessert?**

Nein – im Gegenteil. Die Ergebnisse dieser ersten Umfrage waren schon ein Alarmzeichen. Seither haben viele Rückmeldungen aus unserem Netzwerk, aber auch Studien und Berichte – wie die der Recherche- und Informationsstellen

Antisemitismus<sup>1</sup> – deutlich gemacht, dass sich die Situation weiter zugespitzt hat. Der Antisemitismus ist nicht verschwunden – er ist vielmehr sichtbarer geworden, lauter, unverhohlener, aber häufig auch subtiler, eingebettet in Andeutungen, Schweigen oder Umdeutungen.

Innerhalb unseres Netzwerks zeigt sich ein vielschichtiges Bild. Viele jüdische Hochschullehrende berichten von einer tiefen Verunsicherung. Der Rückzug ist dabei nicht nur ein häufiger Schutzreflex, sondern manchmal auch eine bewusste Entscheidung – ein Versuch, sich dem ständigen Erklären, Aushalten und Kämpfen zumindest temporär zu entziehen. Es ist ein Rückzug in ein Schutzgeflecht, der Menschen notwendig erscheint, wenn sie ihre Umgebung nicht mehr als verlässlich wahrnehmen.

Im Kolleg\_innenkreis, im sozialen Umfeld oder auf dem Campus entstehen vielfach Spannungen, die deutlich zu spüren sind, jedoch nur selten offen benannt werden. Das Ungesagte lastet oft schwerer als das Ausgesprochene. Und die Energie, die es kostet, mit dieser ständigen Anspannung umzugehen, ist erheblich. Besonders für diejenigen, die nicht nur jüdisch sind, sondern auch als jüdisch wahrgenommen werden und dadurch zur Projektionsfläche für gesellschaftliche Debatten werden, sodass sie kaum noch Raum für ihre persönliche Perspektive haben.

Die Sichtbarkeit jüdischen Lebens auf dem Campus bleibt dadurch prekär. Immer wieder wird berichtet, dass auf antisemitische Vorfälle keine spürbaren Reaktionen folgen. Wenn es Stellungnahmen gibt, bleiben diese oft abstrakt – allgemeine Sätze gegen Antisemitismus, die keine konkreten Handlungen nach sich ziehen. Besonders herausfordernd sind die vielen antisemitischen Vorfälle, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen, aber dennoch zutiefst verletzend wirken. Sie betreffen nicht das Strafrecht, sondern das soziale Klima – und genau dort wirken sie nachhaltig.

1 Bundesverband RIAS, Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf),

**Die israelfeindliche Mobilisierung an Hochschulen hält nach wie vor an. Wenn israelfeindlicher Aktivismus an Hochschulen öffentlich thematisiert wird, liegt der Fokus dabei häufig auf den Studierenden – deutlich seltener wird dagegen das Handeln der Hochschulleitungen oder von Lehrenden thematisiert. Welche Rolle spielt es Ihrer Einschätzung nach?**

Alle Statusgruppen an Hochschulen sind relevant, wenn es um die Wahrnehmung und Bearbeitung von Antisemitismus geht – das betrifft nicht nur Studierende, sondern ebenso Lehrende, Hochschulleitungen und das Verwaltungspersonal. Antisemitismus lässt sich weder auf eine einzelne Schicht noch auf eine bestimmte Gruppe reduzieren. Es wäre deshalb verkürzt, das Problem etwa nur bei Teilen der Studierenden oder ausschließlich bei der Leitungsebene zu verorten.

Was wir erleben, ist ein Zusammenwirken verschiedener Ebenen, das in der Summe ein feindliches Klima erzeugt – ein Klima, in dem die Sichtbarkeit als Jüdin\_Jude zu einer Belastung werden kann. Viele Jüdinnen\_Juden – besonders jene, die in der Forschung oder Lehre zu jüdischen Themen arbeiten oder israelische Staatsbürger\_innen sind – erleben, dass ihre Zugehörigkeit, ihre Themenwahl oder schlicht ihre Existenz auf dem Campus zum Gegenstand von Projektionen, Ausgrenzung oder sogar Bedrohung wird bzw. dass sie schlichtweg als Provokation empfunden wird.

Daher ist es entscheidend, dass Hochschulangehörige ihre Verantwortung im Umgang mit Antisemitismus nicht von sich weisen.

Hochschulleitungen stehen in der Pflicht, nicht nur formal auf ihr Hausrecht zu pochen, sondern sich auch klar und öffentlich von israelfeindlichen Äußerungen, Handlungen oder Übergriffen zu distanzieren – und sie als das zu benennen, was sie sind: Ausdruck von israelbezogenem Antisemitismus. Das Schweigen oder die Neutralisierung antisemitischer Vorfälle – beispielsweise durch allgemeine Verweise auf die Meinungsfreiheit – trägt zu einer Normalisierung und Verharmlosung von Antisemitismus bei.

Ebenso wichtig ist die pädagogische und bildungsbezogene Arbeit: Es braucht Formate zur Sensibilisierung für verschiedene aktuelle Formen von Antisemitismus – nicht nur für Studierende, sondern auch für Mitarbeitende auf allen Ebenen der Hochschule. Besonders wichtig ist eine Auseinandersetzung mit israelbezogenem Antisemitismus und mit dessen Wirkung auf Jüdinnen\_ Juden in der Diaspora, die zunehmend zum Ziel von Anfeindungen oder Projektionen von Israelhass werden.

Das NJH hat in diesem Bereich bereits konkrete Beiträge geleistet: Wir haben Materialien und Empfehlungen für Hochschulen entwickelt, die auf unserer Website zugänglich sind. Außerdem organisieren wir Vortragsreihen, die diese Themen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Unser Ziel ist es, zur Aufklärung, zum Schutz und zur Stärkung jüdischen Lebens auf dem Campus beizutragen und Antisemitismus dort zu bekämpfen – gerade in einem Klima, das vielen als zunehmend feindlich erleben.

### **Welche konkreten Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht notwendig, um die Situation von Jüdinnen\_ Juden an Hochschulen zu verbessern?**

Das Wichtigste ist: reagieren! Jeder antisemitische Vorfall muss ernst genommen und sichtbar gemacht werden – unabhängig davon, ob er strafbar ist oder nicht. Denn Antisemitismus ist kein abstraktes Phänomen, sondern berührt reale Erfahrungen und hat reale Auswirkungen auf das Leben und Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen – auch im Hochschulkontext. Antisemitismus, der nicht als solcher benannt wird, bleibt wirksam.

Gerade bei Vorfällen, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen, nutzt die universitäre Öffentlichkeit – also Gremien, Lehrveranstaltungen oder die Kommunikation von Hochschulleitungen – viel zu selten den Raum, der ihr zur Verfügung steht. Anstatt einer klaren Haltung herrscht häufig ein zögerliches Abwarten. Dahinter steht oft die falsche Prämisse, man würde einem konkreten Vorfall zu viel Bedeutung beimessen, wenn man ihn offen thematisierte. Für Jüdinnen\_ Juden bedeutet das in der Praxis, dass Antisemitismus nicht sichtbar gemacht, sondern normalisiert wird – und zwar nicht in Form einer offenen Debatte, sondern als belastende Realität.

Hinzu kommt die Angst davor, feststellen zu müssen, dass Antisemitismus auch in den eigenen Reihen – im Kollegium, in der Studierendenschaft, in der eigenen Institution – existiert. Dies bleibt für viele Hochschulen eine große Hürde. Doch wer wirksam gegen Antisemitismus vorgehen will, muss genau diese Angst überwinden. Nur durch eine ehrliche und mutige Auseinandersetzung mit antisemitischen Tendenzen im eigenen Umfeld kann echtes Verantwortungsbewusstsein entstehen.

Was es braucht, ist ein klar erkennbares Klima der Verantwortung. Die von der Bundesregierung übernommene Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) muss nicht nur zitiert, sondern konsequent angewandt werden. Universitäten müssen wieder zu Orten werden, an denen Auseinandersetzung möglich ist – nicht ideologisch überhitzt, sondern diskursiv, offen und reflektiert. Dafür braucht es Räume, in denen jüdische Perspektiven selbstverständlich und geschützt artikuliert werden können. Momentan sind solche Räume nur unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen möglich.

Unsere Erfahrung zeigt, dass Jüdinnen\_Juden auch an Hochschulen nicht nur wegen ihrer Ansichten oder Positionen angefeindet werden, sondern schlicht, weil sie jüdisch sind. Der Hass wird oft sprachlich umgedeutet – mit Zuschreibungen wie „Zionisten“, „Rothschilds“, „Apartheidbefürworter“ oder „Faschisten“. Doch diese Codes haben konkrete Folgen: Viele trauen sich nicht mehr, auf dem Campus Hebräisch zu sprechen, jüdische Symbole zu tragen oder ihre Zugehörigkeit zum Judentum offen zu zeigen. Das darf nicht zur Normalität werden.

Jüdinnen\_Juden haben das Recht, geschützt und unbeschwert am akademischen Leben teilzuhaben. Es ist die Aufgabe der Hochschulleitungen, das zu gewährleisten. So wie inzwischen Gleichstellungsbeauftragte an Hochschulen, ungeachtet der Länder- und Standortspezifika, selbstverständlich sind, sind qualifizierte und explizit dafür geschulte Antisemitismusbeauftragte von zentraler Bedeutung für den nachhaltigen Schutz jüdischen Lebens im akademischen Raum. Antisemitische und israelfeindliche Angreifer\_innen müssen die Konsequenzen ihres Handelns durch entsprechende Maßnahmen an den jeweiligen Universitäten erfahren – von einer Abmahnung über ein Hausverbot bis hin zur Exmatrikulation.

Darüber hinaus braucht es ein gemeinsames Engagement aller Statusgruppen – also von Lehrenden, Studierenden, Hochschulleitungen und Verwaltungspersonal. Das erfordert Zeit, Auseinandersetzung und eine klare Haltung. Außerdem benötigen wir Formate zur Sensibilisierung für Antisemitismus, praktische Schutzmaßnahmen, benennbare Zuständigkeiten und eine konsequente Kommunikation. Jüdinnen\_Juden müssen tatsächlich gehört werden – nicht als Ausnahme, sondern als selbstverständlicher Teil des universitären Lebens.

# Antisemitismus an deutschen Universitäten – Versuch einer juristischen Intervention

Kristin Pietrzyk

*Rechtsanwältin*

Seit dem Terrorangriff der Hamas und ihrer Verbündeten auf Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Kriegen hat sich die Debatte um Antisemitismus an deutschen Hochschulen zugespitzt. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen zum einen Besetzungen an Universitäten. Dabei kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen und Symbolik der Hamas wurde verwendet. Zum anderen gab es einen massiven gewaltsamen Übergriff gegen einen Studierenden der Freien Universität Berlin (FU), nachdem dieser sich kritisch gegenüber den antiisraelischen Protestierenden an der FU Berlin geäußert hatte. Der Täter wurde inzwischen wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Das Gericht berücksichtigte bei seiner Entscheidung das antisemitische Tatmotiv.\*<sup>1</sup> Die FU Berlin ließ antiisraelische Proteste, bei denen antisemitische Inhalte zum Ausdruck gebracht wurden, an der Universität nicht nur zu sondern intervenierte auch nicht – selbst nachdem jüdische Studierende sie darauf hinwiesen, dass es sich dabei nicht mehr um eine universitäre Debatte über einen territorialen Konflikt handelte, sondern dass jüdischen Studierenden an der Universität mit Ablehnung bis hin zur Bedrohung begegnet wurde. Die Universität trug damit zu einer Stimmung bei, die eine solche Tat, wie sie gegen den Studierenden verübt wurde, ermöglichte. Der Betroffene hat gegen die FU Berlin geklagt. Zentraler Vorwurf seiner Klage ist, dass die FU ihn und andere jüdische Studierende nicht ausreichend vor antisemitischen Übergriffen und Ausgrenzung geschützt habe, obwohl der Schutz der körperlichen Unversehrtheit auch Aufgabe des Staates und Körperschaften wie der Universität ist.<sup>2</sup>

\* Anmerkung der Redaktion: Die Autorin ist Anwältin des Betroffenen.

1 Hauptverhandlung der Strafsache mit dem Aktenzeichen 264 Ls 1021/24 vom 17.04.2025 im Amtsgericht Tiergarten, Berlin.- mündliche Urteilsbegründung; Max Kolter, „Wenn das kein Antisemitismus sein soll, was denn dann?“, Legal Tribune Online, 17. April 2025, abgerufen am 10. Juli 2025, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ag-berlin-tiergarten-264ls102424-urteil-haft-shapira-angriff-antisemitisch>.

2 „Lahav Shapira klagt gegen Freie Universität Berlin“. Legal Tribune Online, 26. Juni 2024, abgerufen am 10. Juli 2025, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/lahav-shapira-klage-fu-berlin-antisemitismus>.

Die Klage, die vor dem Verwaltungsgericht Berlin verhandelt wird, ist ein Präzedenzfall, der weit über die juristische Fachöffentlichkeit hinaus grundlegende Fragen aufwirft – zu Grundrechten, staatlicher Schutzverantwortung, Meinungsfreiheit, Hausrecht und Antidiskriminierungsrecht, aber auch zur Freiheit in Lehre und Forschung. Verfassungsrechtlich betrachtet besteht ein Spannungsfeld zwischen Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG), also der Meinungsfreiheit, Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 GG, dem Diskriminierungsverbot, Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG, dem Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie dem staatlichen Schutzauftrag.<sup>3</sup> Auf der Ebene der einfachen Gesetze, also solche die keinen Verfassungsrang haben (im Folgenden: einfachgesetzlich genannt), sind u. a. § 5b Abs. 2 des Berliner Hochschulgesetzes, also die Verpflichtung der Hochschulen Diskriminierungen zu beseitigen und zu verhindern sowie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und das Strafrecht betroffen.

Dieser Beitrag will den Fall analysieren, die Hintergründe beleuchten und seine gesellschaftspolitische Relevanz herausstellen, insbesondere mit Blick auf zentrale rechtliche und gesellschaftspolitische Fragen. Im ersten Abschnitt wird ein Überblick über den Konflikt an der FU Berlin gegeben, einschließlich der anschließenden Klage. Im zweiten Abschnitt wird der Konflikt an der FU Berlin anhand der Situation an Hochschulen und des dort anzutreffenden Antisemitismus kontextualisiert. Im dritten Abschnitt werden zentrale rechtliche und ethische Fragen diskutiert, darunter die staatlichen Schutzpflichten und die Schutzpflichten der Hochschulen, das Verhältnis von Meinungsfreiheit und Hassrede sowie die Frage, wem die Gewalt zuzurechnen ist, die im Kontext von an Hochschulen stattfindenden Konflikten verübt wird. Schließlich werden im vierten Abschnitt die Ziele der Klage zusammengefasst.

3 Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 15. Februar 2006, Aktenzeichen Az.: 1 BvR 357/05.

## Überblick – Der Konflikt an der Freien Universität Berlin

Der Kläger studiert an der Freien Universität Berlin (FU). Es war nicht die erste Erfahrung mit antisemitischer Gewalt in der Familie des Betroffenen.<sup>4</sup> Nach dem 7. Oktober 2023 stellte sich der Kläger aktiv Gewaltaufrufen gegen Israelis und Jüdinnen\_Juden entgegen – auch an seiner Universität. Insbesondere argumentierte er gegen die terrorverherrlichende und das Existenzrecht Israels ablehnende Rhetorik von Protestierenden. Diese warfen ihm vor, Plakate zu antiisraelischen Protesten an der FU entfernt zu haben. Tatsächlich hatte der Kläger, wie gerichtlich festgestellt wurde, antisemitische Plakate der Organisation „Young Struggle“ entfernt, die etwa die Massaker vom 7. Oktober als „Gefängnisausbruch“ und „Al-Aksa-Flut“ glorifizierten.<sup>5</sup> Plakate, die lediglich die Rhetorik des israelischen Ministers für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, kritisierten, ließ er dagegen unberührt. Er berichtete später, dass antiisraelische Protestierende an der FU während ihrer Aktionen anderen Studierenden den Zugang zu Universitätsgebäuden versperrt sowie Beleidigungen und Bedrohungen gegen sie ausgesprochen hatten.<sup>6</sup> Eine dieser Personen wurde wegen Nötigung verurteilt.<sup>7</sup> Die Universität griff dabei nicht ein. Damit wurde bei jüdischen Studierenden der FU ein Klima der Angst vor Anfeindungen befördert, dass ihnen den freien Zugang zur Universität vereitelte.

4 Frank Jansen, „Antisemitischer Angriff auf Juden aus Israel in Berlin“, *Der Tagesspiegel*, 6. Januar 2015, abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/eine-tragodie-aus-deutschland-3601912.html>.

5 Mündliche Verhandlung des Strafverfahrens mit dem Aktenzeichen 264 Ls 1021/24 vom 17.04.2025 im Amtsgericht Tiergarten, Berlin.

6 Nicholas Potter, „Ich hätte sterben können“ [Interview mit Lahav Shapira], *Die Tageszeitung*, 23. April 2024, abgerufen am 10. Juli 2025. <https://taz.de/Lahav-Shapira-zu-antisemitischem-Angriff!/6080635/>.

7 Legal Tribune Online: „Mann verurteilt, weil er Lahav Shapira den Zugang verweigerte“, 17. Juli 2025, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/ag-tiergarten-lahav-shapira-hoersaal-blockade-urteil-noetigung>.

## Eskalation seit Oktober 2023

Die Beschreibungen der Situation vom Kläger ähneln den Erfahrungen vieler jüdischer Studierender und sind somit Teil der bitteren Realität an deutschen Universitäten. Auch die Eskalation der antiisraelischen Proteste seit Oktober 2023 lässt sich am Beispiel der FU chronologisch nachvollziehen.

In den Wochen nach dem 7. Oktober 2023 fanden antiisraelische Kundgebungen und Demonstrationen statt – zunächst auf dem Vorplatz der Mensa, dann in den Räumen der Universität.

Am 14. Dezember 2023 besetzte eine Gruppe antiisraelischer Aktivist\_innen einen Hörsaal und verweigerte Außenstehenden den Zutritt. Antisemitismuskritische Studierende, darunter auch jüdische Studierende wie der Kläger, wurden gezielt ausgeschlossen. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA), die offizielle Vertretung der Studierenden, bestätigte anschließend in seiner Stellungnahme, dass friedliche proisraelische Studierende ausgeschlossen worden waren.<sup>8</sup> Sicherheitsdienste waren zwar anwesend, griffen jedoch nicht ein. Erst nach mehreren Stunden wurde der Hörsaal von der Polizei geräumt.<sup>9</sup>

In der Zeit nach der Hörsaalbesetzung wurde der Kläger in internen universitären WhatsApp-Gruppen als „Zionist“ im Sinne einer Feindmarkierung bezeichnet. Am 2. Februar 2024 erfolgte der antisemitisch motivierte Angriff auf den Kläger. Der Betroffene trug multiple Verletzungen davon – unter anderem im Gesicht –, die operativ versorgt werden mussten. Im anschließenden Strafverfahren gegen den Täter stufte das Amtsgericht Tiergarten die Verletzungen als potenziell lebensbedrohlich

8 „Stellungnahme zur Besetzung des Hörsaals 1a am 14. Dezember 2023“, Allgemeiner Studierendenausschuss der FU Berlin, 15. Februar 2024, abgerufen am 10. Juli 2025, <https://astafu.de/node/593>.

9 Jan Alexander Casper, „Hörsaal-Besetzung ‚zeitweise geduldet‘, weil Uni Raum zum ‚offenen Austausch‘ sah“, Die Welt, 18. Dezember 2023, abgerufen am 10. Juli 2025, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249084296/Judenhass-an-Hochschulen-Exmatrikulation-darf-nicht-ausgeschlossen-sein.html>; Alisa Schellenberg, „Wir kommen wieder“, Die Zeit, 15. Dezember 2023, abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.zeit.de/campus/2023-12/palaestina-aktivisten-fu-berlin-besetzung-hoersal-israel>.

ein. Angesichts der Schwere der Verletzungen in Form von Schädelbrüchen habe es nur vom Zufall abgehungen, dass der Kläger infolge der Schläge und des Tritts nicht noch stärkere Gesundheitsschäden erlitt oder gar starb.<sup>10</sup>

Die FU Berlin erklärte, dass sie jegliche Form von Antisemitismus verurteile. Auf Nachfragen von Studierenden reagierte die Universitätsleitung jedoch lediglich mit allgemeinen Hinweisen auf die Meinungsfreiheit und ihre Hausordnung.<sup>11</sup> Konkrete Maßnahmen – etwa Hausverbote, Disziplinarverfahren oder Schutzkonzepte – waren vor dem Angriff auf den Kläger nicht ersichtlich.

### Die Klage gegen die FU Berlin

Im März 2024 reichte der Kläger beim Verwaltungsgericht Berlin Klage gegen die FU Berlin ein. Die Klage zielt nicht auf Schadensersatz, sondern auf die Feststellung einer Verletzung der Pflicht der Universität gegenüber Studierenden, ein diskriminierungsfreies Studiumfeld zu schaffen, zu sichern und zu erhalten. Ziel ist damit auch Studierende aus marginalisierten Gruppen einen unbegrenzten Zugang zu Bildungseinrichtungen zu gewährleisten.

Zentraler Punkt der Klage ist die Frage, ob § 5b Absatz 2 des Berliner Hochschulgesetzes einzelnen Student\_innen einen Anspruch auf ein diskriminierungsfreies Studiumfeld zusichert.

Die mit der Wendung „Hochschule der Vielfalt“ betitelte Vorschrift verspricht, dass die Hochschulen des Landes Berlin auf die Gleichstellung aller Menschen und eine diskriminierungsfreie Bildung hinwirken. Studierende sollen sich diskriminierungsfrei entfalten können. Insbesondere in Absatz 2 der Regelung heißt es:

10 Mündliche Verhandlung des Strafverfahrens mit dem Aktenzeichen 264 Ls 1021/24 vom 17.04.2025 im Amtsgericht Tiergarten, Berlin.

11 Noam Petri, „An Ihrer Universität werden Juden ausgegrenzt, Herr Ziegler. Sie tun nichts. Wovor haben Sie Angst?“, *Die Welt*, 22. Dezember 2023, abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249166442/FU-Berlin-Offener-Brief-an-den-Praesident-An-der-Universitaet-werden-Juden-ausgegrenzt-Sie-tun-nichts.html>.

„Die Hochschulen sind verpflichtet, Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der sexuellen und geschlechtlichen Identität sowie der sozialen Herkunft und des sozialen Status zu verhindern und bestehende Diskriminierungen zu beseitigen. Zu diesem Zweck entwickelt jede Hochschule ein Konzept der Antidiskriminierung und Diversität. Dazu gehört auch die Analyse von Benachteiligungen, die Ermittlung ihrer Ursachen und die Umsetzung von Maßnahmen zum Abbau von individuellen und strukturellen Barrieren. Zum Abbau bestehender Nachteile können positive Maßnahmen getroffen werden, soweit sie verfassungsrechtlich oder einfachgesetzlich zulässig sind.“<sup>12</sup>

Rechtlich steht die Frage im Raum, ob die Universität ihrer Organisations- und Fürsorgepflicht gerecht wurde – oder ob sie durch Untätigkeit gegenüber bekannten Gefahren eine Schutzlücke zulasten jüdischer Studierender schuf.

### Ein Fall mit Signalwirkung

Das Urteil könnte zum juristischen Präzedenzfall werden. Die Klage thematisiert nicht nur einen Einzelfall, sondern das strukturelle Verhältnis zwischen Meinungsfreiheit, Antidiskriminierung und Schutzpflichten der Hochschule. Schon jetzt entfaltet der Fall gesellschaftspolitische Sprengkraft und wirft grundlegende Fragen auf: Wie sicher sind Minderheiten an deutschen Universitäten? Ist die Berufung auf Meinungsfreiheit ausreichend, wenn einzelne Gruppen konkret gefährdet werden? Welche Verantwortung haben öffentliche Bildungseinrichtungen auch jenseits juristischer Minimalstandards?

12 § 5b Abs. 2 Berliner Hochschulgesetz (BerHGG). [Hervorhebungen erfolgten durch die Redaktion]

## Antisemitismus an deutschen Hochschulen

Der Angriff der Hamas und ihrer Verbündeten auf Israel am 7. Oktober 2023 ließ auch in der deutschen Gesellschaft antisemitische Tendenzen deutlicher zutage treten. Das spiegelt sich auch in der stark gestiegenen Anzahl antisemitischer Vorfälle an Hochschulen wider: Die Zahl der von den Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) dokumentierten Vorfälle verdreifachte sich nahezu von 151 Vorfällen 2023 auf 450 Vorfälle 2024. 2022, also im letzten vollständigen Jahr vor dem 7. Oktober, hatte RIAS lediglich 23 solcher Vorfälle registriert.<sup>13</sup> Den Anstieg antisemitischer Vorfälle an Hochschulen bestätigt auch die Jüdische Studierendenunion.<sup>14</sup> Neben jüdischen Lehrenden sind jüdische Studierende davon besonders betroffen. Sie berichten vermehrt von Anfeindungen, Ausgrenzung und einem Klima der Angst, dem die Hochschulen entweder gar nicht oder nicht entschieden genug entgegenzutreten.

Dieser Antisemitismus nimmt den 7. Oktober und die darauffolgenden Kriege zum Anlass, um mit einer gewaltverherrlichenden Rhetorik antisemitische Inhalte zu artikulieren. Dabei tarnt er sich als vermeintlich legitime Israelkritik bzw. als Kritik an der Art und Weise des militärischen Vorgehens Israels. Antiimperialistische und postkoloniale politische Gruppierungen nutzen teilweise den arabisch-israelischen Konflikt, um Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus an Hochschulen zu verbreiten.<sup>15</sup> Die Hochschulen selbst begünstigen durch ihre Passivität die Herausbildung einer antisemitischen Meinungshegemonie.

13 Bundesverband RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf), S. 29 ff.

14 American Jewish Committee Berlin und Jüdische Studierendenunion Deutschland, *Lagebericht Antisemitismus an Hochschulen*, 2025, [https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht\\_digital.pdf](https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf).

15 Siehe dazu auch „Free the World from Israel“ – *Antisemitismus auf Versammlungen infolge des 7. Oktober 2023*, S. 53.

### Hochschulen als politische Räume

Gerade weil sich Universitäten als Orte freien Denkens, kritischer Debatte und wissenschaftlicher Pluralität verstehen, wird dies zur Herausforderung, wenn politische Konflikte auf dem Campus zu Polarisierung, Einschüchterung oder gar zu Gewalt führen und die davon Betroffenen sich aufgrund fehlender Solidarität – sowohl von Kommiliton\_innen als auch von der Hochschulverwaltung – an externe Fachprojekte oder staatliche Autoritäten wenden müssen, um Unterstützung und Schutz zu erhalten.

Gerade in angespannten politischen Situationen zeigt sich, ob eine Hochschule ihre Verantwortung gegenüber schutzbedürftigen Gruppen tatsächlich ernst nimmt und ihren Raum gegen politisch motivierte und zum Teil universitätsexterne Agitator\_innen verteidigt. Meinungsfreiheit endet praktisch dort, wo sie als Deckmantel für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit dient.

## Zentrale rechtliche und ethische Fragen

### Staatliche Schutzpflichten und Garantenstellung der Hochschulen

Hochschulen tragen als öffentliche Einrichtungen eine besondere Verantwortung für die Sicherheit ihrer Mitglieder. Die Schutzpflichten aus Art. 1 Abs. 1 GG, dem Schutz der Menschenwürde, in Verbindung mit Art. 3 Abs. 3 GG, dem Diskriminierungsverbot, verpflichten sie zu einer aktiven Bekämpfung von Diskriminierung. Diese Schutzpflicht konkretisiert sich einfachrechtlich durch § 5b Abs. 2 BerlHG, die Verpflichtung der Hochschulen Diskriminierung zu verhindern, sowie durch das AGG.

### Meinungsfreiheit versus Hassrede

Die Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 GG ist ein zentrales Grundrecht. Es unterliegt aber Schranken nach Art. 5 Abs. 2 GG. Dazu zählen allgemeine Gesetze wie das Strafgesetzbuch. Beispielsweise sind Äußerungen, die die Straftatbestände der Volksverhetzung, der Beleidigung oder der Aufforderung zu Straftaten erfüllen, nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Wo die Meinungsfreiheit endet und wo eine antisemitische Diskriminierung beginnt, welche die Hochschule zum Einschreiten zwingt, ist jedoch schwer auszumachen. Insbesondere der schwelende Streit über verschiedene Definitionen von Antisemitismus erschwert eine juristische Einordnung. Antiisraelische Akteur\_innen berufen sich gerne auf die von Widersprüchen, Inkohärenzen und Leerstellen geprägte Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA), um ihre Positionen zu legitimieren. Nach der JDA ist es nicht per se antisemitisch, Israels Existenzrecht zu negieren. Dasselbe gilt für bestimmte Formen der Relativierung der Schoa, wie Gleichsetzungen Israels mit dem Nationalsozialismus.

Ein Beispiel hierfür wurde am 1. August 2024 an einer Hochschule in Jena (Thüringen) dokumentiert. In Reaktion auf eine dort angebrachte antisemitische Schmiererei mit dem Inhalt „Another genocide will not undo the Holocaust! Free Palestine“ wurde dort „from Hamas“ hinzugefügt und der Schriftzug „Bitte hör selbst auf, den Holocaust zu instrumentalisieren.“ angebracht. Letztere Aussage wurde in der

Folge mit einem roten Marker durchgestrichen und mit „Zionismus ist Faschismus!“ kommentiert. Die hier zu Tage tretende antisemitische Schuldabwehr und Gleichsetzung israelischer Militäroperationen mit der Schoa werden von der JDA nicht adressiert. Grundsätzliche Delegitimierungen des Zionismus, wie die in dem Beispiel zuletzt vorgenommene Gleichsetzung von Zionismus mit Faschismus gelten der Erklärung zufolge hingegen nicht als per se antisemitisch.<sup>16</sup> Die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)<sup>17</sup> bietet hingegen einen differenzierteren Rahmen zur Einordnung von Aussagen, die als antisemitisch gelten können. Es gibt aber auch Aussagen, die beiden Definitionen zufolge als antisemitisch anzusehen sind – etwa wenn Jüdinnen/Juden kollektiv für die Politik oder Handlungen des Staates Israel verantwortlich gemacht werden.

### Gewalt und Zurechnung

Die gegenüber dem Kläger eingesetzte Gewalt ist – obwohl sie vor allem außerhalb des Campus ausgeübt wurde – zum Verantwortungsbereich der Hochschule zu rechnen. Auch Vorfälle außerhalb einer Hochschule können dieser zugerechnet werden, wenn sie im Kontext einer eskalierenden Bedrohungslage stehen, der nicht angemessen begegnet wurde. Das Umfeld, in dem die Auseinandersetzungen zwischen antiisraelischen und jüdischen Studierenden eskalieren konnten, nahm seinen Anfang in den Räumen der Universität und verlagerte sich von dort aus in den Bereich außerhalb der Hochschule. Hätte die Hochschule frühzeitig Handlungen Einhalt geboten, die eine antiisraelische Hegemonie auf dem Campus befördert haben, wäre die Hemmschwelle erheblich höher gewesen, jüdische Studierende aufgrund ihrer Meinung und Herkunft außerhalb des Campus anzugreifen. Der verurteilte Täter gab im Strafverfahren vor dem Amtsgericht selbst an, den Kläger wegen dessen Entfernen antisemitischer Plakate an der FU und seiner Äußerungen in einer Chatgruppe von Lehramtsstudierenden geschlagen und getreten zu haben. Dies gipfelte in der gewaltverherrlichenden Kommentierung der Tat in

16 Tanja Kinzel und Daniel Poensgen, *Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA): Eine kritische Analyse*. RIAS Working Paper Nr. 01/24, [https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02\\_RIAS\\_Working-Paper-2.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf).

17 Bundesverband RIAS, *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus*, [https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition\\_Handbuch.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf).

einem höchstwahrscheinlich von einem Begleiter des Täters verfassten Video, das während der Tat am Tatort aufgenommen wurde. Darin sind die Worte zu hören: „[Name des Täters] hat diesen Judenhurensohn totgeschlagen“.<sup>18</sup>

Aus dem Genannten ergibt sich eine Reihe von ethischen Fragen, die bislang nicht ausreichend diskutiert wurden: Müssen Hochschulen mehr als neutrale Diskussionsräume sein? Tragen Hochschulen eine ethische Verantwortung für den Schutz von Menschen, die besonderen Bedrohungen ausgesetzt sind? Darf politischer Aktivismus in Ausgrenzung münden?

Der Rückzug der FU auf allgemeine Grundsätze wie Meinungsfreiheit oder Pluralität vermag die aufgeworfenen Fragen nicht zu beantworten. Pluralismus verlangt Offenheit. Offenheit kann jedoch nur gelebt werden, wenn diejenigen, die sich unter Preisgabe ihrer Meinung und Geschichte an Diskussionen und Austausch beteiligen, auch vor antisemitisch motivierter Gewalt durch politische Gegner\_innen geschützt werden. Hochschulen müssen Sprech- und Debattenräume nicht nur für alle zur Verfügung stellen, sondern auch gegen Vereinnahmung und Homogenisierung schützen – auch für Jüdinnen\_Juden.

18 Mündliche Verhandlung des Strafverfahrens mit dem Aktenzeichen 264 Ls 1021/24 vom 17.04.2025 im Amtsgericht Tiergarten, Berlin.

## Die Perspektive der Betroffenen

„Jüdische Studenten wurden aktiv daran gehindert, in den Hörsaal zu gelangen und aufgefordert, den Hörsaal nach erfolgreichem Eintritt zu verlassen.“

Noam Petri, offener Brief an die FU Berlin<sup>19</sup>

Die Aussagen Betroffener machen deutlich, dass es sich bei dem Kläger nicht um einen Einzelfall handelt. Vielmehr scheint sich ein Muster systematischer Unsichtbarmachung und Verunsicherung zu etablieren, das jüdische Studierende in ihren Grundrechten beeinträchtigt. Die Untätigkeit der Hochschulen lässt bei den Betroffenen ein Gefühl der Verunsicherung und Vereinzelung entstehen. Wenn Hochschulen ihrem Auftrag, ein diskriminierungsfreies Bildungsumfeld zu schaffen und zu erhalten, nicht gerecht werden, schließen sie damit Studierende vom Zugang zu Bildung aus. Wenn Studierenden von anderen Studierenden oder gar von externen Protestierenden der Zugang zu Räumen der Hochschule verweigert wird oder diese gar verbal und körperlich von ihnen angegriffen werden und die Hochschule untätig bleibt, sind sie gezwungen, eigene Strategien des Umgangs zu finden. Dies wird unweigerlich darin münden, dass jüdische Studierende universitäre Räume meiden. Geschieht dies, haben Hochschulen versagt und können ihrem Bildungsauftrag nicht mehr nachkommen.

Die Versäumnisse der Hochschulen bestehen vor allem im späten Eingreifen in Fällen einer Übernahme von universitären Räumen durch einzelne Gruppen, in mangelnder Transparenz im Umgang mit solchen Vorfällen und in fehlender Ansprechbarkeit bei Fällen von Ausgrenzung und Diskriminierung. Diese Defizite sind auf ein strukturelles Versagen bei der Erfüllung der einfachgesetzlichen Pflichten zu suchen. Der Freien Universität Berlin mangelt es an klaren Schutzkonzepten für marginalisierte Gruppen von Studierenden. Wenden diese Studierenden sich dann an die Hochschule, so verweigert diese eine offene und transparente Kommunikation, die dazu beitragen könnte, dass die betroffenen Studierenden sich wahrgenommen und aufgehoben fühlen. Die Defizite gipfeln schließlich in fehlenden Sanktionen gegen Verantwortliche für Hetze und Übergriffe. Das betrifft nicht nur Antisemitismus,

19 Petri, An Ihrer Universität werden Juden ausgegrenzt.

sondern auch andere Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung, wie ein Fall vom 10. Juli 2024 zeigt, bei dem ein Student aus Kamerun von einem Kommilitonen auf dem Gelände einer Hochschule in Kleve (Nordrhein-Westfalen), angegriffen wurde. Der Betroffene vermutet ein rassistisches Motiv und sieht sich aufgrund fehlender Sanktionen seitens der Hochschule gegen den Täter alleingelassen.<sup>20</sup>

### Ziele der Klage

Die Klage zielt daher auf eine generelle Verbesserung der Situation aller potenziell von Diskriminierung betroffenen Studierenden. Die FU Berlin soll dazu bewegt werden, klare Schutz- und Deeskalationskonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Dabei gilt es als unerlässlich, unabhängige Anlaufstellen für von Diskriminierung betroffene Studierende zu schaffen und diese personell und materiell ausreichend auszustatten. Mittel des Hausrechts müssen in Eskalationsfällen konsequent und umgehend ausgeschöpft werden. Personal und Studierende müssen über Erscheinungsformen und Auftreten von Antisemitismus sowie andere Diskriminierungsformen aufgeklärt und sensibilisiert werden. Diese Anforderungen stellt bereits das Berliner Hochschulgesetz an die Hochschulen des Landes. Die Umsetzung wurde jedoch nicht sichergestellt.

Der Prozess gegen die FU Berlin ist damit mehr als eine juristische Auseinandersetzung. Er ist ein Symbol für die Frage, ob demokratische Institutionen in der Lage sind, in Krisenzeiten den Schutz von Minderheiten zu gewährleisten. Hochschulen dürfen nicht zur Bühne für Menschenfeindlichkeit werden. Sie müssen Schutz-, Denk-, Lern- und Debattenräume für alle bleiben.

20 „Das war ein Mordversuch“, *Rheinische Post*, 3. August, abgerufen am 3. Juli 2025, [https://rp-online.de/nrw/staedte/kleve/kleve-messerangriff-auf-gelaende-der-hochschule-opfer-spricht-ueber-tat\\_aid-117090325](https://rp-online.de/nrw/staedte/kleve/kleve-messerangriff-auf-gelaende-der-hochschule-opfer-spricht-ueber-tat_aid-117090325).

## Literatur und Quellen

- Allgemeiner Studierendenausschuss der FU Berlin. „Stellungnahme zur Besetzung des Hörsaals 1a am 14. Dezember 2023“. *Allgemeiner Studierendenausschuss der FU Berlin*. 15. Februar 2024. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://astafu.de/node/593>.
- American Jewish Committee Berlin und Jüdische Studierendunion Deutschland. *Lagebericht Antisemitismus an Hochschulen*. 2025. [https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht\\_digital.pdf](https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf).
- Amtsgericht Tiergarten. Urteil vom 17. April 2025. Aktenzeichen 264 Ls 1021/24.
- Berliner Morgenpost. „Mitarbeiter bedroht – Mit Äxten und Knüppeln: Details zur FU-Besetzung schockieren“. *Berliner Morgenpost*. 20. November 2024. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.morgenpost.de/berlin/article407728478/mit-aexten-und-knueppeln-details-zur-fu-besetzung-schockieren.html>.
- Bundesverband RIAS. *Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*. [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf).
- Bundesverband RIAS. *Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus*. (Bundesverband RIAS 2020), [https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition\\_Handbuch.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf).
- Bundesverfassungsgericht. Urteil vom 15. Februar 2006. Aktenzeichen 1 BvR 357/05.
- Casper, Jan Alexander. „Hörsaal-Besetzung ‚zeitweise geduldet‘, weil Uni Raum zum ‚offenen Austausch‘ sah“. *Die Welt*. 18. Dezember 2023. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249084296/Judenhass-an-Hochschulen-Exmatrikulation-darf-nicht-ausgeschlossen-sein.html>.
- Der Spiegel. „Deutsche Neonazis halfen Olympia-Attentätern“. *Der Spiegel*. 17. Juni 2012. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/muenchen-1972-deutsche-neonazis-halfen-olympia-attentaetern-a-839309.html>.

- Jansen, Frank. „Antisemitischer Angriff auf Juden aus Israel in Berlin“. *Der Tagesspiegel*. 6. Januar 2015. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/eine-tragodie-aus-deutschland-3601912.html>.
- Kinzel, Tanja und Poensgen, Daniel. *Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA): Eine kritische Analyse*. RIAS Working Paper Nr. 01/24. [https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02\\_RIAS\\_Working-Paper-2.pdf](https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf).
- Kolter, Max. „Wenn das kein Antisemitismus sein soll, was denn dann?“. *Legal Tribune Online*. 17. April 2025. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.lto.de/recht/hintergruende/hag-berlin-tiergarten-264ls102424-urteil-haft-shapira-angriff-antisemitisch>.
- Kushner, Harvey W., „Munich Olympic Massacre“ In *Encyclopedia of Terrorism*, herausgeben von Harvey W. Kushner. Sage, 2003, S. 248.
- Legal Tribune Online. „Lahav Shapira klagt gegen Freie Universität Berlin“. *Legal Tribune Online*. 26. Juni 2024. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.lto.de/recht/nachrichten/nlahav-shapira-klage-fu-berlin-antisemitismus>.
- Petri, Noam. „An Ihrer Universität werden Juden ausgegrenzt, Herr Ziegler. Sie tun nichts. Wovor haben Sie Angst?“. *Die Welt*. 22. Dezember 2023. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249166442/FU-Berlin-Offener-Brief-an-den-Praesident-An-der-Universitaet-werden-Juden-ausgegrenzt-Sie-tun-nichts.html>.
- Potter, Nicholas. „Ich hätte sterben können“ [Interview mit Lahav Shapira]. *Die Tageszeitung*. 23. April 2024. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://taz.de/Lahav-Shapira-zu-antisemitischem-Angriff/!6080635/>.
- Schellenberg, Alisa. „Wir kommen wieder“. *Die Zeit*. 15. Dezember 2023. Abgerufen am 10. Juli 2025. <https://www.zeit.de/campus/2023-12/palaestina-aktivisten-fu-berlin-besetzung-hoersal-israel>.

Jederzeit können Sie Erfahrungen und  
Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über  
**report-antisemitism.de** melden.

Der Bundesverband RIAS im Internet

- [facebook.com/BundesverbandRIAS](https://facebook.com/BundesverbandRIAS)
- [instagram.com/riasbundesverband](https://instagram.com/riasbundesverband)
- [x.com/Report\\_Antisem](https://x.com/Report_Antisem)
- [youtube.com/@riasbundesverband](https://youtube.com/@riasbundesverband)

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**